

PROTOKOLL

über die 5. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr
am Donnerstag, 19. März 1992, im Rathaus, 1. Stock hinten,

Gemeinderatsitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 14 Uhr

ÖFFENTLICHE SITZUNG

A n w e s e n d :

BÜRGERMEISTER:

Hermann Leithenmayr

VIZEBÜRGERMEISTER:

Dr. Leopold Pfeil

STADTRÄTE:

Ingrid Ehrenhuber

Roman Eichhübl

Karl Holub

Ing. Othmar Schloßgangl

Leopold Tatzreiter

Dkfm. Mag. Helmut Zagler

GEMEINDERÄTE:

Hermann Bachner

Felicitas Bauer

Josef Brandstötter

Gerhard Bremm

Günter Fürweger

Johann Glanzer

Hans Dieter Götz

Richard Gollatsch

Gottfried Hofstetter

Oskar Holub

Engelbert Huber

Klaus Jansky

Anna Jeloucan

Engelbert Lengauer

Friederike Mach

Josef Mayr

Dipl.-Ing. Frank Mundorff

Hans Payrleithner

Mag. Harald Philipps

Edith Radmoser

Franz Rohrauer

Eva Scheucher

Dr. Tilman Schwager

Ing. Dietmar Spanring

Wilhelm Spöck

Franz Strasser

Walter Strobl

Susanne Thurner

VOM AMT:

Magistratsdir. OSR. Dr. Franz Knapp

OMR. Dr. Kurt Schmidl

SR. Dr. Peter Gottlieb-Zimmermann

Mag. Helmut Lemmerer

PROTOKOLLFÜHRER:

Präsidialdirektor OMR Dr. Gerhard

Alphasamer

Belinda Kastlunger

T a g e s o r d n u n g

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der Beschlußfähigkeit und Bekanntgabe der Protokollprüfer

Behandlung von allfälligen Anfragen

Mitteilungen des Bürgermeisters

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. § 54 Abs. 3 StS

Verhandlungsgegenstände

Aktuelle Stunde

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates:

Ha-3070/91	Edition Wehrgraben, Förderung.
Ha-7779/91	Pfarre Steyr - Resthof - Subventionsansuchen.
Bau6-3770/90	Kanalisation Bergerweg, NK 1 und 2; Antrag um zusätzliche Vergabe und Mittelfreigabe.
Bau3-2701/90	Erd-, Baumeister-, Rohrverlegungs- und Pflasterungsarbeiten, Kanalisation Berggasse; Antrag um Mittelfreigabe.
Gem-2542/88	Feichtinger Horst, Prof. Anton-Neumann-Straße 4, 4400 Steyr; Aufhebung des Konkurses vom 29. 7. 1991; Abschreibung d. noch offenen Forderungen.
Ha-1544/92	Einführung der Supervision im Zentralaltersheim Steyr.
Bau6-3770/90	Wiederherstellung des Zaunes im Bereich des NK C Bergerweg im Zuge der Kanalerriichtung durch die ARGE Kanal-Bergerweg; Vergabe und Mittelfreigabe.

Verhandlungsgegenstände

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEN-MAYR:

- | | |
|-------------------------------|--|
| 1) Ge-781/91 | Steyr Nutzfahrzeuge AG; Investitionsförderung. |
| 2) Präs-2/92 | Organisationsberatung für den Magistrat der Stadt Steyr durch das Kommunalwissenschaftliche Dokumentationszentrum. |
| 3) Ha-5368/91 | SK Amateure Steyr; Ansuchen um Gewährung einer ao. Subvention. |
| 4) Ha-3719/90 | SK Vorwärts Steyr; Gewährung einer Subvention von S 500.000,-- als Weiterleitung einer Landesförderung. |
| 5) Ha-7417/90 | Union Steyr; Ansuchen um Gewährung einer ao. Subvention. |
| 6) Präs-486/78 | Förderung der II. Ausbaustufe des BMW-Motoren-Werkes. |
| 7) Präs-685/81
Spa-6331/80 | Entsendung von Mitgliedern in den Beirat der Sparkasse Steyr AG. |
| 8) Ha-6173/91 | Verlängerung des am 6. 6. 1974 abgeschlossenen Vertrages über das Einweisungsrecht von Heimplätzen in Salzburg. |

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLIK:

- | | |
|--------------------|--|
| 9) GemVIII-3922/89 | Mülldeponie der Stadt Steyr - Verlängerung der befristet geltenden Tarife. |
|--------------------|--|

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

- | | |
|----------------------------|--|
| 10) Agrar-5050/91
Erlaß | Förderung bezüglich Hochwasserschutzmaßnahmen. |
| 11) K-7095/80 | Museum Arbeitswelt; Gewährung einer Subvention von S 500.000,-- als Weiterleitung einer Landesförderung. |

BERICHTERSTATTER STADTRAT INGRID EHRENHUBER:

- 12) SH-2200/90
Erlaß
Mobile Altenhilfe und Soziale Betreuungsdienste;
Genehmigung der Voranschläge für das Jahr 1992,
Mittelfreigabe.
- 13) Präs-1052/88
Partnerschaft für Einrichtungen, die der 3. Welt zu-
gute kommen - Ausbildungsprojekt Agnel Ashram
und Vollpatenschaft für 10 Kinder.
- 14) Ha-4455/91
Lebenshilfe Oberösterreich; Errichtung von Wohnun-
gen für behinderte Menschen in Steyr, Hasenrathstr. -
Subvention.
- 15) Ha-7442/87
Einrichtung eines Notarztwagens in Steyr; Beitrag zu
den Kosten der Notfallsanitäter.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

- 16) ÖAG-683/92
Stadtwerke
Gas- und Wasserwerk; Jahresbedarf 1992 an Sphäro-
gußrohren und Formstücken; Auftragsvergaben.

BERICHTERSTATTER STADTRAT KARL HOLUB:

- 17) Ha-678/92
Tourismusverband Steyr - Jahressubvention 1992.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

- 18) Bau6-7161/87
Kanalisation Wehrgraben-Süd; BA 06; Antrag auf Mit-
telfreigabe für den 2. Bauabschnitt 1992.
- 19) Bau6-8588/90
Bau3-8587/90
A) Errichtung Kanalisation Steyrdorf; 2. Ausbaustufe;
B) Straßenbau und Straßenbeleuchtungsarbeiten im
Zuge des Kanalbaues; Antrag um Mittelfreigabe f. 1992.
- 20) Bau2-1010/89
Flächenwidmungsplanänderung Nr. 71 - "Riener - Wim-
mer".
- 21) Bau3-1735/92
Errichtung einer Stützmauer zw. Haratzmüllerstraße u.
Abfahrt Ennskai (gegenüber Hoflehner); Vergabe der
Arbeiten und Mittelfreigabe.

BERICHTERSTATTER STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

- 22) Präs-119/92 Richtlinien für die objektive Vergabe von Gemeindewohnungen, Wohnungen der GWG der Stadt Steyr und Wohnungen anderer Wohnbauträger, für die d. Stadt Steyr ein Einweisungs- bzw. Vorschlagsrecht zusteht; Antrag der ÖVP-Fraktion.
- 23) ÖAG-4336/91 Verkauf der Grundstücke 665/6, 665/7 und 669 KG. Gleink an die Erste Gemeinnützige Wohnungsgenossenschaft Steyr.
- 24) ÖAG-7903/90 Knoglergründe; Zahlung der 2. Kaufpreisrate.
- 25) Ha-2450/90 Errichtung von 40 Kleinwohnungen; Abschluß eines Generalunternehmervertrages mit der Zwettler Bau-gesellschaft mbH, Porschestraße 7, 4400 Steyr.
- 26) FW-1620/91 Ankauf eines Löschfahrzeuges mit Bergeausrüstung für die Freiw. Feuerwehr der Stadt Steyr - LZ V (Münichholz) - Restrate.
- 27) FW-613/90 Ankauf eines Teleskop-Hubrettungsfahrzeuges für die Freiw. Feuerwehr der Stadt Steyr.
- 28) GHJ2-1824/90 Kanalanschluß Michaelerplatz 2 (Bürgerspital).
- 29) FW-515/92 Antrag auf Verleihung der "Feuerwehr-Verdienstmedaille der Stadt Steyr" an Angehörige der Betriebsfeuerwehren und der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Steyr.

BERICHTERSTATTER STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

- 30) Präs-1491/91 Erhöhung der Pensionsbeiträge ab 1. 1. 1992.
- 31) Ges-3444/91
San-3996/91 Gemeindebediensteten-Schutzkommission; Bericht-
erstattung an den Gemeinderat.
- 32) Ha-2450/90 Wohnbauvorhaben der Stadt Steyr im Resthof; Auf-
nahme eines Förderungsdarlehens.
- 33) Präs-31/83
ÖAG-4002/86 Verkehrsbetrieb der Stadtwerke; Zuerkennung einer
Grundleistung.
- 34) Ha-7419/90 Rot-Kreuz-Bezirksstelle Steyr-Stadt; Zu- und Umbau;
Finanzierungsbeitrag der Stadt Steyr.
- 35) Ha-4300/91 Erhöhung des Hebesatzes bei der Grundsteuer B auf
500 v. H. und Einhebung der Getränkesteuer als Ver-
kehrssteuer.

- 36) Buch-7600/91 Ausgleich des ordentlichen und außerordentlichen Haushaltes 1991 durch Entnahmen bzw. Zuführungen von Rücklagen.
- 37) Wa-1056/65 Akontozahlung an den Reinhaltungsverband Steyr u.
Wa-5450/75 Umgebung für den Mitgliedsbeitrag 1992.
- 38) ÖAG-812/92 Steyrer Versorgungsbetriebeverbund Gas und Verkehr
Stadtwerke - Kapitaleinlage und Zuschüsse für das Wirtschaftsjahr 1992.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte Sie herzlich begrüßen zu unserer Gemeinderats-Sitzung und eröffne diese. Ich stelle fest, daß sie ordnungsgemäß einberufen wurde und daß die Beschlußfähigkeit vorliegt. Als Protokollprüfer sind heute zwei Damen vorgeschlagen, nämlich Frau GR Bauer und Frau GR Scheucher. Ich sehe, daß beide diese Funktion annehmen. Entschuldigt ist Koll. Vizebürgermeister Sablik, er befindet sich im Ausland und teilweise, für einen Teil der Sitzung entschuldigt ist Herr Vizebürgermeister Dr. Pfeil. Er befindet sich auf dem Weg von Wien nach Steyr und wird in ca. einer halben Stunde eintreffen. D. h., es wird notwendig sein, wenn wir dann zur Behandlung der Verhandlungsgegenstände kommen, die Tagesordnung ein wenig umzustellen und ich bitte um Ihr Verständnis.

Nunmehr komme ich zu Punkt 2) der Tagesordnung "Behandlung von allfälligen Anfragen":

Mit Schriftsatz vom 12. Februar 1992 ist von Herrn GR Günter Fürweger folgende Anfrage eingegangen:

"Gemäß § 11 Abs. 2 des Stadtstatutes der Stadt Steyr richte ich folgende schriftliche Anfrage an Sie:

Was wurde getan und was wird in Zukunft unternommen werden,

um die Reithoffergründe einer zweckmäßigen Nutzung zuzuführen?

Ich ersuche Sie, diese Anfrage bei der nächsten Gemeinderats-Sitzung zu beantworten."

Diese Anfrage ist wie folgt zu beantworten:

Mit Beschluß des Gemeinderates vom 1. 2. 1990 wurde zu Bau2-820/89 die Flächenwidmungsplanänderung Nr. 68 beschlossen, wonach in Zukunft eine Nutzung des ehemaligen Reithofferareals für Wohnzwecke sowie in geringem Ausmaß für immissionsfreie Betriebe vorgesehen ist. Damit sind in baurechtlicher Hinsicht die Grundlagen für eine nach den Intentionen der Stadtplanung zweckmäßige Verwertung als Wohngebiet höchster Qualität gegeben. Die Verhandlungen bezüglich einer Verwertung der Grundfläche mit dem Grundeigentümer, der Steyr-Daimler-Puch AG, dauern schon eine längere Zeit und konnten leider wegen überhöhter Kaufpreisforderungen zu keinem Abschluß gebracht werden. Die Ernsthaftigkeit der Stadt hinsichtlich der künftigen Verwertung der Reithoffergründe geht auch daraus hervor, daß mit den anderen Bauträgern in der Stadt Steyr, nämlich der Styria, der Ersten Gemeinnützigen Wohnungsgenossenschaft, der Wohnhausanlagen GesmbH usw. Gespräche für ein gemeinsames Vorgehen in Richtung Wohnbau-

planung geführt wurden. Es darf mitgeteilt werden, daß die genannten Gesellschaften bzw. Genossenschaften auch ein gewisses Interesse bekundet haben, allerdings ist der Kaufpreis dabei der "springende Punkt", weil sich davon auch wieder Miethöhen ableiten, die natürlich so sein sollen, daß man diese Wohnungen tatsächlich auch den zukünftigen Mietern anbieten kann. Die Bemühungen, bei vertretbaren Bedingungen zu einem Ankauf zu kommen, werden selbstverständlich fortgesetzt. Der bisher geforderte Grundpreis war aber sowohl für den Wohnbau als auch eine künftige gewerbliche Nutzung wesentlich überhöht. Ich darf darauf hinweisen, daß wir uns auch betreffend anderer Grundstücke und Objekte mit der Steyr-Daimler-Puch AG in Verhandlungen befinden. Ich hoffe, daß damit diese Anfrage beantwortet werden konnte.

Eine weitere Anfrage ist mir von Herrn Gemeinderat Wilhelm Spöck mit Eingabe vom 2. März 1992 zugegangen; diese lautet wie folgt:

"Wenn wir im Juni 1991 in einer Presseaussendung von dem für Verkehrssicherheit zuständigen Landesrat, Mag. Gerhard Klausberger, gelesen haben, daß Oberösterreichs gefährlichstes Straßenstück in Steyr liegt - lt. Statistik passierten auf der Vor-

alpenbundesstraße B 122 im Bereich des Ennser Knotens von 1987 bis Juni 1990 die meisten Verkehrsunfälle - so ist diese Statistik leider negativ sicherlich schon bei weitem überholt. Nicht nur, daß durch Lärm und Abgase von fast 30.000 täglich den Taborknoten passierenden Kraftfahrzeugen die Situation immer unerträglicher und der Trampelpfad über den Knoten noch mehr neuralgischer Punkt wurde, hat sich jetzt noch zusätzlich die Fußgängerzone Steyrdorf durch noch mehr Kraftfahrzeuge ausgewirkt.

Die Fahrzeugkolonnen stauen sich nun nicht nur täglich zwischen 15 und 17 Uhr, der Verkehrsinfarkt beginnt schon zu den Frühverkehrszeiten und ist zu einem "Horror für uns Taborbewohner" geworden. Daß, als Lösung dieses Chaos, der von vielen Taborbewohnern geforderte Kreisverkehr mit eigener Ebene für Fußgänger, der auch von Herrn Dipl.-Ing. Stickler als Variante 2 vorgestellt wurde, der richtige Weg ist, dürfte mittlerweile auch allen Verantwortlichen bewußt sein.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, gem. § 11 Abs. 3 des Stadtstatutes der Stadt Steyr richte ich daher folgende schriftliche Anfrage an Sie:

Wann wird der voraussichtliche Termin für den Beginn der Umbauarbeiten (Kreisverkehr, Variante 2) des Taborknotens sein?

Ich ersuche Sie, diese Frage in der nächsten Gemeinderats-Sitzung zu beantworten."

Zu dieser Anfrage kann ich folgendes mitteilen, meine Damen und Herren:

Grundsätzlich muß festgestellt werden, daß es sich beim gegenständlichen Tabor-Knoten um die Kreuzung zweier Bundesstraßen, nämlich der B 115 und der B 122, handelt. Die Kompetenz der Bundesstraßenverwaltung ist daher vorerst eindeutig gegeben.

Bereits im Sommer des Vorjahres wurden über Betreiben des Stadtbauamtes nach einer erfolgten Stadtteilversammlung am Tabor mehrere Varianten über einen Kreisverkehr der Bundesstraßenverwaltung durch den Verkehrsplaner Dr. Stickler vorgelegt. Der Variante 2) - halbversenkter Kreisverkehr - wurde dabei der Vorzug gegeben. Mehrere Rücksprachen mit dem Verkehrsplaner und letztlich auch mit Hofrat Dr. Pohlhammer von der Bundesstraßenverwaltung haben ergeben, daß zur Weiterführung der Detailplanung noch eine grundsätzliche Aussage über das Sekundärsystem erforderlich ist. Aufgrund des derzeitigen Standes des Verkehrskonzeptes können nunmehr nach Rücksprache mit Dr. Stickler die Fragen der Bundesstraßenverwaltung beantwortet werden. Eine Detailplanung könnte nach Aussage von HR. Dr. Pohlhammer

sodann so weit fertiggestellt werden, daß im Sommer 1992 ein Gespräch mit der Bürgerinitiative möglich wäre. Nach Fertigstellung des Projektes etwa im Herbst 1992 und Bekanntgabe der erforderlichen Mittel wären die notwendigen Grundeinlösen 1993 möglich. Bei Herstellung eines Konsenses mit der Bürgerinitiative, Bereitstellung der erforderlichen Mittel seitens des Bundes und positiver Grundeinlösungsverhandlung wäre ein Baubeginn frühestens noch 1993 denkbar.

In diesem Zusammenhang möchte ich bemerken, daß mir am 31. Jänner 1992 auch ein Schreiben von Herrn Landesrat Mag. Gerhard Klausberger zugegangen ist, in dem auf die katastrophalen Verkehrsverhältnisse am Blümelhuberberg hingewiesen wird. Darin heißt es, daß eine Bürgerinitiative an die Bundesstraßenverwaltung herangetreten ist und folgende Maßnahmen verlangt hat:

- Lärmschutzwände entlang des Blümelhuberberges,
- Installation eines stationären Radargerätes,
- Nachfahrverbot für LKW über 3,5 t in der Zeit von 22 bis 6 Uhr,
- Geschwindigkeitsbeschränkungen sowie
- die Realisierung der Nordspanne

Ich habe diese Eingabe zur weiteren Behandlung, soweit sie in die Zuständigkeit des Magistrates fällt, der Mag. Abteilung I zur

Erörterung im gemeinderätlichen Verkehrsausschuß zugeleitet.

Soweit die Anfrage-Beantwortungen. Nun komme ich zu den Mitteilungen des Bürgermeisters, zunächst möchte ich jedoch mitteilen, daß ich von einer Gemeinderätin gebeten wurde, inständig darauf hinzuweisen, daß es zweckmäßig wäre, sich beim Rauchen so stark als möglich zurückzuhalten - ich darf das unterstreichen.

Die Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage sind immer Gegenstand der Mitteilungen. Es darf berichtet werden, daß sich nur geringfügige Veränderungen ergeben haben. Im kommenden Monat wird aber bei Anhalten der milden Witterung mit einem massiven Beschäftigungsschub in der Bauwirtschaft zu rechnen sein. Eine angeblich bevorstehende leichte Abflachung der Konjunkturkurve hat bisher bei uns in Steyr noch keine Auswirkung auf dem Arbeitsmarkt gezeigt.

Zu Monatsende waren im Bezirk Steyr 3.337 Personen arbeitslos gemeldet und zwar 1.873 Männer und 1.464 Frauen. Die Entwicklung verlief sowohl im Monatsvergleich (- 1,4 %) als auch im Jahresvergleich (+ 1,7 %) eher statisch. Bemerkenswert ist nur die Zunahme der über 50jährigen Arbeitslosen, die innerhalb des letzten Jahres um 273 = 42,2 % anstiegen. Das hängt aber offen-

sichtlich mit der Durchsetzung von Sozialplänen in Steyrer Großbetrieben zusammen. Ebenso hervorzuheben ist die Entwicklung bei den arbeitslosen Ausländern, deren Bestand durch intensive Vermittlungsbemühungen um 39,7 % gesenkt werden konnten. Das Stellenangebot liegt zu Monatsende bei 436 gemeldeten offenen Stellen und befindet sich saisonbedingt im Ansteigen, liegt jedoch exakt auf der Höhe des Vorjahres.

Zuletzt möchte ich noch berichten, daß - wie es zum Teil schon durch die Medien gekommen ist - es mit einem Mißstand, der oft in der Bevölkerung kritisiert wurde, zu Ende geht. Nämlich mit dem Mißstand beim Eisen- und Schrottablagerplatz in der Leopold-Werndl-Straße. Diese berechtigte Kritik hat mich veranlaßt, schon mit dem Senior-Chef der Firma Aigner, der leider in der Zwischenzeit verstorben ist, das Gespräch aufzunehmen. Ich habe mich persönlich der Sache angenommen und mit dem Sohn des verstorbenen Firmeninhabers Rudolf Aigner, Herrn Jörg Aigner, eine Vereinbarung getroffen, wonach mit einer Räumung des Lagerplatzes, der immerhin rund 2.000 Tonnen umfaßt, bis spätestens 1. März des nächsten Jahres gerechnet werden kann. Gegenwärtig ist die Verlassenschaftsabhandlung nach dem Tod

des Seniorchefs noch nicht abgeschlossen.

Es ist kein ganz einfaches Unterfangen; Fachleute wissen, daß die Schrottpreise "im Keller sind", daß die Entsorgung nicht ganz einfach ist, daß es ein Schrottlenkungsgesetz gibt, das sich im Auslaufen befindet, aber auch noch einige Probleme mit sich bringt, daß in diesem Bereich neue Gegebenheiten auf uns zukommen, daß er Ausfuhrbewilligungen beschaffen muß usw. Jedenfalls freue ich mich, Ihnen das mitteilen zu können und ich möchte auch Herrn Aigner für seine sehr konstruktive Haltung danken, die er eingenommen hat. Offensichtlich ist sich die jüngere Generation der Bedeutung des Umweltschutzes bewußt - gerade auch, wenn man selbst Entsorgungsbetrieb ist - und auch darüber, daß eine gewisse Vorbildwirkung zu gelten hat. Jedenfalls glaube ich, daß es sehr positiv ist, daß wir in absehbarer Zeit dieses Problem als bereinigt betrachten können.

Damit sind die Mitteilungen erschöpft und ich darf zu Punkt 4) "Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. § 54 Abs. 3 StS" kommen: Die Unterlagen wurden zu den jeweiligen Stadtsenatssitzungen an alle Gemeinderatsmitglieder zugestellt. Eine listenmäßige Aufstellung der gefaßten Beschlüsse liegt der Gemeinderatseinladung bei.

Nunmehr kommen wir zu den Verhandlungsgegenständen und ich möchte Sie bitten, meine Damen und Herren, zur Kenntnis zu nehmen, daß wir eine Umstellung der Tagesordnung akzeptieren, und zwar dergestalt, daß meine Anträge, die des Koll. Sablik und des Koll. Pfeil etwas zeitverschoben kommen und daß wir nunmehr in die Tagesordnung bei der Berichterstatterin Stadtrat Ingrid Ehrenhuber einsteigen. Ich darf sie nun bitten, das Wort zu ergreifen und ihre Anträge zu stellen.

BERICHTERSTATTER STADTRAT INGRID EHRENHUBER:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, ich habe Ihnen heute vier Anträge zur Beschlußfassung vorzulegen. Mein erster Antrag betrifft die "Mobile Altenhilfe". Mit GR-Beschluß vom 16. 5. 1991 wurden im Bereich der Stadt Steyr die "Mobile Altenhilfe" und die sozialen Betreuungsdienste entsprechend den Richtlinien des Landes OÖ. eingeführt und die Vereine "Steyrer Heimhilfe und Hauskrankenpflege" und "Miteinander MOHI" mit der Durchführung betraut. Mit meinem vorliegenden Antrag ersuche ich Sie um Ihre Zustimmung zur Genehmigung der Voranschläge 1992 und die entsprechende Mittelfreigabe. Der Antrag lautet:

12) SH-2200/90
Erlaß

Mobile Altenhilfe und Soziale Betreuungsdienste; Genehmigung der Voranschläge für das Jahr 1992, Mittelfreigabe.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsabteilung V vom 21. 1. 1992 werden

1. die Voranschläge 1992 der Vereine "Steyrer Heimhilfe und Hauskrankenpflege" vom 6. 9. 1991 und "Verein Miteinander - Mobiler Hilfsdienst" vom 3. 9. 1991 betreffend die Mobile Altenhilfe und Sozialen Betreuungsdienste im Umfang der Genehmigung des Landes Oberösterreich bewilligt.

2. die erforderlichen Mittel zur Deckung des Abganges der Vereine im Ausmaß von S 2.066.500,- für den Verein "Steyrer Heimhilfe und Hauskrankenpflege" und S 547.300,- für den "Verein Miteinander - Mobiler Hilfsdienst"; gesamt S 2.613.800,- bei der VSt. 1/4240/757100.9 freigegeben.

Die Auszahlung der Beträge von S 2.090.500,- bzw. S 547.300,- erfolgt in zwei Teilen: 50 % werden am 1. 3. 1992 und 50 % am 1. 9. 1992 an die durchführenden Vereine ausbezahlt.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich ersuche Sie um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Danke sehr für die Antragstellung. Ich darf fragen, wer zu diesem Antrag das Wort wünscht? Herr Koll. Eichhübl, bitte.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates, ich werde mich zum vorliegenden Antrag sehr kurz fassen, nachdem es ja bereits bei der Stadtsenats-Sitzung, als dieser Antrag zur Behandlung angestanden ist, einige Aufklärungen möglich waren. Es ist dabei um die Frage von Personen gegangen, die dort stundenweise beschäftigt werden und offensichtlich nicht jene Qualifikation haben, die erforderlich ist und auch kein ordentliches Dienstverhältnis haben sollen. Aber diese Frage wurde ja bereits von Frau Stadtrat Ehrenhuber beantwortet.

Mir geht es heute primär darum, - nachdem es ja eine Reihe von Dringlichkeitsanträgen gibt, die in entsprechenden Größenordnungen an den Gemeinderat gerichtet werden - warum dieser Antrag die Dringlichkeit zuerkannt bekommen hat. Es wäre meiner Ansicht auch notwendig, dies heute dem gesamten Gemeinderat zu erklären. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:

Danke sehr. Gibt es eine weitere Wortmeldung? Dies ist nicht der Fall. Schlußwort, Frau Kollegin?

STADTRAT INGRID EHRENHUBER:

Ich darf vielleicht festhalten, nachdem es vereinbarungsgemäß festgelegt wurde, daß der erste Teil mit 1. 3. und der zweite jeweils mit 1. 9. zur Auszahlung gelangt, hier aus diesem Grund die Dringlichkeit zuzuerkennen wäre, um eben den Vereinen auch die entsprechende Unterstützung so bald als möglich zukommen zu lassen. Ich glaube, das ist der Grund.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:

Zeitgemäß! Schnell geholfen ist doppelt geholfen! Keine weitere Wortmeldung, wir kommen zur Abstimmung. Wer ist gegen diesen Antrag? Niemand. Übt jemand Stimmenthaltung? Auch nicht der Fall. Der Antrag ist einstimmig beschlossen. Ich bitte um den nächsten Antrag!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD
PFEIL TRIFFT UM 14.34 UHR EIN.

STADTRAT INGRID EHRENHUBER:

Bei meinem zweiten Antrag geht es um die Unterstützung von Einrichtungen für Kinder in der 3. Welt. Wie aus dem Amtsbericht ersichtlich, soll die Vollpatenschaft für 10 im Haus "Steyr-Tabor" im Kinderdorfprojekt Agnel-

Ashram in Goa/Indien in der Höhe von S 60.000,-- und das Ausbildungsprojekt eines Praktikanten im Bereich der SNF AG mit einem Betrag von S 50.000,-- unterstützt werden. Insgesamt wären hiefür Mittel in der Höhe von S 110.000,-- freizugeben und ich ersuche Sie, auch diesem Antrag ihre Zustimmung zu geben.

13) PräS-1052/88

Partnerschaft für Einrichtungen, die der 3. Welt zugute kommen - Ausbildungsprojekt Agnel Ashram und Vollpatenschaft für 10 Kinder.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Büros des Bürgermeisters vom 3. Februar 1992 soll die Vollpatenschaft für 10 Kinder des Hauses "Steyr-Tabor" im Kinderdorfprojekt Agnel-Ashram in Goa/Indien in Höhe von S 60.000,-- sowie das Ausbildungsprojekt eines Praktikanten im Bereich der Steyr-Nutzfahrzeuge AG mit einem Betrag von S 50.000,-- als unmittelbare Form der Entwicklungshilfe dem Initiator dieses Kinderdorfprojektes, Herrn Dr. Alcantara Gracias, Rooseveltstraße 10, 4400 Steyr, als einmalige, nicht rückzahlbare Subvention gewährt werden.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von

S 110.000,--

(einhundertzehntausend)
bei der VAST. 1/2590/757000.1
freigegeben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:

Danke. Herr GR Spöck hat sich zu
Wort gemeldet, ich erteile es
ihm.

GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:

Agnel-Ashram, ein Musterprojekt
in Indien; Hilfe zur Selbsthilfe
ist die beste Art der Ent-
wicklungshilfe. Die Skepsis,
wertes Präsidium, werte Kol-
leginnen und Kollegen des Ge-
meinderates, gegenüber der Ef-
fizienz der Entwicklungshilfe
wird überzeugend behoben, wenn
man sich über die Projekte
informiert, die durch Direkthilfe
geschaffen wurden. Ein solches
Projekt ist Agnel-Ashram mit
seinen Schul- und Ausbildungsmöglichkeiten, mit seinem Schul- und Ausbildungszentrum für Kinder und Jugendliche. Zugleich ist in meinen Augen dieses Projekt ein Beweis dafür, daß kein Schilling verloren geht. Mit vielen Spendengeldern konnten hier bereits Werke geschaffen werden, die als Hilfe zur Selbsthilfe die bestmöglichen Entwicklungshilfen sind, und die Armut in der 3. Welt begegnen. Dieses Projekt beschäftigt sich ausschließlich mit Schul- und Berufsausbildung von Kindern und Jugendlichen. Das Ziel ist es, besonders den ärmsten Kindern - ohne Unterscheidung ihrer Her-

kunft, ihrer Rasse oder Religion - mithilfe einer guten Ausbildung den Weg in ein selbstständiges Leben zu ermöglichen. Bei diesem Projekt werden den Kindern sowohl technisch-gewerbliche als auch allgemeinbildende Ausbildungswege angeboten. Gerade dieses Projekt in Goa zeigt, Entwicklungshilfe - im eigentlichen Sinn des Wortes - muß Hilfe zur Selbsthilfe sein. Es genügt nicht, jemandem Essen zu geben. Wir müssen ihm lehren, wie man sich das Essen erwerben kann. Der wichtigste Schritt dazu ist eine gute, auf praktische Anwendung gerichtete Schulausbildung, die dann den Einstieg in einen Beruf ermöglicht.

Entwicklungshilfe, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, wertes Präsidium, heißt nicht, diesen Menschen unsere Lebensart aufzudrängen, sondern sie zu befähigen, ihren eigenen Weg zu finden und ihnen die Mittel zu geben, ihn auch zu gehen. Neben dem von mir angesprochenen Schulkomplex entstand das Kinderdorf, für dessen Haus "Steyr-Tabor" wir heute die Vollpatenschaft für 10 Kinder übernehmen. Vier neue Häuser für heimlose und in bitterer Not lebende Kinder wurden Ende Februar vergangenen Jahres übergeben. Heuer im Februar, unter Anwesenheit von Stadtrat a. D. Pimsl wurde der Grundstein für das "Haus Steyr" gelegt. Damit sind bereits 10 Häuser aus Österreich errichtet worden.

In diesem Sinne stimme ich persönlich gerne dem vorliegenden Antrag der Entwicklungshilfe, der Kommune zu, da damit u. a. den Waisenkindern geholfen werden kann. Denn der schönste Erfolg dieses Projektes liegt darin, daß bisher alle Absolventen auch Arbeit gefunden haben - vor allem aber hunderte Kinder aus den Slums von Bombay.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Ich danke Koll. Spöck. Wünscht noch jemand das Wort? Nicht der Fall. Es wird auch kein Schlußwort gewünscht und wir kommen daher zur Abstimmung. Wer ist für diesen Antrag? Danke sehr. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen. Den nächsten Antrag bitte.

STADTRAT INGRID EHRENHUBER:

Bei meinem dritten Antrag ersuche ich Sie um Freigabe des ersten Teilbetrages von 2 Mill. S für das Jahr 1992 für die Errichtung von Wohnungen für behinderte Menschen in Steyr-Gleink. Der Antrag lautet:

14) Ha-4455/91

Lebenshilfe Oberösterreich:
Errichtung von Wohnungen
für behinderte Menschen in
Steyr, Hasenrathstr. - Sub-
vention.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsabteilung V vom 31. 1. 1992 wird von der mit Gemeinderatsbeschluß vom 5. 12. 1991 bewilligten Subvention von S 6.000.000,-- an die Lebenshilfe Oberösterreich für die Errichtung von Behindertenwohnungen im Stadtteil Gleink der Teilbetrag für 1992 von S 2.000.000,-- bei der VSt 5/4130/777000.1 freigegeben.

Von diesem Betrag sind S 82.222,-- für die mit Bescheid vom 16. 11. 1990, Bau2-2690/90, der Lebenshilfe Oberösterreich gestundeten Anliegerbeiträge (Fahrbahnkostenbeiträge) einzubehalten.

Ich ersuche um Ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Danke sehr. Wird dazu das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen diesen Antrag? Auch nicht der Fall. Stimmenthaltung wird nicht angezeigt. Der Antrag ist einstimmig beschlossen.

STADTRAT INGRID EHRENHUBER:

Mein letzter Antrag betrifft den Notarztwagen bzw. die Übernahme der Kosten für die Notfallsanitäter. Nachdem sich diese Einrichtung bestens bewährt und schon sehr vielen unserer Mitbürger rasche Hilfe zuteil wurde, darf ich Sie bitten, auch diesem Antrag Ihre Zustimmung zu geben. Der Antrag lautet:

15) Ha-7442/87

Einrichtung eines Notarztwagens in Steyr; Beitrag zu den Kosten der Notfallsanitäter.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 4. 2. 1992 werden zur Finanzierung von 3 Notfallsanitätern des Steyrer Notarztwagens 37,5 % der Gesamtpersonalkosten der 8 hauptberuflichen Notfallsanitäter, d. s. S 1,149.000,-- für das Rechnungsjahr 1992 freigegeben. Darüber hinaus wird auch der Ausbezahlung des Differenzbetrages zwischen den tatsächlich aufgelaufenen Lohnkosten aus dem Jahre 1991 und den geleisteten Akontozahlungen in Höhe des auf die Stadt Steyr entfallenden Anteiles von S 47.299,38 zugestimmt.

Die Bezahlung dieser Lohnkosten hat in vier gleichen Teilen zu erfolgen, wobei die erste Quartalsrate bereits unmittelbar nach Beschlußfassung zur Auszahlung zu bringen ist, ebenso wie der Differenzbetrag für das Jahr 1991. Die zweite Rate ist am 15. 5., die dritte Rate am 15. 8. und die vierte Rate am 15. 11. 1992 fällig und somit zu diesen Terminen zur Auszahlung zu bringen.

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von

S 1.196.300,--

(einemillioneinhundertsechs-

undneunzigtausenddreihundert) werden bei der VSt 1/5300/757000.2 freigegeben.

Ich bitte Sie, auch diesem Antrag Ihre Zustimmung zu erteilen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wird zu diesem Antrag das Wort gewünscht? Nicht der Fall und wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltung wird nicht geübt. Keine Gegenstimmen - der Antrag ist einstimmig beschlossen. Ich danke der Berichterstatterin Frau Stadtrat Ingrid Ehrenhuber für ihre Antragstellungen.

In der Zwischenzeit ist Herr Vizebürgermeister Dr. Pfeil wohlbehalten aus Wien eingetroffen, ich darf ihn herzlich begrüßen und ihm den Vorsitz übergeben.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich danke für den Vorsitz und gebe zur Berichterstattung Herrn Bürgermeister Leithenmayr das Wort.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Der erste Antrag, meine Damen und Herren des Gemeinderates, betrifft eine Investitionsförderung besonderer Art für die Steyr

Nutzfahrzeuge AG. Wie Sie alle wissen, haben wir uns gemeinsam sehr bemüht, hier von der Bundes- und der Landesregierung entsprechende Förderungsmittel zu bekommen, damit ein Ausbau, eine Großinvestition und eine Standortsicherung unserer traditionellen Betriebe in der ehemaligen Steyr-Daimler-Puch AG erfolgen kann. Es ist uns gelungen, auf Bundesebene große finanzielle Mittel und auf Landesebene ebenfalls ansehnliche Mittel frei zu bekommen. Nicht zuletzt dadurch, daß wir auch unsere Bereitschaft erkennen haben lassen, auch als Gemeinde maßgeblich zu fördern. In diesem Zusammenhang sind Beschlüsse erforderlich, daß wir insgesamt 20 Mill. S zu dieser Investitionsförderung als Stadt Steyr beitragen. Insgesamt sollen dadurch 2,8 Milliarden Schilling-Investitionen ausgelöst werden und wir hoffen, daß dadurch auch eine maßgebliche Beschäftigungssicherung und Zukunftsorientierung stattfinden kann. Aus diesen Gründen ergeht der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat:

1) Ge-781/91

Steyr Nutzfahrzeuge AG;
Investitionsförderung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsabteilung II vom 10. Februar 1992 wird der Steyr Nutzfahrzeuge AG für Investi-

tionen im Gesamtausmaß von 2,8 Mrd. S eine Förderung in Höhe von 20 Mill. S gewährt. Die Auszahlung dieses Förderungsbetrages erfolgt auf folgende Weise:

a) Die erste Hälfte dieses Förderungsbetrages, das sind 10 Mill. S, erfolgt in Form einer Barleistung im Jahre 1992. Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von 10 Mill. S werden bei VSt. 5/7820/776070.8 freigegeben.

b) Die Auszahlung der zweiten Hälfte des Förderungsbetrages erfolgt in drei gleichen Jahresraten in Form von Lohnsummensteuerrefundierung für die Jahre 1992, 1993 und 1994. Die Auszahlung dieser Jahresraten erfolgt jeweils zu Beginn des dem jeweiligen Lohnsummensteuerzeitraum nachfolgenden Jahres, also Anfang 1993, 1994 und 1995.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, um Ihre Zustimmung wird gebeten.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich danke dem Berichterstatter. Gibt es zu Punkt 1) Wortmeldungen? Keine Wortmeldung. Wünscht der Referent noch ein Schlußwort?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Danke, nein.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Dann darf ich zur Abstimmung kommen. Wer ist für diesen Antrag? Gegenprobe? Wer enthält sich der Stimme? 2 Stimm Enthaltungen (GAL). Wer ist gegen den Antrag? Niemand. Ich danke; wir kommen zu Punkt 2).

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Im nächsten Antrag soll beschlossen werden, daß die Mittelfreigabe für eine Organisationsberatung durch das Kommunalwissenschaftliche Dokumentationszentrum stattfindet. Der Antrag des Stadtsenates lautet:

2) Präs-2/92

Organisationsberatung für den Magistrat der Stadt Steyr durch das Kommunalwissenschaftliche Dokumentationszentrum.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 7. Jan. 1991 wird der Auftrag für eine Organisationsberatung an das Kommunalwissenschaftliche Dokumentationszentrum, einer Einrichtung des Österreichischen Städtebundes, zu einem Pauschalpreis von

S 600.000,--

(sechshunderttausend)

vergeben.

Zu diesem Zweck erfolgt die Freigabe des genannten Betrages

bei der VA-Stelle 5/0100/728000.8.

Wegen Dringlichkeit gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr wird der Magistrat der Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Auch hier bitte ich um Ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Danke. Gibt es Wortmeldungen? Herr Dr. Schwager, bitte.

GEMEINDERAT DR. TILMAN HORST SCHWAGER:

Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren. An sich - das darf ich vorweg nehmen - begrüßen wir diese Aktivität der Gemeinde und werden, weil es unseres Erachtens ja nichts ist als ein erster Schritt - was wir schon aus der Größenordnung des hier zur Diskussion stehenden Betrages sehen, unsere Zustimmung erteilen. Wir finden es notwendig und haben auch früher schon immer darauf hingewiesen, daß die Verwaltungsorganisation einmal wirklich durchforstet wird. Wir stehen auch der Auffassung nahe, daß hier sämtliche Mitarbeiter in diese Bestandaufnahme eingeschaltet werden sollen, daß sämtliche Mitarbeiter, auch auf der untersten Basis, ihre Ideen einbringen sollen und daß man - aber da gehen wir praktisch

weiter als es hier geschehen ist - auch wirklich gute Ideen prä-mieren soll. D. h., so wie man es auch in der Privatwirtschaft macht, daß man eben den Leuten einen Anreiz gibt, darüber nach-zudenken, was sie im unmittelbaren Arbeitsbereich verbessern könnten.

Was unsere und meine Vorbehalte hiezu sind, ist der Umstand, daß das Kommunalwissenschaftliche Dokumentationszentrum des Städtebundes eingeschaltet wurde. Es ist uns schon klar, daß diese Organisation qualifiziert für derartige Arbeiten ist, aber wir glauben nicht, daß diese Organisation - wie es im Amtsbericht steht - extern und neutral ist. Wir könnten uns vorstellen, daß in Hinkunft und bei weiteren Schritten, diese weiteren, einzelnen Schritte der Wirtschaftlichkeitsüberprüfung ausgeschrieben werden. Wir halten dafür, daß zu den Punkten, die hier aufgelistet sind, Straffung der Aufgaben- und Führungsstruktur gehört; sehr gut! Gehört gemacht; Verstärkung der Bürgerorientierung, gehört gemacht - noch etwas gehört: Effizienz der Arbeit. Nach unseren Begriffen ist Arbeit allein nicht alles, sondern Arbeit in der Zeiteinheit zählt und das ist LEISTUNG. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich danke Hr. Dr. Schwager. Als nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Ing. Schloßgangl.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Die organisatorische und betriebswirtschaftliche Durchleuchtung des Magistrates Steyr zur Erreichung einer besseren Effizienz der Verwaltung, verbunden mit entsprechenden Kosteneinsparungen, war eine der Forderungen der ÖVP-Fraktion, von deren Zusage wir u. a. eine Zustimmung zum Budget abhängig gemacht haben. Wir unterstützen daher den Antrag, das Kommunalwissenschaftliche Dokumentationszentrum mit der Organisationsberatung zu betrauen. Vor allem auch deswegen, weil erstens dieses Institut seit 25 Jahren erfolgreich tätig ist und sehr gute Referenzen aufzuweisen hat, wie z. B. Braunau, Ried, Amstetten, St. Pölten, Wr. Neustadt, Innsbruck, Villach, Leibnitz und andere mehr. Zum Großteil vergleichbare Städte wie Steyr. Zweitens, weil es als gemeinnütziger Verein nicht gewinnorientiert arbeitet und zudem keine Mehrwertsteuer verrechnet wird, es daher kostengünstig ist und drittens, weil die Stadt Steyr, so wie alle größeren Städte, förderndes Mitglied beim KDZ ist, welches auf Initiative des Österr. Städtebundes ja ge-

gründet wurde und sich im Laufe der Jahre als das Beratungsinstitut für österr. Gemeinden entwickelt hat.

Unabhängig von dieser, heute zu beschließenden Organisationsberatung des Magistrates, ist aber meiner Meinung nach der arbeitsfreie, bezahlte Geburtstag der Magistratsbediensteten seit 1985 zu betrachten. Ich habe mich damals bei der Bekanntgabe dieser Bürgermeisterverordnung namens der ÖVP-Fraktion vehement dagegen ausgesprochen und Bürgermeister Schwarz aufgefordert, diese Entscheidung zurückzunehmen. Eine beruhigende Zwei-Drittel-Mehrheit hat ihn aber bewogen, dies nicht zu tun. In einer der jüngsten Gewerkschaftszeitungen wurde von einem wohlerworbenen, ja erkämpften Recht gesprochen, aber grundsätzliche Bereitschaft für Verhandlungsgespräche signalisiert. Über alles kann man verhandeln, aber nicht über den arbeitsfreien, bezahlten Geburtstag, dessen ungerechtfertigte Kosten von allen Bürgern, nämlich den Steuerzahlern, getragen werden. Daher gehört dieser bezahlte, arbeitsfreie Geburtstag ersatzlos gestrichen.

Ich frage den nunmehrigen Bürgermeister, ob und wann er dies zu tun gedenkt. Verhandeln kann man über eine leistungsgerechte Entlohnung, z. B. ist es für uns im Bauamt sehr schwierig, einen Fachakademiker zu bekommen. Verhandeln kann und sollte man

über die Abgeltung der tatsächlich notwendigen und geleisteten Überstunden, speziell bei unterbesetzten Abteilungen, oder über ein Gleitzeitmodell, das logischerweise zu einer automatischen Erfassung der Anwesenheitszeit führt - von Außenseitern natürlich wegen der damit verbundenen Kontrollfunktionen eher abgelehnt wird. Oder über die Einarbeitung von Zwickeltagen - Dienst im Rotationsbetrieb. Dann müßten nicht immer an Zwickeltagen sämtliche Beamte anwesend sein und es kommt jeder einmal zu einem freien Tag. Diesbezügliche Lösungen soll und wird die Organisationsberatung ja hoffentlich bringen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Danke. Nächste Wortmeldung - Frau Scheucher, bitte.

GEMEINDERAT EVA SCHEUCHER:

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates, es war auch von uns eine wesentliche Forderung, daß eine Organisations-Analyse des Magistrates Steyr durchgeführt wird und wir sind froh, daß diese Arbeit jetzt in Angriff genommen wird.

Allerdings hätten wir uns dabei eine wesentlich andere Vorgangsweise vorgestellt. Hr. Dr. Schwager hat im wesentlichen einige Dinge schon angesprochen, die ich auch sagen möchte in der Richtung. Üblich bei Vorhaben

dieser Größenordnung - und es wird ja nicht bei diesen 0,6 Millionen bleiben, die im heurigen Jahr veranschlagt sind, sondern das geht ja darüber hinaus - ist eine öffentliche Ausschreibung des Projektes. Es ist üblich, daß Anbote eingeholt werden, daß es dann zu einem Hearing der anbietenden Organisationen, Privatpersonen, Institute oder wer immer sich als Anbieter darstellt, kommt und daß in diesem Hearing dann vorgestellt wird, welche Ziele vorhanden sind, wie wollen wir diese Ziele angehen, was wollen wir erreichen, wie wollen wir die Beamten einbinden. Denn sie sind ja unmittelbar von dieser Organisations-Analyse betroffen und ich könnte mir durchaus vorstellen, daß es auch für die Beamten Vorteile geben könnte - durch eine neu strukturierte Arbeit z. B. Es könnte sich aber auch herausstellen, daß sich finanzielle Vorteile für die Stadt Steyr daraus ergeben.

All das müßte dann diskutiert werden und dann könnte man eine Entscheidung treffen. Hier wurde ja das Kommunalwissenschaftliche Dokumentationszentrum quasi schon bestellt. Eigentlich fehlt nur mehr eine Formsache, der heutige GR-Beschluß. Ich möchte hier absolut nichts gegen dieses Dokumentationszentrum sagen. Mir wurde gesagt, daß es eine Institution des Städtebundes ist, d. h. die Stadt Steyr zahlt Mitgliedsbeitrag im Städ-

tebund und bedient sich deshalb natürlich dieses Dokumentationszentrums - gut. Es ist mir gesagt worden, dieses Dokumentationszentrum hat schon sehr gute, wirkungsvolle Arbeit in anderen derartigen Angelegenheiten geleistet - auch gut. Nur denke ich mir, wenn das so ist und wenn das alles stimmt, dann hätte sich das auch bei einer öffentlichen Ausschreibung, bei einem Anbot von mehreren Firmen herausgestellt und dann wäre das genauso positiv gewertet worden. Möglicherweise hätte auch bei einer öffentlichen Ausschreibung das Dokumentationszentrum den Auftrag erhalten. Warum nicht? Aber mir gefällt die Art einfach nicht, wie hier ein Unternehmen als alleiniges Instrument hingestellt wird. Das müssen wir jetzt nehmen - ich weiß nicht, gibt es dann gar nichts, wenn wir das nicht nehmen? Das ist einfach nicht der neue Stil, von dem wir gehofft haben, daß er hier im Rathaus einziehen wird. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Danke; als nächster hat sich Herr Dkfm. Zagler zu Wort gemeldet.

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Sehr geehrte Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren! Klarerweise - als Finanz- und Personalreferent in einer Person - kann dieser Antrag nicht zur Ab-

stimmung kommen, ohne daß ich ein paar Bemerkungen dazu fallen lassen möchte.

Es haben ja die Sprecher der Fraktionen alle getan, als hätten sie die Organisations-Untersuchung oder -Beratung "vom Zaun gebrochen". Es waren alle beteiligt - ich gebe es zu - und die Zustimmung zum Budget ist den Fraktionen dadurch leichter gefallen, daß wir das ja bereits in unserer Grundvorlage des Budgets enthalten hatten. Ich will jetzt aber nicht wieder erklären, wer das Kind gezeugt hat. Auf jeden Fall sehe ich das, daß wir es rechtzeitig zur Welt bringen wollen und die Versuche, die wir nicht nur bei der Organisationsberatung durch das KDZ haben, sondern in vielen anderen Bereichen immer wieder feststellen müssen, ist die Frage, daß Sie zwar grundsätzlich gerne mit uns einer Meinung sind, aber lieber auf die lange Bank schieben möchten.

Ich lese heute in der Steyrer Zeitung bereits die geplante Umfrage zur Nordspange. Seit Jahren wird gesprochen bzw. verhandelt, werden Pläne gezeichnet. Jetzt ist man endlich so weit und man will wieder von vorne beginnen. Ich war damals in der StS-Sitzung ein bißchen enttäuscht darüber, daß zwar jeder - so wie heute - die grundsätzliche Richtigkeit an der Organisations-Beratung bejaht hat, aber auf der anderen Seite Versuche unternommen worden

sind, sie möglichst heuer nicht mehr zum Tragen, zum Laufen zu bringen. So viel zum Zeitfaktor. Wir sind also interessiert, wenn wir so etwas machen, daß es schnell geschieht.

Die zweite Sache, die hier so als Vorwurf formuliert wird, daß das KDZ vielleicht nicht so unabhängig wäre wie ein ausländischer Unternehmensberater oder ein inländischer, der vielleicht anderswo seine Fähigkeiten auch schon unter Beweis gestellt hätte. Ich sehe das mit anderen Bereichen durchaus in Übereinstimmung. Der Unternehmer wird sich zunächst bei seiner Handelskammer beraten lassen und nicht gleich zu einem externen Berater gehen und hier gäbe es sehr viele Vergleichsmöglichkeiten. Uns liegt natürlich schon am Herzen, daß dort, wo wir Mitglied sind, nämlich beim Städtebund, und wenn es dort Institute gibt, diese auch in entsprechende Auslastung für unsere Tätigkeit gewinnen können. Wir sehen die Städtebund-Mitgliedschaft nicht als verlängerte Institution der Personalvertretung im Rathaus, sondern als verlängerte Institution der Gemeinderäte, des Bürgermeisters und damit der Stadtführung oder Stadtregierung. Ich glaube, das ist auch oftmals so zwischen den Zeilen zu hören, daß man hier vielleicht nicht dem Städtebund zutraut, für den Dienstgeber zu arbeiten, sondern ich habe eher den Eindruck gehabt, daß Sie

meinen, das sei eine besonders beamtenfreundliche Sache. Womit ich aber hier nicht "freundlich" oder "feindlich" hervorstreichen möchte, sondern jenes, um das es uns allen geht. Nämlich die Organisation so zu durchforsten, daß eben bessere, effizientere Arbeit möglich wird. Es sind auch die Beamten im Haus nicht interessiert daran, Arbeitsabläufe durchführen zu müssen, von denen sie überzeugt sind, daß es anders besser ginge. Das unterstreichen wir voll und ganz und wir wollen bei der Entwicklung eines Stärken- und Schwächekatalogs nicht bloß die Schwächen erfahren, sondern auch unsere Stärken, von denen es Gott sei Dank sehr viele gibt, die aber leider in der Öffentlichkeit vielfach verschwiegen oder vergessen werden, weil man sich über die Schwächen, die man entdeckt, eben besser unterhalten kann.

Eine Sache dabei - muß ich Dir sagen, lieber Othmar Schloßgangl - wird es nicht geben, nämlich der arbeitsfreie Geburtstag wird nicht fallen. Und ich sage Dir, warum er nicht fallen wird: Es wird sich in kürzester Zeit jeder Bedienstete seinen Geburtstag nach wie vor arbeitsfrei gestalten können, allerdings mit Guthaben aus einem Gleitzeit-Modell, an dem wir arbeiten.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Danke. Als nächster hat sich Herr Stadtrat Holub zu Wort gemeldet.

STADTRAT KARL HOLUB:

Ich glaube, meine Damen und Herren, hohes Präsidium, daß es durchaus nicht darum geht, jetzt eine Diskussion über die Güte oder die weniger vorhandene Güte von Beamten hier im Hause loszubrechen und vor diesem Hintergrund die Richtigkeit der Entscheidung zum KDZ zu diskutieren. Dies wäre der absolut verfehlt Weg. Es wäre auch ein verfehlt Weg, die Richtigkeit oder Unrichtigkeit der Entscheidung zum KDZ davon abhängig zu machen, ob das Geburtstagsprivilegium, das über dieses Haus einmal verhängt wurde, weiter besteht in der jetzigen Form oder nicht. Es wäre ein sehr verkehrter Weg, jetzt darüber zu diskutieren, sich nach einem Bild zu verhalten, das ich nun schildern möchte:

Es liegt ein Mensch auf der Straße, es geht im ziemlich schlecht, die Symptome sind aber nicht eindeutig erkennbar - er ist jedenfalls sehr blaß und sehr bewegungslos. Hinzu kommt ein Facharzt, der denselben Arbeitgeber hat wie dieser Mensch, der auf der Straße liegt. Er ist zufällig auch Landesbediensteter und die staunende Bevölkerung unseres Landes tritt zusammen und sagt: "Der darf hier nicht ran, denn der könnte mit dem unter einer Decke stecken und unter Umständen ein Simulieren dieses

Menschen unterstützen! Daher, tretet zusammen, haltet ein Konsilium und beruft diverse Menschen ein, die in derselben qualitativen Voraussetzung - wenn geht noch besser - wären, um diesem Menschen Hilfe zu leisten!" Der Mensch verstirbt, die Diskussion ist zu Ende, vielleicht findet sich eine Mehrheit für einen anderen Arzt, aber der Patient kann dazu leider - als direkt Betroffener - nicht mehr Stellung nehmen.

Diesen Fehler, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, sollten wir als Gemeinderat der Stadt Steyr nicht mitmachen und das war unser Beweggrund, daß wir in der Gemeinschaft der ÖVP-Fraktion überlegt haben, was sollten wir denn zu dieser Organisationsberatung sagen. In Anbetracht dessen, daß schon gewachsene Verästelungen im Haus die Ressort-Durchmengungen sicherlich den einen oder anderen Mitarbeiter im Haus verunsichern müßten, welcher der Kommandanten denn letztendlich seinem Zug den letztgültigen Befehl gibt. Genau dieser Zustand ist es, der verändert gehört. Und zwar so schnell als möglich.

Darum haben wir gemeint, wenn schon ein Facharzt vor diesen Patienten hintreten kann, der noch dazu bei seinem Arbeitgeber - nämlich der Vereinigung aller Städte, sprich Städtebund - anerkannt ist, so müßte man in Anbetracht der gegebenen Dring-

lichkeit diesem Facharzt den Zutritt nicht verwehren.

Ich darf Sie höflich einladen, dem vorliegenden Antrag doch zuzustimmen, zumal ja noch ein Punkt mit hineinmoniert wurde, der bis jetzt in der Diskussion zu kurz gekommen ist. Es geht ja auch noch sehr deutlich darum, Einsparungen in der Verwaltung zu erzielen. Also nicht nur Personaleinsparungen, sondern im allgemeinen Aufwandseinsparungen bei gleicher oder verbesserter Bürgerfreundlichkeit. Das ist die Zielsetzung und ich glaube, daß hier eine sehr gute Entscheidung getroffen wurde und ich hoffe auch, daß sie zum Guten für die Bürgerinnen und Bürger gelungen ist. Ich stelle völlig außer Zweifel, daß die Organe bzw. Mitarbeiter des Kommunalwissenschaftlichen Dokumentationszentrums sich als verlängerter Arm der Personalvertretung gebärden werden und ich nehme an, daß die Vertreter des KDZ ihre Aufgabe ernst nehmen - nämlich die Verwaltung bürgernäher, effektiver und, wenn es geht, auch kostenbewußt zu gestalten.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich danke. Nach dem Vortrag und Ausflug in die Medizin ist es also auch uns jetzt verständlich geworden, warum wir hier zustimmen sollen.

STADTRAT KARL HOLUB:

Das ist erfreulich.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD
PFEIL:

Gibt es noch Wortmeldungen?
Dies ist nicht der Fall. Wünscht
der Referent ein Schlußwort?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:

Ein kurzes. Meine Damen und Herren, zunächst möchte ich sagen, daß ich froh bin, daß offensichtlich doch eine große Übereinstimmung herrscht, daß diese Beratung stattfinden soll, wenn es auch hier unterschiedliche "Wege nach Rom" geben soll, geht man nach dem Willen der einzelnen Mitglieder des Gemeinderates. Wir haben eigentlich gemeint, daß - nachdem in allen Fraktionen ein gewisser Drang nach Beratung vorhanden ist - wir etwas Gutes tun, wenn wir uns schnell bemühen, das nicht nur ins Budget hineinzuschreiben, sondern auch schauen, daß es dazu kommt. Es heißt ja, man kann nur an den Taten erkennen. Das TUN macht es also aus, ob man etwas verändern will. Ich glaube auch, daß es von allen Seiten recht gut beleuchtet wurde. Vor allen Dingen ist es ja auch nicht gleichgültig, was eine solche Beratung kostet. Ich weiß nicht, Frau Kollegin Scheucher, ob Sie wissen, was Beraterfirmen kosten können. Ich habe damit schon unheilvolle Erfahrungen gemacht. Hunderte Millionen Schilling kann man auf

diesem Gebiet ausgeben und manchmal ist es dann so, daß einem die Berater auf ihrer Uhr sagen, wie spät es ist. Selbst wissen wir ja auch einiges, wir wollen nur versuchen, das aus einer anderen Sicht beleuchten zu lassen. Und vor allem kommt es darauf an, daß hier Erfahrung miteinfließt. Beraterfirmen für die öffentliche Verwaltung gibt es dann auch wieder nicht gerade zum "Saufüttern" - wenn ich das so volkstümlich sagen darf. Herr Dr. Pfeil hat gemeint, die würden einfach so wachsen. Das ist gar nicht so. Wir haben uns auch bei Ihren Referenz-Städten erkundigt, die Sie angeführt haben - Klagenfurt zum Beispiel. Es wurde uns mitgeteilt, daß zwar dort eine Beratertätigkeit durch ein deutsches Unternehmen stattfindet - es handelt sich um die Beraterfirma Aschenbrenner, sie kostet übrigens 16.000 Schilling pro Beratungstag, während unser KDZ nur 7.000 Schilling kostet, was ja nicht ganz uninteressant ist und bei dieser Gelegenheit doch auch gesagt werden sollte. Diese Beraterfirma berät nicht im Bereich der Verwaltung, sondern im Bereich der städtischen Unternehmungen, also in einem Betrieb, in einem Unternehmen und nicht in der Verwaltung. Und nicht einmal das ist schon unterschieden, sondern Ihr Kollege in Klagenfurt betreibt dies sehr stark. Das alles hat man uns auf unsere Anfrage mitgeteilt.

Wir sind selbstverständlich durchaus offen, wenn hier gute Beratertätigkeit angeboten wird. Man soll ja keine Scheuklappen aufsetzen, aber im öffentlichen Bereich ist es ein wenig anders als in den Unternehmungen und die Beraterfirmen schießen ja wie die "Schwammerl" heraus, denn man kann damit gutes Geld verdienen. Wir sollten also aufpassen, daß wir das trotzdem auch unter ökonomischen Gesichtspunkten betreiben und im Haus bleiben. Ich komme jetzt auch wieder zum Arzt zurück - wenn wir einen guten Hausarzt haben, der das ganze noch dazu billiger macht und ausreichend Erfahrung und Referenzen mitbringt, dann sollten wir diese Chance doch wahrnehmen.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Beim Tierarzt ist das nicht so.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Damit höre ich schon auf. Eines ist jedoch noch interessant: Hr. Dr. Schwager hat gemeint, daß man die Gedankengänge noch weiter spinnen könnte bis hin zu Verbesserungsvorschlagsweisen. Auch das wäre denkbar und man kann beginnen, darüber nachzudenken, ob so etwas möglich wäre. Ein erster Ansatz würde sich schon bieten, weil dieses Beraterunternehmen aus dem KDZ sicher auch Anregungen aus unserer Belegschaft, von unseren

Bediensteten positiv aufnehmen wird.

Zur Frage von Koll. Schloßgangl, wenn ich das jetzt streichen würde, was mein Vorgänger eingeführt hat, muß ich sagen, daß ich kein Diktator bin. Ich bin doch ein Anhänger des kooperativen Führungsstils und daher bitte ich um Verständnis, daß man hier im Konsens versucht, mit unseren Magistratsbediensteten Wege zu gehen, die positiv sind und richtig erscheinen. Wenn wir uns dort und da einmal auf Irrwegen befunden haben sollten, - auch dies kann so und so betrachtet werden - sind immer Korrekturen möglich und man kann ein bißchen an den Schrauben drehen. Der Dienstgeber hat gewisse Vorstellungen, die Dienstnehmer haben gewisse Vorstellungen und das muß man in Verhandlungen, die nicht in dieser extremen Form präjudiziert werden sollten, versuchen auszureden und zu einer entsprechenden Lösung zu kommen.

Ich bitte nun den Herrn Vorsitzenden, die Abstimmung durchführen zu lassen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Danke. Nachdem das jetzt schon das Schlußwort war, - und es noch sehr viel darauf zu sagen gäbe - komme ich zur Abstimmung. Wer ist für diesen Antrag? Gegenprobe? Wer enthält sich der Stimme? Niemand. Wer

ist gegen diesen Antrag? Niemand, also ist der Antrag einstimmig angenommen. Nun zu Punkt 3), bitte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Als Sportreferent der Stadt Steyr freue ich mich, einen Antrag stellen zu dürfen, und zwar für den SK Amateure, der um eine Subvention angesucht hat zur Verbesserung der Sportanlage, der Überdachung der Sitzplatztribüne und anderer Arbeiten, die dort stattfinden sollen. Hiefür soll von der Stadtgemeinde ein Betrag von S 285.000,-- beigeschossen werden und ich würde um Ihre Zustimmung bitten.

3) Ha-5368/91

SK Amateure Steyr; Ansuchen um Gewährung einer
ao. Subvention.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Referates für Schule und Sport vom 21. 1. 1992 wird dem SK Amateure Steyr zur Verbesserung der Sportanlage (Überdachung der Sitzplatztribüne u. a.) eine einmalige, außerordentliche, nicht rückzahlbare Subvention im Ausmaß von S 285.000,-- gewährt.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von

S 285.000,-- (zweihundertfünfundachtzigtausend)
bei der VA-Stelle
5/2690/777000.6 freigegeben.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Danke. Wir haben den Antrag gehört, wer wünscht dazu das Wort? Offensichtlich keine Wortmeldung. Ich darf gleich zur Abstimmung kommen. Wer ist für diesen Antrag? Gegenprobe? Wer enthält sich der Stimme? Nicht der Fall. Wer ist gegen diesen Antrag? Niemand. Ich stelle Einstimmigkeit fest. Danke, der nächste Antrag bitte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Das Land Oberösterreich übermittelt uns eine Sportsubvention für den SK Vorwärts im Ausmaß von S 500.000,-- als zweckgebundene Bedarfszuweisung. Dieser Betrag soll an den SK Vorwärts weitergegeben werden. Es geht darum, daß hier ein Finanzierungsbeitrag zur Errichtung bzw. Umgestaltung des Kabinengebäudes zugeschossen werden soll.

In diesem Zusammenhang kann ich berichten, daß mir heute die Mitteilung zugegangen ist, daß der SK Vorwärts den Gemeinderat einlädt zu einer Besichtigung der Sportanlage und dieses Kabinenhauses, zu der wir maßgeblich beigetragen haben. Ich werde mir in nächster Zeit - nach einer Terminabstimmung - erlauben, eine solche Einladung an den Gemeinderat weiterzureichen.

Nunmehr bitte ich, diesem Antrag zuzustimmen.

4) Ha-3719/90

SK Vorwärts Steyr; Gewährung einer Subvention von S 500.000,-- als Weiterleitung einer Landesförderung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Referates für Schule und Sport vom 30. 1. 1992 wird dem SK Vorwärts Steyr eine Subvention als Weiterleitung einer vom Land OÖ. gewährten, zweckgebundenen Bedarfszuweisung für die Errichtung eines Umkleidegebäudes beim Sportplatz an der Volksstraße in Höhe von S 500.000,-- gewährt.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von

S 500.000,--

(fünfhunderttausend)

bei der VA-Stelle 5/2624/777000.5 freigegeben.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Danke. Gibt es zu diesem Antrag Wortmeldungen? Nicht der Fall, ich darf zur Abstimmung kommen. Wer ist für diesen Antrag? Wer enthält sich der Stimme? Gegenstimmen? Ich stelle Einstimmigkeit fest. Der nächste Punkt bitte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Eine weitere Subvention soll die Union Steyr erhalten, insgesamt

im Ausmaß von 300.000 Schilling, in zwei gleichen Jahresraten. Diesmal geht es hier um die Subvention für das Jahr 1992 im Ausmaß von 150.000 Schilling - 150.000 Schilling wurden schon im Vorjahr beschlossen.

Ich bitte auch hier um Ihre Zustimmung, meine Damen und Herren.

5) Ha-7417/90

Union Steyr; Ansuchen um Gewährung einer ao. Subvention.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit Beschluß des Gemeinderates vom 31. Jänner 1991 wurde der Turn- und Sportunion Steyr zur Errichtung eines Vereinsheimes eine ao. Subvention im Gesamtbetrag von S 300.000,-- in zwei gleichen Jahresraten, in den Jahren 1991 und 1992, gewährt. Aufgrund des Amtsberichtes des Referates für Schule und Sport vom 30. 1. 1992 wird nunmehr der Freigabe der zweiten Rate in Höhe von S 150.000,-- an die Turn- und Sportunion Steyr zugestimmt.

Die Ausbezahlung des angeführten Betrages hat gegen Vorlage entsprechender Rechnungen zu erfolgen.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von

S 150.000,--

(einhundertfünfzigtausend)

bei der VA-Stelle 5/2690/777000.6 freigegeben.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Danke. Gibt es Wortmeldungen? Herr Gemeinderat Oskar Holub, bitte.

GEMEINDERAT OSKAR HOLUB:

Ich möchte grundsätzlich zu den Sportförderungen etwas sagen, nachdem sie mehrmals der Anlaß für Auseinandersetzungen - nicht nur in den Medien - waren. Grundsätzlich glaube ich, daß Sport gefördert gehört, daß man aber schon aufpassen muß, daß es nicht ausufert. Ich glaube, daß in Steyr zum jetzigen Zeitpunkt, unter einem sehr sportbegeisterten und sportfreundlichen Bürgermeister Leithenmayr, es auch die Funktionäre wissen, daß Sportsubventionen kaum abgelehnt werden. Ich habe so den Verdacht, daß es für die Vereine schon auch andere Möglichkeiten geben würde, - z. B. einen Flohmarkt zu organisieren - um im vermehrten Ausmaß Investitionen zu treffen.

Ich habe aber schon den Verdacht, so sehr ich mich auch als Zuschauer am Vorwärtsplatz freue und so sehr ich es positiv finde, daß dort Leute ihre Aggressionen loslassen können usw.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Stimmt nicht, laut der letzten SPÖ-Aussendung!

GEMEINDERAT OSKAR HOLUB:

Also dieser Meinung bin ich nicht, daß man nur durch ...

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:
Ja, ich auch nicht ganz!

GEMEINDERAT OSKAR HOLUB:

... nur durch Sport das Drogenproblem bekämpft - da weiß ich andere Dinge.

Ich glaube einfach, daß man schon schauen soll, daß nicht indirekt Spielergehälter subventioniert werden. Wenn der SK Vorwärts Steyr beispielsweise seine Gehälter reduzieren würde - es gibt Spieler, die über 70.000 Schilling im Monat verdienen - und wenn die Stadt dann andererseits Kabinengebäude subventioniert, dann sollte man dies zumindest einmal grundsätzlich diskutieren und in Frage stellen dürfen.

Desweiteren meine ich, daß ein Ungleichgewicht besteht, auf welches ich auch schon mehrmals hingewiesen habe, daß es bei den Sportvereinen zwangsläufig zu einer Refundierung der Lustbarkeitsabgaben kommt und im Kulturbereich dies z. B. noch nicht stattfindet, immer erkämpft werden muß und bisher noch nicht geschehen ist.

Das wollte ich nur kurz zur Sportförderung anmerken, danke!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Danke für den Beitrag. Gibt es weitere Wortmeldungen? Herr Dkfm. Zagler, bitte.

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Nachdem ja viele von uns, leider nicht alle, selbst Funktionäre in Sportvereinen sind, könnte ich mir die Worte ersparen. Ich mache es aber für jene, die das vom Internen her nicht kennen und die finanzielle Last oder Not der Vereine daher wenig einschätzen können und vor allem die Arbeit, die in den Vereinen geleistet wird, vielleicht nicht so schätzen, wie wir sie alle schätzen sollten. Es geht dabei darum, daß heute drei Beschlüsse - Punkt 3), 4) und 5) - gefaßt wurden bzw. noch gefaßt werden, daß aber andere Beschlüsse heute nicht gefaßt werden können, weil ja auch Sportvereine, die Steyrern zur Verfügung stehen, im Stadtsenat eine entsprechende Ablehnung erhalten haben. Sie wären auch nicht als Verhandlungsgegenstände bei Deinen Punkten gestanden, weil die Beträge entsprechend geringer gewesen wären. Sie wären auf Seite 1 der Einladung gestanden, bei der Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates. Sie wissen das ja alle aus der Zeitung, daß es sich dabei um den Windsurf-Club Steyr und um den Freizeit-Club Resthof handelt, wo leider eine Ablehnung für berechnete Wünsche dieser Sportvereine im Stadtsenat erteilt worden ist.

Ich entnehme auch wieder der Zeitung, - nachdem ja manche Parteien kein direktes Gespräch

mit uns suchen, sondern nur Gespräche gegen uns - daß hier eine Verquickung von Parteienfinanzierung mit Vereinsfinanzierung gemacht wird. Ich weiß nicht, wie dies gemeint ist, aber es paßt in diesen Zusammenhang hinein: So quasi Parteienfinanzierung ist schon erlaubt, aber Subventionen an - wie es zu lesen war - parteinahe Vereine zu geben, das gehörte abgeschafft. Ich möchte als Funktionär in einigen solchen Vereinen sagen, daß dort alle Sport betreiben: Rot, Schwarz, Grün und Blau. Daher ist die Verquickung der Parteienfinanzierung mit der Vereinsfinanzierung für mich schon eine Sache, die an bedenklicher Grenze ist. Klarerweise gehört der Sport gefördert, klarerweise gehört auch der Spitzensport gefördert, denn nur dann, wenn man eine nachahmenswerte Spitze vorfindet, kann man auch den Sportgedanken in die Breite tragen. Ich hoffe, daß diese Gesinnung, die sich in manchen Teilen bei uns breit gemacht hat, nämlich Politisierungsversuche in den Sportvereinen zu machen, der falsche Weg ist und dem ich nicht gerne beitreten möchte.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Danke. Nächster ist Herr Stadtrat Roman Eichhübl, bitte.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Ge-

meinderates! Ich habe an sich nicht damit gerechnet, daß heute dieser Antrag - wobei es ja um die Förderung der Union Steyr geht - die Gelegenheit bietet, grundsätzlich eine Sportsubventions-Debatte abzuhalten. Daher erlaube ich mir, aus der Sicht meiner Fraktion und meiner eigenen Sicht, auch eine Erklärung abzugeben. Im besonderen deswegen, weil Koll. Stadtrat Zagler auf einige Vereinsförderungen hingewiesen hat, die eben nicht die Zustimmung der Freiheitlichen GR-Fraktion gefunden haben - im übrigen auch nicht die der ÖVP, aber die Begründung wird die ÖVP sicherlich selbst am besten wissen.

Wir - und das möchte ich sehr klar und deutlich hier zum Ausdruck bringen, um auf das hinzuweisen, was Koll. Zagler jetzt gesagt hat, daß auch in unserer Fraktion ein Umdenken stattfinden soll bezüglich Sportfreundlichkeit - haben niemals eine Sportförderung von einer Zugehörigkeit irgendeiner Partei abhängig gemacht. Für uns ist die sportliche Tätigkeit immer überparteilich gewesen und auch deren Beurteilung. Da beziehe ich mich im besonderen Maße auf die Aussendung der SPÖ, aber das bedarf ja sicherlich noch einer Klarstellung und ich hoffe, daß auch diese Klarstellung in nächster Zeit erfolgen wird.

Denn die Begründung, warum wir einerseits Stimmenthaltung und andererseits eine Ablehnung zu

diesen zwei vorliegenden Anträgen gehabt haben, die Koll. Zagler angeschnitten hat, liegt wesentlich woanders. Wir haben einerseits dem AKSÖ Resthof deswegen die Zustimmung durch Stimmenthaltung verwehrt, weil wir die Auffassung vertreten haben, daß es nicht unbedingt förderlich ist, für nahestehende, existierende Institutionen - ich beziehe mich auf die Sportstätte Glaser - Konkurrenzverhältnisse zu schaffen. Das war eigentlich der tiefere Hintergrund, aber ich möchte jetzt gar nicht näher darauf eingehen, was da noch auf uns zukommt.

Zum zweiten: Da habe ich auch mit Erstaunen in der Zeitung gelesen, daß Herr Bürgermeister Leithenmayr festgestellt hat, daß der Windsurf-Club seine Förderung deshalb nicht erhalten hat, weil einige im Stadtsenat eben die Auffassung vertreten haben, daß man einem Sportverein, der seine Tätigkeit nicht in Steyr ausübt, deswegen die finanzielle Unterstützung versagt hat und er hat festgestellt, daß es eben keinen See am Stadtplatz gibt. Dazu muß ich schon feststellen, daß ein wesentlicher Unterschied besteht, wenn man heute Vereinen Sportförderungen gibt, die beispielsweise sportliche Betätigung beim Bergsteigen ausüben - das ist selbstverständlich. Es geht jedoch nicht alleine darum, daß dies ein Sportverein ist, der nicht in Steyr seine Tätigkeiten

ausübt, sondern uns ist es primär darum gegangen, daß das Windsurfen nicht der volkstümliche Sport schlechthin ist. Wenn - so glaube ich - jemand einen derartigen Sport ausübt, soll er zumindest einen Großteil dieser Tätigkeit aus der eigenen Tasche finanzieren.

Die Begründung geht ja weiter: Dann könnte es ja so weit gehen, daß z. B. der Tauchsportclub mit Berechtigung kommt und sagt, wir haben die Absicht, am Roten Meer - weil wir dort unten Korallentauchen - ein Sportheim zu errichten und wir wollen eine Förderung. Ich glaube, das würde dann Kreise ziehen, die wir nicht mehr überschauen können. Es wäre möglich, noch eine Reihe von Beispielen anzuführen, aber das würde in diesem Rahmen zu weit gehen, denn es geht ja tatsächlich um die Förderung der Union Steyr, wobei ich vorausschicken darf, daß die Freiheitliche GR-Fraktion diesem Antrag die Zustimmung geben wird.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Danke für die Wortmeldung. Als nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Stadtrat Zagler. Bitte.

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Nachdem wir uns nicht in der Aktuellen Stunde befinden, ist es ja gestattet, sich auch ein zweites Mal zu Wort zu melden. Es wird

auch kürzer als das erste Mal sein. Ich weiß nicht, - Rotes Meer, Totes Meer oder egal was - Roman, die Beispiele entbehren nicht einer gewissen Komik und den Vergleich, Windsurfen sei ein Sport für die Reichen und daher gehört er nicht gefördert, hast Du auch aus irgendeinem Märchenbuch herausgelesen. Das entspricht nicht der Realität.

Worauf ich aber zurückkommen möchte, ist schon etwas in diesem Zusammenhang. Und zwar gab es eine Leserbrief-Serie in diversen Medien und da habe ich einen Leserbrief gelesen - "Keine Kraftprobe" war der Titel. Da steht drinnen - und das finde ich schon ein bißchen bedenklich - was die Sportförderung oder -gesinnung anlangt: "Unabhängig voneinander und ohne Wissen über das Fehlen eines StS-Mitgliedes der Sozialdemokratischen Fraktion erklärten in einer Vorbesprechung die Vertreter der FPÖ und ÖVP, daß sie diesen beiden Punkten die Zustimmung nicht geben könnten."

Ich glaube, daß damit auch die Stärkedemonstration dieser beiden Parteien bewiesen worden ist. Ich hoffe, daß die Überschrift des Leserbriefes von Obmann Rudi Zoder Gültigkeit bekommen wird "Vernunft soll siegen!" In diesem Sinn hoffe ich für die Sportvereine noch einigen Geldfluß.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Danke. Nächster ist Herr Gemeinderat Rohrauer.

GEMEINDERAT FRANZ ROHRAUER:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte an dieser Stelle, als Obmann des ASKÖ Resthof, feststellen, daß wir sehr gute nachbarschaftliche Beziehungen zur Freizeitanlage Glaser pflegen. Es werden Siegerehrungen der Stockschiützen dort durchgeführt und mir ist es nicht bewußt gewesen, daß die Freiheitliche Fraktion nicht unterscheiden kann zwischen Sportarten wie Stockschießen bei ASKÖ Resthof, Squash und Kegeln in der Freizeitanlage Glaser. Das sind zwei Paar verschiedene Schuhe und ich bitte Sie, sich das einmal genau anzusehen. Die Argumentation des Hr. Stadtrat Eichhübl ist also sicherlich eine falsche gewesen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Danke. Als nächster hat sich Herr Gemeinderat Gollatsch zu Wort gemeldet.

GEMEINDERAT RICHARD GOLLATSCH:

Meine sehr geehrten Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Diese Grundsatz-Diskussion, die an Förderungsvergaben angeschlossen wurde, freut mich einerseits, andererseits sage ich, Grundsatzdiskussionen ja, aber zuerst sollte man das Aktuelle nehmen. Ich darf aber Herrn GR

Holub auf die Frage antworten, man soll Vereine nicht fördern, die große Gehälter ausgeben und man soll anderen Vereinen zwar Unterstützungen zukommen lassen, aber sie sollen etwas tun dafür. Ich glaube, Herr Gemeinderat, Sie sind schlecht informiert! Die kleinen Vereine in der Stadt können ohne ihr eigenes Zutun, Flohmärkte und Veranstaltungen abzuhalten, gar nicht überleben. Wenn Sie einmal schauen, was so rundherum an Flohmärkten gemacht werden, dann sind das die meisten kleinen Vereine, um überhaupt überleben zu können. So groß sind die Subventionen nicht, die die Stadt, das Land hier geben. Wenn große Subventionen gewährt werden, dann muß Leistung dahinter stehen. Nun zur Lustbarkeitsabgabe. Ja, die Lustbarkeitsabgaben werden refundiert - sie werden jedoch vorher bezahlt. Nur dort, wo Einnahmen sind, kann auch Lustbarkeitsabgabe refundiert werden.

Hier im Gemeinderat wird grundsätzlich über die Themen der Subvention diskutiert und auch über das "Wieso?" und "Warum?". Hier spreche ich als aktiver Sportler bzw. als Trainer und Funktionär. Es wird grundsätzlich schon seit Jahren über die Errichtung von Heimstätten bei den Vereinen diskutiert. Schon sehr lange gibt es ein Anliegen der Leichtathleten des SK Amateure Steyr, nämlich auf der Anlage der Rennbahn bzw. in der

ehemaligen Umkleidekabine der Eishockey-Spieler - die jetzt nicht mehr gebraucht wird, weil sie ein neues Haus gebaut haben - ein kleines Clubhaus für die Leichtathleten errichten zu können. Aus alt hergebrachten Verträgen, die zum Teil nur mündlich überliefert sind, oder aus welchen Gründen auch immer, kann das nicht realisiert werden. Ich ersuche aber wirklich, diese Gedankengänge einmal zu überlegen, ob den Leichtathleten an der Bezirkssportanlage Steyr die Möglichkeit, ein eigenes Clubheim errichten zu können, dargestellt wird. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich danke Hr. Gemeinderat Gollatsch, der nächste ist Herr Stadtrat Holub.

STADTRAT KARL HOLUB:

Hohes Präsidium, meine Damen und Herren, es ist eine eigentümliche Diskussion aufgekommen zu den drei Tagesordnungspunkten, die offenbar jetzt in einem diskutiert werden, nämlich die Förderung für SK Amateure, dann zweitens die Förderung für den SK Vorwärts Steyr und drittens für die Union Steyr. Bemerkenswert ist, daß jedenfalls zwei der drei Fälle Fortsetzungen von bereits zugebilligten Subventionierungen sind, von Vorhaben, die im Zusammenhang mit der Landessportorganisation, mit den Dach-

verbänden und mit der Stadt verhandelt wurden. Jedenfalls trifft das für die Union und für den SK Vorwärts Steyr zu. Daß der SK Amateure Steyr eine Tribünenanlage errichtet und diese fast fertiggestellt hat um nicht sehr viel Geld, - in Anbetracht seiner Zuschauerzahlen in einer annehmbaren Größe - steht auch fest und wenn dem einen das Hemd recht war, sollte dem anderen das Leibchen billig sein. Man sollte also Gleiches mit Gleichem messen und auch die Verhältnismäßigkeit der aufgewendeten Mittel in der Diskussion betrachten.

Ein Wort zur Union. Die Freiheitliche Partei gefällt sich seit neuestem in einer Diskussion über die Turn- und Sportunion, insbesondere hier in Steyr. Vielleicht diskutiert sie auch deshalb so gerne über die Union, - über deren Zweckmäßigkeit, deren politische Zuordnung - weil ihr selbst der Allgem. Turnverein den Tennisplatz weggenommen hat. Die Union selbst ist keine politische Vereinigung. Ich möchte jetzt nicht aus dem Statut der Union zitieren, aber Sie werden sicherlich keinen Hinweis dafür finden, daß die Union in irgendeiner Form Vorfeldorganisation einer politischen Partei ist oder war oder auch sein will. Wenn Sie die Damen und Herren Mitglieder der Union Steyr, die immerhin einen recht respektablen Tennisclub betreiben, anschauen, so werden

Sie sehen, daß hier durchaus Damen und Herren von wirklich allen politischen Richtungen Sport betreiben. Von der Sektion Fußball kann man dies nicht mehr behaupten, weil es sie nicht mehr gibt, aber der Fußballplatz selbst steht als Trainingsfeld und als Wettkampfstätte für das Leistungszentrum des SK Vorwärts Steyr zur Verfügung und die subventionierte Baulichkeit, um die es hier bei diesem Antrag geht, stellt nicht nur Infrastruktur für die Stockschiützen - sie sind eine sehr erfolgreiche Sektion der Union Steyr - dar, sondern auch Infrastruktur für den Sportplatz. Ebenfalls ist die Toilettenanlage für die Fußballer mit eingebunden. Sie haben dort hin jetzt näher als in das Kabinengebäude des Tennisclubs, wo sie bisher ihre "Anliegen" anbringen konnten und so gesehen ist es also keine Parteienfinanzierung, - das schreibe ich der Freiheitlichen Partei schon ins Stammbuch - wenn ein Sportverein gefördert wird, sondern ein Sportverein, der eben zufällig Union heißt, bekommt eine Zuwendung, die weder überhalten noch unbelegt noch sonst was ist.

Es ist auch nicht Parteienkrieg, der die ÖVP veranlaßt hat, im Stadtsenat gegen die beiden Anträge, die Koll. Zagler erwähnt hat, zu stimmen. Wobei ich ihm wirklich glaube, daß ihn die Erledigung des Antrages bei den Windsurfern gekränkt hat - er

war ja der Gründungsbormann der Windsurfsektion vom ATSV. Ich glaube auch dem Koll. Rohrauer, daß es ihn wirklich kränkt, daß seine Stockschiützen nicht "zum Zug" gekommen sind. Vielleicht hättest Du, lieber Franz, Deinen Leitartikel in diesem Steyrer Stadtmagazin ein bißchen "deutscher" abfassen können. Ein "parteibüchlerischer" Verein ist mir außer dem ASKÖ keiner bekannt, weil ja im Statut des ASKÖ die Zugehörigkeit bzw. die Nähe zur Sozialistischen Partei drinnen steht - das ist die Sache jedes einzelnen, jeder kann das machen und es geht mich im Grunde gar nichts an. Ich wollte es nur noch sagen.

Die Sache mit den Windsurfern - das haben wir auch im Stadtsenat so zum Ausdruck gebracht - hat ihren Grund in einer sehr diffusen Argumentation über die Verwendung der Mittel (Matratzenlager u. ä.). Ich glaube, wenn man dies ordentlich beschrieben hätte, hätte es sicherlich auch Verständnis gegeben. Diese Sache mit den Asphalttschiützen am Resthof hat eine zweifache Dimension. Die eine hat Kollege Eichhübl - nicht plakativ, sondern - plagiativ schon erwähnt, nämlich daß es der Förderung des Sportzentrums Glaser konproduktiv verläuft, wenn die Stockschiützen quasi ein eigenes Restaurant errichten können oder auch nur eine Ausschank möglich ist. Ich will jetzt hier im Plenum nicht diskutieren, warum das für

das Freizeitzentrum Glaser nicht gut ist, ich glaube, das weiß ohnehin jeder für sich.

Und zum zweiten hat es noch den Hintergrund, daß meine Fraktion der Meinung war, daß man den Ausbau dieser Sportanlage nicht noch forcieren sollte. Damals hat der Koll. Willi Spöck gesprochen und damals ist er von den Resthofbewohnern zum Teil mit großer Zustimmung ausgezeichnet worden und von den paar Funktionären der Stockschiützen mit nicht liebevollen Bemerkungen, weil die Meinung bestand, daß die Stockschiützen mitten im Wohngebiet eine doch eher laute Sportart ausüben. Das Angebot vom Resthof aus - so war die Argumentation der ÖVP - mit Stockschiützenplätzen wäre ohnehin ausreichend eine zusätzliche Attraktivierung, noch dazu zu Lasten des von der Stadt hochzufördernden Betriebes Glaser, daher nicht zweckmäßig. Das ist die wertfreie Argumentation, die die ÖVP-Fraktion im Stadtsenat gebracht hat und durchaus nicht der Parteienkrieg, der plötzlich aus "blauen Augen" in der Sportförderung diskutiert wird.

Ich wünsche der Frau Kollegin Bauer - die vorhin zu mir gesagt hat, bei den Mitgliedsbeiträgen, die die Union einhebt, wäre von einer Unparteilichkeit nicht nur die Rede - die reife Erkenntnis, daß Geld keine politische Farbe hat und auch vielleicht die Kraft

zur Erkundigung, wie hoch die Mitgliedsbeiträge überhaupt sind.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Danke. Nachdem wir nun reichlich aufgeklärt worden sind, möchte ich schon bitten, wenn es noch Wortmeldungen gibt, zur Sache zu sprechen. Tagesordnungspunkt ist Union Steyr und wir können sehr gerne und lange über alles diskutieren, aber wir sollten uns doch auf die Tagesordnung beschränken.

Gibt es also noch Wortmeldungen? Wenn dies nicht der Fall ist, würde ich den Referenten bitten, das Schlußwort zu halten.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Darauf kann in diesem Fall nicht verzichtet werden, Herr Vizebürgermeister, weil so viel Stoff geliefert wurde. Das ist äußerst interessant, wie unterschiedlich die Sichtweise sein kann - auch zum Sport. Mir geht es eigentlich darum, daß der Gemeinderat insgesamt sportfreundlich ist. Aus vielerlei Gründen, die eigentlich auf der Hand liegen und wir sollten uns wirklich bemühen, hier die parteipolitischen Gesichtspunkte nicht so sehr hineinzutragen, weil dies sicher hemmend und retardierend wirkt auf die Sportpolitik, die mir so wichtig erscheint.

Selbstverständlich sind sowohl die Union als auch der ASKÖ, der ÖTB oder der Allgem. Turnverein

unpolitische Vereine. Es gibt jedoch gewisse Naheverhältnisse, machen wir uns doch nichts vor. Das ist eben so und es ist historisch begründet. Mich freut das wirklich sehr, denn ich dachte nicht, daß es mir vergönnt ist, im Gemeinderat der Stadt Steyr sagen zu können, daß der ASKÖ heuer 100 Jahre alt ist und ursprünglich als Arbeiter-Turnverein gegründet wurde. Da gibt es eben einmal eine historische Sicht und eine gewisse Verbindung. Später wurde ja dieser Turnverein umbenannt in Arbeitsgemeinschaft für Sport und Körperkultur. Wir sollten trotzdem nicht vergessen, daß man vor 100 Jahren nicht "Schport", sondern "Sport" gesagt hat. Es ist nämlich aus dem Englischen gekommen und es war etwas für die "Oberen Zehntausend".

Es ist eine großartige Leistung, daß dem Sport jetzt alle Menschen nachgehen können und ich freue mich darüber, daß es insbesondere in Steyr in vielerlei Beziehung möglich ist, weil wir 58 Sportvereine haben. Das ist eigentlich das Positive. Ich bin auch der Meinung, Herr Kollege Holub - GR Holub, daß wir natürlich nicht Spielergagen finanzieren sollten als Stadt und hierfür Beiträge leisten sollen. Das haben wir auch nie getan. Worum es uns geht, ist, daß wir hier Beiträge leisten, vor allem zum Bau, zur Errichtung und zur Erhaltung von Sportstätten, damit dieser Sport ausgeübt werden

kann. Ich stelle nur immer wieder fest, daß man leicht zu einem Thema etwas sagt, über welches man nicht ausreichend informiert ist - mir geht das auch manchmal so. Beim Sport jedoch habe ich mich seit dreißig oder noch mehr Jahren als Funktionär beschäftigt und da kenne ich mich ein bißchen aus. Wer weiß denn schon, daß es mehr als 3.000 Sportvereine in OÖ. gibt? Und außerdem 35.000 ehrenamtliche Funktionäre, die hier Leistungen für die Gemeinschaft bringen, die ungemein wertvoll erscheinen und die wahrscheinlich in Österreich maßgeblich dafür sind, daß wir nicht solche Probleme mit der Jugendkriminalität oder mit der Drogensituation haben, als anderswo. Ich bin davon überzeugt, daß es wichtig ist, sinnvolle Freizeitbeschäftigung zu haben und der Sport ist eben eines von mehreren Angeboten. Die Investitionen, die wir dort tätigen, sind gemessen an den Aktivitäten, die stattfinden. Ich möchte auch noch sagen, daß im kulturellen Bereich, zumindest bei den Bauten, Herr Koll. Pfeil - vielleicht nicht so sehr bei den zeitgenössischen Aktivitäten - sehr viel geleistet worden ist - Kulturstätten. Bei den Sportstätten befinden wir uns etwas in der Hinterhand, wenn wir uns - ich habe das schon einmal gesagt - mit anderen Städten oder Regionen dieser Größenordnung vergleichen. Wir müssen die Ve-

reine auf der einen Ebene fördern, damit sie das erhalten können, was es gibt, damit sie ausbauen können und wir müssen als Stadt schauen, daß unser Stadtbad, unsere Eishalle und eine Dreifach-Turnhalle jetzt einmal entsteht - das haben wir notwendig. Die Theater haben wir in einer anderen Periode erbaut und wir werden sie auch erhalten müssen. Dafür möchte ich werben und den Gemeinderat bitten, dafür einzutreten.

Die Diskussion war sehr interessant, aber im Sport - überhaupt die 1. Division - haben Sie, Herr Koll. Holub, wirklich keinen "Dunst" davon, das muß ich schon sagen.

Gelächter

GEMEINDERAT OSKAR HOLUB:
Macht ja nichts.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:

Es macht wirklich nichts, aber wir sollten darüber reden. Sporteln wäre nicht schlecht, es ist für den ...

GEMEINDERAT OSKAR HOLUB:
Daniel Madlener ist ein Freund von mir, ich bin sehr gut informiert.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:

... es ist für den Kreislauf sehr gut, glauben Sie mir. Sie mußten hier einmal abtreten, weil Sie

eine Kreislaufschwäche hatten. Das kann natürlich jedem passieren, aber es ist einfach für die Gesundheit wichtig, ein bißchen Sport zu betreiben.

Kommen wir noch einmal zur 1. Division und sehen wir uns diese Vergleiche an. Vorwärts Steyr spielt in dieser Division, trägt den Ruf von Steyr in die Welt hinaus und wir sollten das als Werbung für uns sehen. In Wirklichkeit machen sie das nämlich mit sehr wenig finanziellen Mitteln. Der FC Tirol hat beispielsweise ein Budget von 100 Millionen Schilling, wie man hinter vorgehaltener Hand behauptet. Denken Sie einmal darüber nach, was die Vorwärts hat - im Verhältnis dazu einen "Klacks"! Außerdem bezuschussen wir nur ein Drittel der Kosten, wenn eine Sportstätte gebaut wird. Ein weiteres Drittel bezahlt nämlich die Oö. Landesregierung - wie Koll. Stadtrat Holub richtig gesagt hat. Wir haben uns zurecht gelegt, daß wir etwa ein Drittel fördern, wenn wir glauben, daß ein solches Bauvorhaben gerechtfertigt erscheint, und zwar in Anbetracht der Aktivitäten, die bei einem Sportverein eben geleistet werden. So sollten wir es sehen und wenn wir den Sport fördern können, dann sollten wir dies auch tun.

Teilweise war die Diskussion wirklich humorvoll, überhaupt Koll. Eichhübl hat mir sehr gut gefallen. Das muß ich wirklich

sagen, es war großartig. Kein See am Stadtplatz usw. Es ist auch richtig, sonst wären wir nämlich Venedig und nicht Steyr, wenn wir einen See am Stadtplatz hätten.

Gelächter

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Herr Bürgermeister, meine Ausführungen waren nur ergänzend zu Deinen Aussagen. Du hast von den Bergen am Stadtplatz gesprochen usw.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Naja, das ist nur, wenn man den Gedankengang fortsetzt. Bei den Windsurfen ist es ja noch beherrschbar. Schwierig wird es dann beispielsweise bei den Naturfreunden, dem Alpenverein oder der Bergrettung. Da müßten wir nämlich die Berge hereinholen.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Darüber könnten wir nach der GR-Sitzung ausführlich diskutieren.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Noch ein Wort dazu, lieber Roman, Du hast gemeint, daß Surfen nicht volkstümlich sei. Diese Klassifizierung kann ich auch so nicht gelten lassen, denn die Frage ist, was man als volkstümlich betrachtet. Ich glaube, daß es eine Sportart ist, die auf

der Höhe der Zeit ist und diese ändert sich eben ständig. Aber das ist ohnehin keine Rechtfertigung für Dich, denn das Eisstock-Schießen ist volkstümlich und da habt Ihr auch nicht zugestimmt. Also auch diese Argumentations-Linie trifft in Wahrheit nicht zu und ich würde nach diesem etwas humoristischen Ausflug zum Schluß kommen und sagen, bitte, liebe Mitglieder des Steyrer Gemeinderates, steht dem Sport positiv gegenüber und unterstützt ihn. Es ist vergleichsweise billig, es ist ein Beitrag dazu, daß sich die Menschen ihre Freizeit selbst gestalten können, daß sie sich gesund erhalten können, es ist insgesamt sehr positiv, weil hier auch Kommunikation stattfindet und weil hier eine positive, gesellschaftliche Entwicklung maßgeblich beeinflusst und ausgelöst wird.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich danke dem Herrn Bürgermeister und wünsche mir nur, daß es auch im Bereich der Kultur, also wenn es dann um größere Kulturausgaben geht, der Gemeinderat mit demselben Elan und derselben Begeisterung den kulturellen Vorhaben dieser Stadt zustimmt, weil auch Kultur - ich zitiere jetzt wörtlich - "den Menschen vor Rauschgift, Alkoholexzessen und rechtsradikalen Denkweisen schützt". Zitat Ende. Danke.

Ich komme zur Abstimmung. Wer für den Antrag Nr. 5) Union Steyr; Ansuchen um Gewährung einer ao. Subvention ist, der erhebe zum Zeichen der Einverständnis seine Hand. Danke. Gegenprobe, wer enthält sich der Stimme? Keine. Wer ist gegen diesen Antrag? Niemand. Ich stelle Einstimmigkeit fest. Danke schön, weiter zu Punkt 6).

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Der nächste Antrag, meine Damen und Herren, betrifft wiederum eine Wirtschaftsförderungs-Angelegenheit, und zwar die Förderung der zweiten Ausbaustufe des BMW-Motorenwerkes. Hier ergeht folgender Antrag an den Gemeinderat:

6) PräS-486/78

Förderung der II. Ausbaustufe des BMW-Motoren-Werkes.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsabteilung II vom 21. Februar 1992 wird entsprechend der Förderungsvereinbarung für die II. Ausbaustufe des BMW-Motoren-Werkes der für das Jahr 1992 zu leistenden Lohnsummensteuerrückvergütung in Höhe von S 5.865.468,-- zugestimmt.

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von

S 5.866.000,--

(fünfmillionenachthundertsechszehntausend)

werden bei V A St. 5/7820/776020.3 freigegeben.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Danke, wünscht jemand das Wort zu diesem Antrag? Nicht der Fall, kommen wir zur Abstimmung. Wer ist für diesen Antrag? Wer ist gegen diesen Antrag? Stimmenthaltungen? Einstimmigkeit ist festgehalten. Danke. Punkt Nr. 7) bitte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Der nächste Antrag beschäftigt sich mit der Entsendung von Mitgliedern in den Beirat der Sparkasse Steyr AG. Es ergeht folgender Antrag an den Gemeinderat:

7) PräS-685/81

Spa-6331/80

Entsendung von Mitgliedern in den Beirat der Sparkasse Steyr AG.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsabteilung II vom 18. Februar 1992 werden von der Stadt Steyr in den Beirat der Sparkasse Steyr AG als Mitglieder folgende Personen entsendet:

Bürgermeister Hermann Leithemayr: Kfz-Mechaniker, 4400 Steyr, Wehrgrabengasse 24 SPÖ:

Prok. Klaus Gstöttner: Kaufm. Angestellter, 4400 Steyr, Kling-schmiedgasse 24

Friederike Mach: Kaufm. Ange-stellte, 4400 Steyr, Leharstraße 13

Alois Kranzmayr: Selbständi-ger Fotokaufmann, 4400 Steyr, Enge Gasse 31

Dr. Kurt Schmidl: Magistrats-bediensteter, 4400 Steyr, Ta-schelried 13

Johann Schützner: Installa-teurmeister, 4400 Steyr, J.-Puch-Straße 25

Othmar Stellnberger: Partei-sekretär, 4400 Steyr, Stein-brecherring 23

FPÖ:

Ing. Wolfgang Fahrnberger: Kaufm. Angestellter, 4407 Steyr, Hausleitnerstraße 2

Ulrike Fuchs: Sachbearbeiterin, 4400 Steyr, Sarninggasse 24

Hans Dieter Götz: Tischler-meister, 4400 Steyr, J.-Wokral-Straße 7

Alois Haas: Gewerbetreibender, 4407 Steyr, Mühlbauernstraße 10

ÖVP:

Klaus Jansky: Rauchfangkeh-
rermeister, 4400 Steyr, Berg-
gasse 29

Engelbert Lengauer: Haupt-schuldirektor, 4400 Steyr, J.-Puch-Straße 4

Wolfgang Wieser: Kfz-Me-
chanikermeister, 4400 Steyr,
Haratzmüllerstraße 76

Um Ihre Zustimmung wird ge-beten.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Danke. Wünscht zu diesem Antrag jemand das Wort? Ich sehe, daß dies nicht der Fall ist und komme zur Abstimmung. Wer ist für diesen Antrag? Wer enthält sich der Stimme? Zwei Stimment-haltungen. Wer ist gegen diesen Antrag? Niemand.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-THENMAYR:

Wer hat sich enthalten?

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Es geht um Befangenheit und Sie dürften gar nicht mitstimmen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Können wir uns einigen, daß die Befangenen nicht mitgestimmt haben? Also stelle ich Ein-stimmigkeit fest. Punkt Nr. 8) bitte.

GEMEINDERAT OSKAR HOLUB:

Ich habe mich enthalten und bin nicht befangen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Also haben wir zwei Ent-haltungen zu verzeichnen. Ihre und die des Bürgermeisters.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-THENMAYR:

Ich bin befangen!

GEMEINDERAT OSKAR HOLUB:

Ich habe mich enthalten, weil ich nicht damit einverstanden bin, daß die GAL bei diesem Sparkassen-Beirat nicht zumindest mit einer Vertrauensperson vertreten ist.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ist notiert! Also haben wir eine Stimmenthaltung (GAL) - die Betroffenen haben sich enthalten - und ich bitte um Punkt 8).

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Im nächsten Antrag soll eine Verlängerung eines bereits am 6. 6. 1974 abgeschlossenen Vertrages über das Einweisungsrecht von Heimplätzen in Salzburg zum Beschluß erhoben werden.

8) Ha-6173/91

Verlängerung des am 6. 6. 74 abgeschlossenen Vertrages über das Einweisungsrecht von Heimplätzen in Salzburg.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Referates für Schule und Sport vom 2. 3. 1992 wird dem Abschluß des Vertrages zwischen der Stadt Steyr und der "Wirtschaftshilfe der Arbeiterstudenten Salzburgs", Egger-Lienz-Gasse 3, 5020 Salzburg, betreffend die zur Verfügungstellung des Einweisungsrechtes für sieben Heimplätze in deren Hoch-

schülerheime gegen einen Betrag von insgesamt S 700.000,-- für die Dauer von 15 Jahren zugestimmt.

Die Anweisung des Betrages hat in 2 Raten zu erfolgen, wobei für das Rechnungsjahr 1992 S 250.000,-- und im Rechnungsjahr 1993 S 450.000,-- freigegeben werden.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von

S 250.000,--

(zweihundertfünfzigtausend)

bei der VA-Stelle 1/2890/757000.5 freigegeben.
(BEILAGE)

Ich bitte um Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Danke. Wünscht dazu jemand das Wort? Herr Gemeinderat Mag. Philipps, bitte.

GEMEINDERAT MAG. HARALD PHILIPPS:

Meine sehr verehrten Damen und Herren des Gemeinderates, werteres Präsidium! Sie sehen hier einen Antrag vor Ihnen liegen, der auf den ersten Blick einen relativ hohen Betrag ausweist. Wenn Sie allerdings bedenken, daß dieser Betrag durch 15 zu dividieren und dann noch einmal durch die Heimplätze zu teilen ist, die zur Verfügung stehen, dann kommen Sie weit unter 700,-- Schilling pro Monat pro Person.

Sie sehen vor Ihnen eine Person, die von diesem Einweisungsrecht Gebrauch machen durfte, d. h., die Möglichkeit hatte, trotz nicht allzu finanzkräftiger Eltern - wenn ich so sagen darf - ein Studium zu absolvieren. Dieser Aspekt der politischen Richtung, dem könnte man natürlich auch sofort entgegen halten, daß sich hier in diesem GR auch ein zweites praktisches Beispiel befindet, das in einem WIHAST-Heim einen Platz gefunden hat - es ist Koll. Pfeil, der auch 3 Semester lang, wenn ich richtig informiert bin, im WIHAST-Heim wohnen konnte.

Ich bin, meine sehr verehrten Damen und Herren des Gemeinderates, auf der einen Seite sehr wohl für Einsparungen, aber ich möchte doch klar und deutlich sagen, daß diese Einsparungen nicht auf Kosten der finanzschwächeren Bevölkerung geschehen darf. Aus diesem Grund habe ich mich einerseits zu Wort gemeldet und andererseits kann ich mir dabei nicht vorstellen, daß jemand gegen eine solche Förderung und eine solche Möglichkeit, bei der der Stadtgemeinde die Chance gegeben wird, auch Steyrer unterzubringen, etwas dagegen haben kann und vielleicht auch die finanzschwächeren Bevölkerungsschichten bei ihrer Ausbildung behindert.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Danke. Als nächster hat sich Herr Stadtrat Eichhübl zu Wort gemeldet.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates, ich darf vorausschicken, daß ich nicht im WIHAST war, aber trotzdem die Gelegenheit wahrnehmen möchte, um hier festzuhalten, daß auch dieser Antrag bereits im Stadtsenat Anlaß zu Diskussionen gewesen ist. Da ist es vor allen Dingen um die Fragen gegangen, wer hier das Einweisungsrecht hat und wer die personellen Vorschläge erarbeitet, um dort in den Genuß eines Heimplatzes zu kommen. Ich darf vorausschicken, daß ich nicht grundsätzlich gegen die Förderungen von Heimen bin und das war auch ein Beitrag von mir im Stadtsenat. Was aber mich vor allen Dingen bewegt, ist die Tatsache, daß es eine Reihe von anderen Heimerhaltern gibt, die keine Förderungen bekommen und ich habe so leise anklingen gehört, daß das Verständnis der SPÖ durchaus dafür besteht, auch andere Heimträger in Zukunft zu fördern. Nachdem dies aber noch ein Lippenbekenntnis ist, werde ich mich bei diesem Antrag der Stimme enthalten.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Danke, als nächster hat sich Herr Stadtrat Holub zu Wort gemeldet.

STADTRAT KARL HOLUB:

Hohes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, durch den vorliegenden Antrag wird kein einziger Heimplatz mehr geschaffen. Die Situation in den vergangenen Jahren war die, daß die Stadt Steyr das Einweisungsrecht für sieben Heimplätze - und es geht jetzt nur um die WIHAST Salzburg - in Salzburger Heimen der WIHAST hatte und wir haben schon ausführlich Gelegenheit gehabt zu hören, wer von den hier Anwesenden aus welchen Gründen und wann und wie lange in den Genuß der Begünstigung gekommen ist, in einen Heimplatz dieses Heimträgers während seines Studiums untergebracht zu sein. Hari, ich kann Dir nur bestätigen - ich habe selbst nie studiert, was auch daran lag, daß ich keinen Heimplatz bekommen habe und was auch daran lag, daß meine Eltern das Studium nur für einen der beiden Zwillinge aufbringen konnten. 50 Prozent sind übrig geblieben, 50 Prozent stehen vor Ihnen. Die anderen 50 Prozent haben studiert und haben dieses Studium in einem Heimplatz absolvieren können, allerdings nicht in einem Heimplatz, den die Stadt Steyr gefördert hat.

Die Akademikerhilfe - das wissen die einen oder anderen wahrscheinlich - betreibt in Wien eine Reihe Studentenheime, ebenso an jeder anderen Universitätsstadt. In Österreich gibt es Studentenheime, die

nicht nur von dem sozialistisch orientierten WIST- oder WIHAST-Heimträger ausgerichtet werden.

Wir von der ÖVP meinen, daß es sehr gut und sehr richtig ist, Studentenheimplätze zu fördern, haben uns auch seit vielen Jahren bemüht, daß die anderen Heime von anderen - also von nicht-sozialistischen - Heimträgern sich der städtischen Zuwendung erfreuen können, insbesondere auch dann, wenn sie sich bereit erklären, bestimmte Kontingente den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Steyr zur Verfügung zu stellen. Bis dato hat man uns mitgeteilt, daß dies nicht im Interesse der Stadt wäre, sondern, daß man ohnehin das Auslangen finden könnte mit den Heimen der WIST oder der WIHAST. Feststeht, daß dem nicht so ist, sonst würde es nicht alle Jahre so viele Interventionen bei allen politischen Mandataren von jeder Partei geben, bezüglich die Unterbringung von Kindern in Studentenheimplätzen. Feststeht, daß es immer noch zu wenig Studentenheimplätze gibt und - darum auch ein Grund unserer Ablehnung - wenn Sie sich daran erinnern, habe ich meinen Beitrag so begonnen: "Durch diese Subvention wird kein einziger Heimplatz mehr geschaffen ..". Wenn wir doch darüber diskutieren könnten, daß neue Heimplätze zur Verfügung stehen würden. Wenn wir doch darüber diskutieren könnten, daß das

Zurverfügungstehen von Heimplätzen nicht die Frage eines einzigen politischen Auges ist und daß es hier nicht so sein darf, daß die Stadt bei den Förderungen für Studentenheimerhalter auf einem Auge blind sein darf - oder auf zwei, wenn's noch geht.

Ich habe im Stadtsenat auch darauf hingewiesen, daß es in Linz ein sehr gern besuchtes Heim - namens Keplerheim - gibt, das der Freiheitlichen Partei nahe steht. Auch hier wäre eine Förderung der Stadt durchaus annehmbar, weil auch viele Steyrerinnen und Steyrer im Keplerheim untergebracht sind. Viele sind in Linz im Julius-Raab-Heim und ebenfalls viele in den WIST-Heimen - in Linz heißt es WIST, wenn ich richtig orientiert bin. Auch in Salzburg gibt es im Umfeld der WIHAST noch zahlreiche Studentenheime aus anderen politischen Richtungen. Hier hat sich die Stadt bisher nicht positiv gezeigt. Konkret vorgelegt wurden schon mehrfach, meine Damen und Herren, Ansuchen des Julius-Raab-Heimes in Linz bzw. seitens dessen Erhaltes und schon mehrfach seitens der Akademikerhilfe Wien. Jedesmal wurde jedoch wieder das Desinteresse bekundet.

Hätten Sie doch einen Vertrag abgeschlossen, der mehr Heimplätze zur Verfügung stellte als bisher, hätten wir nicht umhin können, Ihrem Antrag zuzu-

stimmen. Aber etwas nochmals zu fördern, was schon gefördert war, etwas nochmals mit dem gleichen Geld zu fördern, wie es der Stadt bei der Errichtung gekostet hat, und dann noch dazu in einem, das erscheint doch nicht ausgewogen. Überhaupt dann nicht, wenn man das Rechenexperiment von Mag. Philipps nachvollzieht, der uns gerade vorgerechnet hat, daß ein Heimplatz mit 700,-- Schilling/Monat gefördert wird. Ich möchte es jetzt nicht nachrechnen, ob es 675,-- oder 701,-- sind, es ist auch zur Sache völlig belanglos. Vielmehr steht fest, daß für sieben Menschen ein bestimmter Geldbetrag zur Verfügung gestellt wird und für alle anderen eben nicht, die am selben Standort, aus derselben Stadt Steyr, denselben Bedarf haben. Das ist es, was mich bedrückt und das ist es, was uns veranlaßt, diesem Antrag die Zustimmung nicht zu geben.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Danke. Herr Stadtrat Zagler bitte.

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Es gibt viele Wege, die nach Rom führen! Diesen Ausspruch haben wir heute schon einmal von Bürgermeister Leithenmayr gehört und ich möchte auch mit diesem Zitat beginnen. D. h., es gibt viele Wege, in einem Studienort - in Österreich, aber auch im Ausland

- zu Quartier zu gelangen. Ich will jetzt den Weg der Begüterten, die sich das über die Preisfunktion erwerben können, nicht weiter verfolgen, sondern jene, die andere Wege beschreiten müssen. Auch da gibt es verschiedene. Nämlich, so wie von meinem Koll. Holub aufgezeigt wurde, daß eben sehr viele Parteien, Vereine und Verbände Heime unterhalten und für ihre Mitglieder diesen Weg offenhalten. Die Wege, - und das ist es, was die Stadt Steyr beschritten hat, vielleicht ein bißchen anders, als in anderen Städten - die man hier beschreiten kann, sind die, daß man für jene, die diese Chance nicht haben, einen Heimplatz auf diese Art und Weise zu bekommen, die Möglichkeit bietet, als berücksichtigungswürdiger Fall von der Stadtgemeinde einen solchen Einweisungsplatz zu bekommen.

Es geht ja nicht um eine Förderung in dem Sinn an die Heime, sondern um eine Förderung für bedürftige Studenten und auch weniger um Förderungen als verlorenen Zuschuß, sondern man kauft damit eben eine Option, die einen gewissen Wert hat, nämlich den Wert des Einweisungsrechtes. Wels - als Beispiel vielfach zitiert - ist einen anderen Weg gegangen. Wels hat in Wien, im 10. Bezirk, Eigentumswohnungen angekauft, um sie den Studenten zu einem bestimmten Betrag - höher als die Miete in den WIST-Heimen - zur Verfü-

gung zu stellen. Auch Wels hat bei diesem Kauf der Wohnungen klarerweise nicht darauf vergessen, daß so eine Wohnung abgewohnt wird und zwischendurch Renovierungsbedarf entsteht. Das ist so zu verstehen, daß bei dieser diesmaligen Optionserneuerung das Geld ja in die Verbesserung der Unterkünfte investiert wird. Den Ruf nach mehr Optionen, nach mehr Einweisungsmöglichkeiten, die Du hier angesprochen hast, habe ich in der StS-Sitzung schon ausgesprochen. D. h., es ist bedauerlich, daß wir nicht einen zusätzlichen Antrag diskutieren können, in dem es heißt, wir bekommen die Chance, - egal bei welchem Heimerhalter - mehr Steyrer Studenten in die Universitätsstädte zu bringen. Das - glaube ich - ist eine Sache, über die wir in Zukunft auch noch nachdenken sollten. Nicht, daß wir reduzieren oder verhindern, sondern daß wir das Service der Stadt für unsere Bürger auf diesem Sektor ausbauen sollten.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Danke. Herr Dr. Schwager, bitte.

GEMEINDERAT DR. TILMAN HORST SCHWAGER:

Hohes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren, bei uns gehen die Meinungen auch etwas auseinander, aber es darf ja jeder sagen, was er will und das nehme ich auch für mich in Anspruch.

Ich persönlich bin der Auffassung, daß man alles, was der Ausbildung unserer Jugend dient, fördern und unterstützen soll. Ich halte dafür, daß es Aufgabe der Stadt sein wird, bei der Einweisung, bei der Auswahl derjenigen, die dann diese Heimplätze benützen dürfen, ein entsprechendes Augenmerk zu üben und darauf zu achten, daß die Leute auch wirklich arbeiten und studieren. Prinzipiell halte ich diesen Vorschlag jedoch für unterstützungswürdig und werde daher diesem Antrag zustimmen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Danke, Hr. Dr. Schwager. Ich gebe nun den Vorsitz an Hr. Bürgermeister Leithenmayr ab.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich übernehme den Vorsitz und nehme an, daß Sie das Wort ergreifen wollen. Ich erteile es Ihnen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Danke. Ich schließe mich der Meinung von Dr. Schwager an und werde diesem Antrag zustimmen. Man kann doch nicht gegen eine Heimplatz-Sicherung für Steyrer Bürger sein, ganz gleich, von welcher Richtung es kommt. Unser Augenmerk wird daran sein und es wird uns wichtig sein müssen, daß wir eben darauf achten, daß nur Steyrer und be-

dürftige Steyrer hineinkommen. Wir werden jedoch genauso unterstützen müssen, wenn Anträge von anderen Heimträgern kommen, die hier in Steyr vorstellig werden. Das werden wir dann in der Sache ebenfalls unterstützen.

Lieber wäre es mir natürlich, wenn diese Angelegenheit in Österreich und auch in Steyr parteiunabhängig wäre - daß es nicht ein "Rotes", nicht ein "Schwarzes" und nicht ein "Blaues" Heim gibt. Das geht mir wirklich gegen den Strich. Aber es ist einmal so und ich glaube, man sollte jetzt nicht für unsere Jugend dagegen sein, daß wir uns gegen einen Heimträger stellen. Danke.

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Du selbst hast erlebt, wie liberal ein WIHAST-Heim sein kann.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich möchte nur noch antworten. Also ich habe damals - es ist jetzt schon viele Jahre her - überhaupt keine Beziehungen gebraucht. Ich habe mich angemeldet und die Zuschrift bekommen, daß es funktioniert. Ich war drei Semester dort und bin zufrieden gewesen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Objektive Einzuweisung in Steyr.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD
PFEIL:

Vor zwanzig Jahren, wie es heute ist, weiß ich nicht!

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:

Ich gebe Ihnen den Vorsitz zurück.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD
PFEIL:

Wünscht dazu noch jemand das Wort? Wenn dies nicht der Fall ist, möchte ich fragen, ob Sie noch ein Schlußwort wünschen?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:

Ein kurzes! Meine Damen und Herren, ich freue mich sehr, daß es - jedenfalls scheint es so nach den vorangegangenen Wortmeldungen - zu einer Mehrheit im Steyrer Gemeinderat für diesen Antrag kommt. Es hat eigentlich jeder gesagt, daß er dafür ist, daß diese Heimplätze zur Verfügung stehen sollen. Ich glaube, daß es dazu keine Alternativen gibt, es sei denn, die Steyrer Eltern wären in der Lage, in den Universitätsstädten eine Eigentumswohnung zu haben, zu mieten, zu kaufen oder wir gehen überhaupt so weit, daß jeder ein Palais hat in der Hauptstadt. Davon sind wir ja weit entfernt und weil dies eben nicht so war, sind diese Heime geschaffen worden. Besonders von denen, die

es am meisten benötigt haben. Auch hier ist eine historische Beleuchtung durchaus angebracht, und zwar unabhängig davon, in welchem politischen Bereich jemand angesiedelt ist.

Wobei ich jedoch wirklich nicht folgen kann, das ist die Ausführung des Koll. Stadtrat Holub. Dabei war es mir eigentlich nicht möglich, mitzukommen. Aber vielleicht hängt das damit zusammen, weil ich nicht die Ehre und das Vergnügen hatte, in einem solchen Heim einmal zu wohnen und die höhere Bildung zu erreichen. Es gelingt mir einfach nicht, Deinen "Korkenzieher-Gedankengängen" zu folgen. Wenn Du nämlich begründest, daß Du eigentlich mehr Heimplätze haben möchtest, damit, daß Du denen, die wir haben, nicht die Zustimmung gibst, dann fehlt mir einfach das Verständnis.

STADTRAT KARL HOLUB:

Wir haben doch vor 15 Jahren ...

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:

Wir haben diese nämlich nur bis jetzt und es handelt sich um einen Mitgliedsbeitrag. Wenn wir diesen für die nächsten 15 Jahre nicht weiter bezahlen, dann gibt es sieben Heimplätze weniger. So lese ich das. Sie haben uns geschrieben, wir müßten das bezahlen, oder es gibt diese sieben Plätze nicht mehr. Wir haben uns entschlossen, diese sieben Plätze weiterhin zu behalten und da-

her müssen wir diese Beträge aufwenden, so verstehe ich das. Daß Du dies aber als Begründung anführst, weil wir nicht irgendwelche Akademikerhilfen oder andere Heime hätten, obwohl Du auch meinst, wir sollten mehr solche Plätze haben und wir dann noch um sieben weniger hätten, da weigert sich einfach mein einfacher Geist, dem zu folgen. Im Prinzip freut es mich jedoch, daß Du auch dafür bist.

STADTRAT KARL HOLUB:

Für diese sieben Plätze ist sieben Jahre lang Miete bezahlt worden. Die Instandhaltungsinvestition tätigt man üblicherweise aus der eingenommenen Miete. Ich nehme an, daß die Miete so niedrig kalkuliert ist, daß nicht eine Erweiterungsinvestition möglich ist. Gerade weil die Instandhaltungsinvestition aus der Miete getätigt werden sollte, ist es nicht richtig, jetzt eine Wiederholungsfinanzierung vorzunehmen, als würde ein Neubau vorliegen - schlicht und einfach. Ich glaube, daß dies schon verständlich ist.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Man kann natürlich solche und jene Argumentationen aufgreifen. Es gibt ja für alle Vorgangsweisen Argumente, das zeigt uns ja die Geschichte, feststeht aber eines: Würden wir das Geld nicht in die Hand nehmen, hätten wir

sieben Heimplätze in Salzburg weniger.

STADTRAT KARL HOLUB:

Was amoralische Erpressung ist.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Das würde ich natürlich als einen Rückschritt betrachten - bildungspolitisch und was die Chancengleichheit betrifft. Daher freue ich mich, daß zumindest eine Mehrheit diesem Antrag - offensichtlich und darum bitte ich - die Zustimmung erteilt.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Danke. Ich komme nun zur Abstimmung: Wer ist gegen diesen Antrag? 8 Gegenstimmen (ÖVP). Wer enthält sich der Stimme? 1 Enthaltung (FPÖ). Wer ist für diesen Antrag? Der Rest. Danke schön. Der Antrag ist bei einer Enthaltung und acht Gegenstimmen angenommen.

Ich darf Bürgermeister Leithenmayr bitten, auch den Antrag Nr. 9) in Vertretung für Berichterstatter Vizebürgermeister Erich Sablik zu übernehmen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR ANSTELLE VON BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Koll. Sablik hat mich bevollmächtigt, in seiner Abwesenheit seinen Antrag einzubringen. Dieser Antrag betrifft die Verlängerung der befristet gel-

tenden Tarife in der Mülldeponie der Stadt Steyr. Wie wir wissen, haben wir einen Spalttarif eingesetzt und dieser ist jetzt zu verlängern, weil in der Zwischenzeit die Trennanlage außer Betrieb war. Wir erwarten aufgrund der neuen Vertragssituation, daß spätestens ab 1. August 1992 wieder Müll getrennt wird und es soll hier eine entsprechende Verlängerung der Tarifordnung erfolgen.

9) GemVIII-3922/89

Mülldeponie der Stadt Steyr;
Verlängerung der befristet
geltenden Tarife.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion wird entsprechend der Verordnung der Änderung der Verordnung vom 21. 3. 1991, betreffend die Tarifordnung für die Mülldeponie der Stadt Steyr, zugestimmt.

Die Kundmachung dieser Verordnung hat durch zweiwöchigen Anschlag an den Amtstafeln der Stadt Steyr zu erfolgen und tritt mit dem Tag des Anschlages der Verordnung an den Amtstafeln in Kraft.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Danke. Wünscht zu Punkt 9) jemand das Wort? Da dies nicht der Fall ist, kommen wir zur Abstimmung. Wer ist für diesen An-

trag? Wer enthält sich der Stimme? Wer ist gegen diesen Antrag? Einstimmig angenommen, danke.

Ich gebe den Vorsitz zurück an Bürgermeister Leithenmayr.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich übernehme den Vorsitz und erteile dem Berichterstatter Vizebürgermeister Dr. Leopold Pfeil das Wort.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Danke. In meinem ersten Antrag geht es um eine Förderung bezüglich Hochwasserschutzmaßnahmen. Es geht hier also nicht um Förderungen bzw. Zahlung nach einem Hochwasser, sondern darum, Hochwasserschutzmaßnahmen zu fördern. Das ist ein Unterschied. Diese Förderungen sollen in Form von nicht rückzahlbaren Zuschüssen zu den errichteten Hochwasserschutzmaßnahmen gewährt werden. Es können also bis zu einer Höhe von 20 Prozent der tatsächlich anfallenden förderungswürdigen Kosten gewährt werden, jedoch ein Höchstbetrag von S 10.000,-- darf nicht überschritten werden. Es ergeht daher folgender Antrag:

10) Agrar-5050/91

Erlaß

Förderung bezüglich Hoch-
wasserschutzmaßnahmen.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 10. Jänner 1991 werden die Richtlinien für die Förderung von Hochwasserschutzmaßnahmen in Steyr genehmigt.

Ich bitte um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Danke für den Vortrag; ich darf fragen, wer das Wort dazu wünscht? Keine Wortmeldung - wir kommen zur Abstimmung. Ist jemand gegen diesen Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Ist nicht der Fall. Der Antrag ist einstimmig beschlossen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Danke. Im nächsten Vortrag geht es um die Gewährung einer Subvention als Weiterleitung einer Landesförderung. In einer Sitzung der Oö. Landesregierung (18. 11. 1991) wurde der Stadt Steyr für die Unterstützung bei der Ausfinanzierung des Museums "Industrielle Arbeitswelt" im Steyrer Wehrgraben eine Bedarfszuweisung in der Höhe von S 500.000,-- gewährt. Diese Bedarfszuweisung kann deshalb nicht an den Verein "Museum Arbeitswelt" direkt ausbezahlt werden, da die Empfänger von Bedarfszuweisungen grundsätzlich nur Gebietskörperschaften sein können und daher diese Bedarfszuweisung des Landes nur an die Stadt Steyr mit der aus-

drücklichen Zweckwidmung gewährt werden kann, diese als Subvention an den Verein "Museum Arbeitswelt" weiterzuleiten. Der Antrag lautet:

11) K-7095/80

Museum Arbeitswelt; Gewährung einer Subvention von S 500.000,-- als Weiterleitung einer Landesförderung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 12. Februar 1992 wird dem Verein Museum Arbeitswelt eine Subvention in Höhe von S 500.000,-- gewährt, die eine Weiterleitung der der Stadt Steyr gewährten Bedarfszuweisung des Gemeinderates des Amtes der Oö. Landesregierung in Höhe von S 500.000,-- darstellt.

Zum genannten Zweck wird eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von

S 500.000,--

(fünfhunderttausend)

bei der VSt 5/3600/777090.5 bewilligt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Ich bitte um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Danke für diese Antragstellung. Wer wünscht dazu das Wort? Keine Wortmeldung; wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte um ein

Zeichen der Zustimmung, wer für diesen Antrag ist. Danke sehr. Gegenprobe? Stimmenthaltung wird nicht angezeigt - der Antrag ist beschlossen. Danke, Herr Kollege Dr. Pfeil.

Koll. Ehrenhuber hat bereits referiert, nächster Berichterstatter ist Koll. Stadtrat Roman Eichhübl. Ich erteile ihm das Wort.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, werte Herren Bürgermeister, ich möchte Ihnen unter Übergehung der Verlesung des gesamten Amtsberichtes, wofür Sie sicherlich Verständnis haben werden, einen Antrag vorbringen und gleich zum Antragstext kommen.

16) ÖAG-683/92

Stadtwerke

Gas- und Wasserwerk; Jahresbedarf 1992 an Sphärogußrohren und Formstücken; Auftragsvergaben.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke vom 20. Jänner 1992 wird dem Ankauf von Sphärogußrohren und Formstücken bei der Fa. Kontinentale HandelsgesmbH., Wels, zum Anbotspreis von S 5.632.802.-- exkl. USt. zugestimmt.

Die hierfür erforderlichen Mittel sind von den Stadtwerken der Stadt Steyr aufzubringen.

Herr Bürgermeister, ich darf Sie bitten, darüber die Diskussion bzw. die Abstimmung zu eröffnen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Danke sehr, wird zu diesem Antrag eine Diskussion gewünscht? Dies ist nicht der Fall und wir kommen zur Abstimmung: Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke, Gegenprobe? Stimmenthaltung wird nicht geübt, der Antrag ist einstimmig beschlossen.

Ich danke Koll. Eichhübl, nächster Berichterstatter ist Stadtrat Karl Holub - ich erteile ihm das Wort.

BERICHTERSTATTER STADTRAT KARL HOLUB:

Werte Kolleginnen und Kollegen, ich werde mich bemühen, mit meinem "Korkenzieher-Verstand" den nächsten Antrag kurz zu fassen und bitte dabei auch um die Vergünstigung, von der Verlesung des Amtsberichtes und des Antrages Abstand nehmen zu dürfen und aus voller Seele und frischer Brust heraus Sie ersuchen, 1,3 Millionen Schilling als Jahressubvention dem Tourismusverband zur Verfügung zu stellen. Ich möchte Sie dabei aufmerksam machen, daß Sie

keinen Unwürdigen fördern. Die Zahl der Nächtigungen hat erfreulich zugenommen. Die Zahl der Ankünfte - das ist ein interessantes und markantes Merkmal - übersteigt die Nächtigungen, ich möchte fast sagen, dramatisch, sodaß der Ruf nach einem zusätzlichen Hotel oder mehreren zusätzlichen Hotels sicherlich notwendig ist.

Ich darf Sie vielleicht noch eine Minute damit langweilen, daß die Stadt Wels bis zum Jahr 1983 mit der angebotenen Zimmeranzahl etwa vergleichbar war mit Steyr. Hand in Hand waren die Nächtigungen vergleichbar, trotz der Welser Messe! Durch das Hinzukommen von einigen Hotels hat sich das absolut gesteigert und Wels hat jetzt so rund um die 150.000 Nächtigungen. Das bedeutet doppelt so viel wie die Stadt Steyr und damit begründbar ist, daß die nötigen Hotelplätze zur Verfügung stehen. Ein Hotel zieht quasi das andere magnetisch an und in Summe steigt die Dienstleistung. In Wels ist dabei etwas Markantes aufgetreten, daß nämlich die schlechteren Zimmer vom Angebot verschwunden sind und sich das Angebot durch das Hinzutreten von Wettbewerb in der Qualität verbessert hat. Das wird also eine der Zielsetzungen sein, die der Tourismusverband wahrnehmen muß und die auch die Stadt wahrnehmen muß, daß neue Hotelplätze in guter Qualität hier für den Raum Steyr

angeboten werden. Ein Teil der Mittel, die Sie jetzt hoffentlich bewilligen werden, wird auch diesen Bemühungen des Tourismusverbandes dienen.

17) Ha-678/92

Tourismusverband Steyr -
Jahressubvention 1992.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Büros des Bürgermeisters vom 30. Jänner 1992 soll dem Tourismusverband Steyr für das Budgetjahr 1992 eine einmalige, nicht rückzahlbare, außerordentliche Subvention in Höhe von

S 1.300.000,--

(einemilliondreihunderttausend) gewährt werden.

Zum genannten Zweck wird eine Mittelfreigabe im Ausmaß von

S 1.300.000,--

(einemilliondreihunderttausend) bei der VAST. 1/7710/757000.0 bewilligt.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Danke für den Vortrag, zu Wort ist Stadtrat Zagler gemeldet. Ich erteile es ihm.

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Es wird eine ganz kurze Wortmeldung sein, denn ich möchte nur begründen, warum es zu einer sehr frühzeitigen - im Verlauf dieses Jahres - und zu einer

vollständigen Auszahlung dieser Subvention gelangen soll. Es ist ja bekannt, daß die Interessenten-Beiträge, die früher vom Tourismusverband direkt eingehoben wurden, durch Landesgesetz jetzt über eine Landesfinanzkassa abgewickelt werden. Die Beitragseingänge sind deutlich hinter den geschätzten Erwartungen zurückgeblieben und der Tourismusverband ist daher mit einem entsprechenden Fehlbetrag in der Kassa ausgestattet. Zweitens ist auch die als bisher lebende Subvention zugewiesene Bedienstete, Frau Göls, in Pension gegangen und die Ersatzkraft dafür muß über den Tourismusverband direkt und daher sofort bezahlt werden - nicht über den Umweg der Gehaltsliquidierung und der Abrechnung zum Jahresende. Das ist die Begründung für diese vorzeitige Auszahlung der Gelder. Ich möchte aber eine dringende Bitte oder ein dringendes Ersuchen richten, nämlich beim zuständigen LR Leitl wieder vorstellig zu werden, daß er die Versprechungen einhält, die zurückgebliebenen Abgabeneingänge aus seinem Budget für uns zu refundieren, damit die Finanzlage im Tourismusverband wieder ausgeglichen werden kann. Ich bitte auch um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Noch eine Wortmeldung? Nicht der Fall, aber der Berichterstatter wünscht ein Schlußwort.

STADTRAT KARL HOLUB:

Diese geforderte Vorsprache bei LR Leitl ist natürlich schon mehrfach erfolgt - zuletzt in der vergangenen Woche. Verständnis für die Tourismusregionen wurde zugesagt und auch eine Erledigung in Aussicht gestellt. Diese Erledigung wird Hand in Hand gehen mit der Veränderung der ersten Beitragsgruppenverordnung, zweitens mit der Aufzählung in der Stadt und drittens mit der Kategorisierung der Statutarstädte in einer Novelle des Tourismusgesetzes.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Wir kommen zur Abstimmung. Wer ist für diesen Antrag? Danke, Gegenprobe? Keine Gegenstimme und keine Stimmenthaltung. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Ich danke StR Holub und erteile StR Ing. Othmar Schloßgangl das Wort zu seinen Anträgen.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Mein erster Antrag lautet:

- 18) Bau6-7161/87
Kanalisation Wehrgraben-Süd; BA 06: Antrag auf Mit-

telfreigabe für den 2. Bauabschnitt 1992.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit Beschluß des Gemeinderates vom 16. Mai 1991 wurde der Fa. Negrelli GesmbH, Steyr, der Auftrag zur Errichtung der Kanalisation Wehrgraben-Süd zu Kosten von S 8.078.934,54 exkl. MWSt übertragen und wurden unter einem Mittel im Ausmaß von S 2.500.000,-- freigegeben.

Mit Beschluß des Gemeinderates vom 5. Dezember wurden weitere S 1.400.000,-- freigegeben.

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 30. Jänner 1992 wird nunmehr zur Begleichung der 6. Teilrechnung einer Mittelfreigabe im Ausmaß von S 3.200.000,-- zugestimmt.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von

S 3.200.000,--

(dreimillionen-

zweihunderttausend)

bei der VA-Stelle 5/8110/004110.1 freigegeben.

Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 44 Abs. 5 zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Danke sehr, wird das Wort gewünscht? Dies ist nicht der Fall und wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltung wird nicht ge-

übt, der Antrag ist einstimmig beschlossen.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Der nächste Antrag behandelt A) die Errichtung der Kanalisation Steyrdorf; 2. Ausbaustufe und B) Straßenbau- und Straßenbeleuchtungsarbeiten im Zuge des Kanalbaues.

19) Bau6-8588/90

Bau3-8587/90

A) Errichtung Kanalisation Steyrdorf; 2. Ausbaustufe:

B) Straßenbau- und Straßenbeleuchtungsarbeiten im Zuge des Kanalbaues; Antrag um Mittelfreigabe für 1992.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit Beschluß des Gemeinderates vom 4. Juli 1991 wurden im Zusammenhang mit der Errichtung der Kanalisation Steyrdorf, 2. Teil, an die ARGE Steyrdorf, 2. Teil (Fa. Adami und Fa. Illma, Steyr), Kanalbauarbeiten (Teil A) um S 6.779.023,76 exkl. MWSt. sowie Arbeiten für den Straßenbau und die Beleuchtung (Teil B) um S 806.041,66 inkl. MWSt. vergeben und wurden unter einem Mittel im Gesamtausmaß von S 3.880.000,-- freigegeben.

Mit Beschluß des Gemeinderates vom 5. Dezember 1991 wurden weitere Mittel im Ausmaß von S 700.000,-- freigegeben.

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 30. Jänner 1992 wird nunmehr zur Begleichung wei-

terer Teilrechnungen nachstehenden Mittelfreigaben zugestimmt:

S 2.713.000,-- exkl. MWSt.

(zweimillionensiebenhundertdreizehntausend)

(Kanalbau Steyrdorf) bei VA-Stelle 5/8110/050420.7, desweiteren Mittel im Ausmaß von

S 50.000,-- inkl. MWSt.

(fünzigtausend)

(Fabrikstraße) bei der VA-Stelle 5/6120/002470.2 sowie Mittel im Ausmaß von

S 112.000,-- inkl. MWSt.

(einhundertzwölftausend)

(Ausbau weiterer Straßen, Wolfenstraße, Beleuchtung) bei der VA-Stelle 5/6120/002020.5.

Gleichzeitig wird einer Kreditüberschreitung im Ausmaß von

S 231.000,-- inkl. MWSt.

(zweihundert-

einunddreißigtausend)

bei der VA-Stelle 5/6120/002470.2 zugestimmt.

Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 44 Abs. 5 zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Danke sehr; wird zu diesem Antrag das Wort gewünscht? Dies ist nicht der Fall. Ist jemand gegen diesen Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Auch nicht der Fall und der Antrag ist daher einstimmig beschlossen.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Beim nächsten Antrag - Flächenwidmungsplanänderung Nr. 71, betreffend Riener - Wimmer - bitte ich, eine Abänderung genehmigen zu wollen. Im Finanzausschuß wurde beraten und vorgeschlagen, man sollte diesen GR-Beschluß nicht beheben, sondern die Stellungnahme des Landes zur Kenntnis nehmen. Ursprünglich hat es geheißen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 25. 2. 1992 wird der Aufhebung des Beschlusses des Gemeinderates vom 16. 5. 1991, betreffend die Flächenwidmungsplanänderung Nr. 71 - "Riener - Wimmer", zugestimmt.

Die dem Gemeinderat eingeräumte Gelegenheit zur Abgabe einer Stellungnahme an die Aufsichtsbehörde gem. § 21 Abs. 7 Oö. ROG hat nach Maßgabe des obzitierten Amtsberichtes zu erfolgen.

Nunmehr heißt der neue Antrag:

20) Bau2-1010/89

Flächenwidmungsplanänderung Nr. 71 - "Riener - Wimmer".

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die von seiten des Amtes der Oö. Landesregierung hinsichtlich der vom Gemeinderat in seiner Sitzung vom 16. 5. 1991 beschlossenen Flächenwidmungsplanän-

derung Nr. 71 - "Riener - Wimmer", im Schreiben vom 4. November 1991 geäußerten Bedenken werden zur Kenntnis genommen.

Die dem Gemeinderat der Stadt Steyr eingeräumte Gelegenheit zur Abgabe einer Stellungnahme an die Aufsichtsbehörde gem. § 21 Abs. 7 Oö. ROG hat nach Maßgabe des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 25. 2. 1992 zu erfolgen.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Das Wort wird von Dr. Tilman Schwager gewünscht, ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT DR. TILMAN HORST SCHWAGER:

Hohes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren, ich habe bereits beim Finanz- und Rechtsausschuß auch dargetan, daß ich die jetzt abgeänderte Form der Erledigung für die elegantere halte, wenn die Aufsichtsbehörde beabsichtigt, der Flächenwidmungsplanänderung nicht zuzustimmen. Es genügt vollkommen, wenn wir dies zur Kenntnis nehmen. Meines Erachtens würde es sich sogar erübrigen, überhaupt hiezu Stellung zu nehmen und einfach zu sagen, es dient zur Kenntnis und ist damit erledigt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Danke sehr, nun ist Frau GR Scheucher zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihr.

GEMEINDERAT EVA SCHEUCHER:

Sehr geehrte Damen und Herren, es tut mir leid - wenn über eine unangenehme Sache einmal Gras gewachsen ist, dann kommt mit Sicherheit ein Kamel und trampelt es nieder. Heute bin ich in der Rolle des Kamels. Ich habe diese elegantere Fassung nicht bekommen, bei meinen Akten ist noch immer die Aufhebung des GR-Beschlusses vom 16. 5. 1991 und ich fände diese Aufhebung des GR-Beschlusses zwar nicht die elegantere Lösung, aber die ehrlichere Lösung. Es kann sich auch ein Gemeinderat einmal irren - auch vollständig! Wobei ich aber nicht weiß, ob damals der Beschluß einstimmig gefaßt wurde oder nicht. Das könnte man jedoch bei den Akten erheben. Aber es wurden damals vom Gemeinderat die Förderung von Siedlungsgebiet, die Förderung von Einzelinteressen über die Oö. Raumordnungsgesetze gestellt, über negative Gutachten des Naturschutzes gestellt. Diese Praxis ist ja keine einmalige Praxis. Leider ist es heute noch immer so, daß Anliegen des Naturschutzes und in diesem Bereich auch die der Raumordnung sehr oft Privatinteressen, Interessen der Ökonomie weichen müssen. Wenn sich hier schon das Land Oberösterreich als übergeordnete Behörde einmal zu einem "Nein-

Sagen" durchringt und zu einem Versagen der Anerkennung des GR-Beschlusses, dann glaube ich, sollten wir ehrlich genug sein und sagen: Da ist ein Fehler passiert. Wir anerkennen die Argumentation des Landes und wir geben auch zu, daß wir das heute aus der neuen Sicht - es sind ja schon ein paar Jahre vergangen, zumindest eines - anders sehen. Wir sehen, daß Grünland eben nicht mehr zersiedelt werden darf. Diese Zersiedlungsergebnisse haben wir ja, man braucht nur von Steyr nach Linz schauen, das ist schön langsam eine Siedlung. Wir genehmigen nicht mehr überall ein Haus, wo dann Zufahrtsprobleme oder die Kanalisation usw. Schwierigkeiten bereiten.

Ich fände es einfach die ehrlichere Lösung, diesen GR-Beschluß aufzuheben. Im Endeffekt kommt es auf dasselbe heraus, ich weiß das. Es hat zwar geheißen, daß der Antrag nicht auf Aufhebung des GR-Beschlusses gestellt wird, sondern zur Kenntnisnahme des Bescheides des Landes. Im Endeffekt kommt es auf dasselbe heraus, ich wollte damit nur dokumentieren, daß man einfach auch aus Fehlern lernen kann und daß wir gerade in bezug auf Umwidmung von Grünland vielleicht auch in Zukunft sehr vorsichtig sind mit unseren Beschlüssen. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Wünscht der Berichterstatter, nachdem keine weitere Wortmeldung vorliegt, ein Schlußwort?

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Nur eine kurze Anmerkung. Ich glaube, es soll nicht darum gehen, daß sich der GR damals geirrt hat, sondern man hat dem Problem der Wohnungsvorsorge den Vorrang gegeben, gegenüber den Bedenken, die von seiten des Landes vorgebracht wurden. Dazu sind wir auch gestanden. Jetzt ist eben der Bescheid da und das Land sagt, es wird eine Zustimmung verweigern und daher gibt es verschiedene Möglichkeiten, dieses Problem zu lösen. Eine wäre gewesen, den Beschluß wieder aufzuheben. Die elegantere oder schönere Lösung ist die von Dr. Schwager vorgeschlagene und daher ist der Abänderungsantrag so gestellt worden.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Wer dem vorliegenden Antrag die Zustimmung gibt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe, Stimmenthaltung? Nicht der Fall. Der Antrag ist einstimmig beschlossen. Letzter Antrag bitte.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Der letzte Antrag befaßt sich mit der Errichtung der Stützmauer zwischen Haratzmüllersstraße und Abfahrt Ennskai (ge-

genüber Hoflehner), die sehr plötzlich durch Witterungseinflüsse und Frostaufbrüche eingestürzt ist.

21) Bau3-1735/92

Errichtung einer Stützmauer zwischen Haratzmüllerstraße und Abfahrt Ennskai (gegenüber Hoflehner); Vergabe der Arbeiten und Mittelfreigabe.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 2. 5. 1992 wird der Auftrag zur Errichtung einer Stützmauer zwischen Haratzmüllerstraße und Abfahrt Ennskai (gegenüber Hoflehner) an die Firma Mayr-Bau zum Preis von S 782.979,15 inkl. MWSt. übertragen.

Zum genannten Zweck wird ein Betrag von

S 400.000,--

(vierhunderttausend)

bei der VSt 5/6160/002790.0 freigegeben und eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von

S 383.000,--

(dreihundertdrei- undachtzigtausend)

bei der gleichen VA-Stelle bewilligt. Die Deckung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen. Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 47 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte auch hier im Ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wer wünscht zu diesem Antrag das Wort? Vbgm. Dr. Pfeil bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich möchte zu diesem Antrag nur sagen, daß durch glückliche Fügung von oben hier auch ein anderes Problem beseitigt wird, da dort die Feuerwehrezufahrt durch das Dach vom Möbelhaus Hoflehner ja Schwierigkeiten gegeben hätte und wir uns in nächster Zeit Gedanken machen hätten müssen, wie dieses repariert hätte werden sollen. Das kann jetzt - durch Fügung von oben - auch repariert werden. Meines Wissens wird das Niveau um 20 cm gesenkt, stimmt das Herr Stadtrat?

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Ja!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke, gibt es weitere Wortmeldungen? Nicht der Fall: wünscht der Berichterstatter ein Schlußwort? Auch nicht der Fall und wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltung wird nicht geübt, der Antrag ist einstimmig

beschlossen. Ich danke Koll. StR Ing. Schloßgangl, nächster Berichterstatter ist Koll. StR Leopold Tatzreiter. Ich erteile ihm das Wort.

BERICHTERSTATTER STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, wertres Präsidium! In meinem ersten Antrag geht es um die Richtlinien für eine objektive Vergabe von Gemeindewohnungen. Dieser Antrag ist seitens der ÖVP eingegangen - ich glaube, er liegt Ihnen vor. Dieser Antrag ist ein wenig überraschend eingegangen und für uns eigentlich nicht abgecheckt bzw. mit dem zuständigen Wohnungsausschuß kein einziges Wort darüber gesprochen worden. Ich darf vielleicht grundsätzlich zu dieser Antragstellung ein paar Dinge anmerken:

Die von der ÖVP praktizierte Vorgangsweise ist im Verhältnis zu der von ihr propagierten Gesprächsgemeinschaft als doch bemerkenswert anzusehen, da weder mit einer anderen GR-Fraktion - ich weiß nicht, mit wem die Gespräche geführt wurden - noch mit dem für eine derartige Angelegenheit zur Vorberatung zuständigen Wohnungsausschuß - oder vor Einbringung dieser Vorlage - ein Kontakt aufgenommen wurde.

Der Antrag ist in seiner Beschlußformulierung so gehalten, daß eine Beschlußfassung - und

ich komme dann später noch auf ein paar wichtige Dinge zurück - durch den GR der Stadt Steyr von vornherein rechtlich unmöglich ist, da auch Wohnungen der GWG der Stadt Steyr von diesen Vergaberichtlinien betroffen sein sollen, für die der GR der Stadt Steyr ein unzuständiges Organ darstellt. Zuständig zur Erlassung von Richtlinien zur objektiven Wohnungsvergabe für Wohnungen der GWG der Stadt Steyr ist ausschließlich der Aufsichtsrat, so wie auch in anderen Wohnungsgesellschaften. Und ich verweise auf diejenigen Wohnungsgesellschaften, in denen vielleicht auch die ÖVP drinnen sitzt. D. h. zuständig wäre der Aufsichtsrat der GWG der Stadt Steyr. Die richtige Formulierung und Vorgangsweise würde also vorsehen, daß die Richtlinien lediglich den gemeinderätlichen Wohnungsausschuß für seine Tätigkeit binden können. Für den Fall, daß auch eine Anwendung dieser Richtlinien auf die GWG der Stadt Steyr gewünscht wird, der Aufsichtsrat beschließen müßte, daß der Vorsitzende die zu vergebenden Wohnungen der GWG der Stadt Steyr vorerst - noch vor Begutachtung durch den gemeinderätlichen Wohnungsausschuß, in Beachtung der vom gemeinderätlichen Wohnungsausschuß erarbeiteten Richtlinien - zumindest einmal durchgehen müßte. Ich beachte auch noch, daß ein diesbezüglicher Beschluß des

Aufsichtsrates der GWG der Stadt Steyr nach rechtlich einwandfreier Vorgangsweise erst dann zur Genehmigung vorliegt, wenn auch ein Beschluß dessen erfolgt. Ich bitte, diesen Entwurf auch in diesem Zusammenhang zu sehen.

Der vorgelegte Entwurf sieht weiters vor, daß eine Menge von Möglichkeiten, die noch beinhaltet sein sollen und eigentlich müßten, im Zusammenhang einer einwandfreien Beurteilung bzw. Zuordnung der Punktwertung. Auf jeden Fall soll auch die Einkommenssituation berücksichtigt werden. In diesem Zusammenhang ist überhaupt nichts vorgesehen und ich darf auch noch verweisen, daß bei der derzeitigen Punktebewertung auch ein normales Warten ohne Dringlichkeit oder überhaupt Dringlichkeit und den sozialen Bedürfnissen einher, alleine die lange Wartezeit dafür ausreichen würde, um nicht sozial vorgehen zu brauchen oder zu müssen. Ich persönlich würde es ablehnen, denn wenn jemand - ich nenne ein Beispiel - mit 18 Jahren einen Antrag abgibt und die Wohnung nicht braucht, weil er jahrelang irgendwo studiert, dafür aber eine garantierte Punkteanzahl bekommt, wobei er sozusagen nicht das soziale Bedürfnis ist, so bekommt er alleine aus dieser Punkteanzahl schon im wesentlichen die Wohnung - vor den sozial Bedürftigen.

In diesem Zusammenhang würde ich bitten, diesen Antrag noch einmal zu überdenken; er lautet:

22) Präs-119/92

Richtlinien für die objektive Vergabe von Gemeindewohnungen, Wohnungen der GWG der Stadt Steyr und Wohnungen anderer Wohnbauträger, für die der Stadt Steyr ein Einweisungs- bzw. Vorschlagsrecht zusteht:
Antrag der ÖVP-Fraktion.

Der Gemeinderat möge beschließen,

daß die "Richtlinien für die objektive Vergabe von Gemeindewohnungen, Wohnungen der GWG der Stadt Steyr und Wohnungen anderer Wohnbauträger, für die der Stadt Steyr ein Einweisungs- bzw. Vorschlagsrecht zusteht", mit sofortiger Wirkung in Kraft treten. (BEILAGE)

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Herr Kollege Payrleithner, bitte.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Hohes Präsidium, werte Damen und Herren des Gemeinderates! Aufgrund der meiner Meinung nach schwierigen Thematik dieses Antrages über Richtlinien für die objektive Vergabe von Gemeindewohnungen bzw. die doch sehr breiten Auswirkungen - es betrifft einerseits Tausende von Wohnungseinheiten in Steyr, andererseits bis zu 3.000 Woh-

nungssuchende. Persönlich ver-
misse ich auch einige Aspekte,
wie z. B. - Koll. Tatzreiter hat
das auch schon erwähnt - die
Einkommenssituation in diesem
Antrag ist in keiner Weise be-
rücksichtigt. Aber auch einige
andere Akzente, die für uns
wichtig wären, und darum stelle
ich den Antrag, diesen Ver-
handlungsgegenstand dem zu-
ständigen Ausschuß, nämlich
dem Ausschuß für Wohnungs-
wesen, zuzuweisen. Danke.

**BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:**

Über diesen Antrag ist ohne De-
batte abzustimmen. Der Antrag
lautet, daß dieser eingebrachte
Antrag dem Wohnungsausschuß
zur weiteren Beratung zuge-
wiesen werden soll. Wer für die-
sen Antrag ist, den bitte ich um
ein Zeichen der Zustimmung.
Danke. Gegenprobe? Die ÖVP-
Fraktion stimmt dagegen.
Stimmenthaltung gibt es keine.
Es wurden also 8 Gegenstimmen
aufgezeigt (ÖVP) und das heißt,
dieser Antrag wird dem Woh-
nungsausschuß zugewiesen und
dort sollen die entsprechenden
Beratungen zwischen den Frak-
tionen stattfinden, um hier einen
Konsens zu suchen, dieses kom-
plexe Problem sozusagen auf ei-
nen gemeinsamen Nenner zu brin-
gen. Damit ist dieser Tagesord-
nungspunkt einer Erledigung zu-
geführt und wir kommen zum
nächsten Punkt, Kollege Tatz-
reiter.

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:
In meinem weiteren Antrag geht
es um eine notwendige Be-
schluß-Herbeiführung im Zusam-
menhang des Verkaufes von ei-
nem Grundstück in der KG. Gleink
an die Erste GWG. Es wurde
ohnehin schon einmal darüber be-
richtet und ich meine, daß es
aufgrund der damaligen Zusage
notwendig ist, daß das Grund-
stück neben der Kaserngasse, im
unmittelbaren Bereich des Ta-
bor-Landes, unmöglich als Wohn-
baufläche genützt werden kann.
Im Zusammenhang mit der Ka-
serngasse 2 - 4 hat es auch eine
zweite Überlegung gegeben, dort
haben wir noch diese Mieter
drinnen, die erst ausgesiedelt
und in anderen Bereichen unter-
gebracht werden müssen. Aus
diesem Grund war es notwendig,
ein weiteres Grundstück noch
einmal zur Verfügung zu stellen
bzw. auszuweichen und in diesem
Zusammenhang steht auch der
Antrag, der lautet:

23) ÖAG-4336/91

Verkauf der Grundstücke
665/6, 665/7 und 669 KG.
Gleink an die Erste Gemein-
nützige Wohnungsgenossen-
schaft Steyr.

Der Gemeinderat wolle beschlie-
ßen:

Dem Verkauf der Grundstücke
bzw. Grundstücksteile 665/6,
665/7 und 669 Kat. Gem. Gleink
im Ausmaß von ca. 10.000 m²
mehr oder weniger an die Erste

Gemeinnützige Wohnungsgenossenschaft Steyr, Tomitzstraße 8, zum Preis von S 350,--/m², wird zugestimmt. Der Verkauf erfolgt mit der Auflage, auf diesen Grundstücken innerhalb von 10 Jahren eine Wohnhausanlage mit Mitteln der Wohnbauförderung zu errichten, wobei sich die Stadt ein Vor- und Wiederkaufsrecht an den Kaufobjekten vorbehält. Der Kaufpreis ist in drei gleichen Raten bei Vertragsabschluß, bei Einlangen der ersten Förderungszusage und zwei Jahre danach zu entrichten, wobei eine Wertsicherung zu vereinbaren ist. Sämtliche mit dem Vertragsabschluß verbundenen Kosten sowie die Vermessungskosten hat die Käuferin zu tragen.

Ich bitte um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEMAYR:

Wer wünscht das Wort dazu? Kollege Spöck, bitte.

GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:

Wertes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates! Ich habe bereits in der Finanz- und Rechtsausschuß-Sitzung bei Behandlung dieses Gegenstandes darauf hingewiesen, daß dieser Grund, wo gebaut werden soll, ein verhältnismäßig sensibles Grundstück ist und es wäre meiner Meinung nach sicherlich angebracht, hier schon die Überlegungen anzustellen -

ich weiß, daß es noch ein bißchen verfrüht ist - und den Gestaltungsbeirat damit zu befassen.

Ich möchte aber gleichzeitig, weil ich schon am Wort bin, die Gelegenheit nützen und ganz kurz über den vorherigen Antrag unserer ÖVP-GR-Fraktion sprechen. Mich verwundert sowohl die Haltung der FPÖ, als auch die der GAL, als auch die der SPÖ. Ich verstehe es an und für sich, wenn ich von der Sozialistischen Partei den Kollegen Tatzreiter hernehme, überhaupt nicht, daß er sich verwundert zeigt. Das Modell der objektiven Wohnungsvergabe wurde ja von uns in der Vergangenheit schon 2 Mal eingebracht, ist also nichts Neues. Es wurde jedoch immer niedergeschmettert von der damals noch Sozialistischen, heute Sozialdemokratischen Nicht-Mehrheits-Partei - damals noch Mehrheit. Sehr wohl haben die Freiheitliche Partei und die Grün Alternativen unserem Antrag zugestimmt.

Ich verstehe das einfach nicht. Gerade, wenn ich mir die letzten Wohnungsausschuß-Sitzungen ansehe, wie schwierig die Wohnungsvergabe war. Wenn ich nur eine Wohnung hernehme, bei der 20 Bewerber waren. 10 davon wären sicherlich geeignet für diese Wohnung gewesen. Deshalb war der Tenor - so habe ich es empfunden - bei der Freiheitlichen Partei, als auch bei der GAL und bei Teilen der Sozialde-

mokratischen Partei, hier Änderungen zu schaffen. Ich verstehe ganz offen und ehrlich diesen Antrag von der FPÖ, unseren Antrag einfach abzuwürgen, nicht. Ich nehme ihn zur Kenntnis, es ist eben so.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Der Beitrag war über weite Strecken nicht zur Sache, aber ich verstehe natürlich diesen kleinen Exkurs. Ich möchte aber doch bemerken, daß niemand - so glaube ich - in diesem Forum daran denkt, daß dieser Antrag "Richtlinien für objektive Vergabe von Gemeindewohnungen" abgewimmelt werden soll oder abgelehnt werden soll, sondern eigentlich sehen wir doch alle, daß wir mit dem gegenwärtigen Instrumentarium bei der Wohnungsvergabe nicht mehr gut zu recht kommen. Neue Überlegungen und Richtlinien sind erforderlich. Alle Fraktionen arbeiten daran - übrigens nicht nur in Steyr, sondern es ist eine oberösterreichweite Entwicklung, daß aufgrund des Druckes überall Objektivierungsrichtlinien in Diskussion sind. Es soll ernsthaft im zuständigen Ausschuß darüber beraten werden, mit dem Ziel, möglichst bald zu einem einhelligen Ergebnis zu kommen - keine Ablehnung.

Zur Diskussion und zur Abstimmung steht jedoch, wenn keine weitere Wortmeldung mehr vorliegt, der Verkauf des Grund-

stückes, damit wir Wohnungen bauen können. Nur dann können wir nämlich, Herr Koll. Spöck, weitere Wohnungen vergeben. Wir sollen nie das Ziel aus den Augen und uns in Nebensächlichkeiten verlieren. Das wäre wirklich bedauerlich. Keine weitere Wortmeldung, wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Verkauf ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Gegenprobe? Stimmenthaltung wird nicht geübt. Der Antrag ist einstimmig beschlossen. Nächster Antrag bitte.

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

Im nächsten Antrag geht es um die Zahlung der 2. Rate vom Kauf der Knoglergründe. Ich möchte bitten, diese 2. Kaufpreisrate freizugeben bzw. zu beschließen. Ich glaube, daß ich den Amtsbericht nicht verlesen muß und komme gleich zum Antragstext:

24) ÖAG-7903/90

Knoglergründe; Zahlung der 2. Kaufpreisrate.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion (Rechtsreferat) wird der Entrichtung der für das Jahr 1992 fälligen Kaufpreislraten für die sogenannten Knoglergründe an Frau Gertraud Spaller, Enzengangstraße 4, 4523 Neuzeug, in Höhe von S 2.565.330,-- und an Frau Josefina Schillhuber, Eglmayrstra-

Be 5. 4493 Wolfen, in Höhe von S 9.544.170,-- zugestimmt. Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von

S 12.109.500,--

(zwölfmillioneneinhundertneuntausendfünfhundert) werden bei der VA-Stelle 5/8400/001.000.2 freigegeben. Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug des Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Danke sehr. Wer wünscht zu diesem Antrag das Wort? Keine Wortmeldung, wir kommen zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke, Gegenprobe? Stimmenthaltung wird nicht geübt. Der Antrag ist einstimmig beschlossen; nächster Antrag bitte.

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

Im nächsten Antrag geht es um die Errichtung von 40 Kleinwohnungen und den Abschluß eines Generalunternehmervertrages m. der Fa. Zwettler Bau GesmbH., weil die Fa. Mayr dabei ausgestiegen ist. Der Antrag lautet:

25) Ha-2450/90

Errichtung von 40 Kleinwohnungen; Abschluß eines Generalunternehmervertra-

ges mit der Zwettler Baugesellschaft mbH. Porschestraße 7, 4400 Steyr.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion (Rechtsreferat) wird dem Abschluß eines Generalunternehmervertrages mit der Zwettler Baugesellschaft mbH. Steyr, Porschestraße 7, zur Errichtung eines Wohnhauses mit 40 Kleinwohnungen an der Resthofstraße mit den Gesamtbaukosten von S 25.610.900,-- zugestimmt.

Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Wird dazu das Wort gewünscht? Herr Dr. Schwager, bitte.

GEMEINDERAT DR. TILMAN HORST SCHWAGER:

Hohes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! Weil die Firma Zwettler BaugesmbH. hier schon sehr erhebliche Vorleistungen erbracht hat, werde ich - und jetzt werde ich das Ergebnis meiner Wortmeldung vorwegnehmen - diesem Antrag zustimmen. Pro futuro darf ich jedoch einige Bedenken anmelden, die von uns sehr wohl überlegt worden sind.

Erstens, - ich komme wieder zu unserem ceterum censeo - was eine generelle Stadtplanung, eine Stadtentwicklung anlangt, sind wir sehr froh darüber, daß auch Kleinwohnungen gebaut werden. Nicht sehr glücklich sind wir darüber, daß man ein solches Objekt mitten in die grüne Wiese stellt, ohne sich vorerst zu überlegen, wie denn dort die Gesamtentwicklung weiter gehen soll. Ich habe dem Amtsbericht entnommen, daß die Gesamtplanung vom Bereich Resthof III auch von dem Generalunternehmer zu verantworten ist. Uns ist bekannt, daß im Resthof die Kanalisation nicht ausreicht. Uns ist bekannt, daß dort eine gemischte Art von Flächenwidmungen vorgenommen wurde, die uns alles andere als glücklich macht. Wir haben dort einen Industriebetrieb, auf den Steyr an sich recht stolz sein kann, wir haben eine Unzahl von Gewerbebetrieben, auf die Steyr auch sehr stolz sein kann und wir haben dazwischen Wohngebiete. Wenn nun irgendwelche Erweiterungen betrieblicher Art dort erfolgen, dann kommt es zu wasserrechtlichen Auflagen, die dann den einzelnen Konsenswerber treffen, die aber darauf zurückzuführen sind, daß sehr erhebliche Planungsfehler, eben z. B. bei der Dimensionierung des Resthofkanales, passiert sind. Ich gebe das bitte pro futuro zu denken und bitte auch später wieder darauf hinweisen zu dür-

fen, daß wir von einer Gesamtplanung in unseren Wortmeldungen nicht zurückstehen wollen.

Hier wäre es - ich habe die Ausnahme schon deswegen begründet, weil die Fa. Zwettler schon Vorarbeiten geleistet hat - sicherlich nicht notwendig gewesen, einen Generalunternehmer zu bestellen. Ein Generalunternehmer hat natürlich den Vorteil, daß man einen hat, an den man sich hinsichtlich jedweder Verantwortung, Gewährleistungsansprüche etc. wenden kann. Wesentlich scheint mir aber, daß hier die Stadt baut und nicht die GWG und daß die Stadt unter ihren Beamten sicher geeignete Kräfte hat, die Teile der Tätigkeit des Generalunternehmers, nämlich Planung, Bauüberwachung usw., übernehmen können. Dazu darf ich sagen, daß ich ein Verfechter der Personalreduktion bin, wo es geht. Nur in einem Punkt müßte sich die Stadt eine Personalaufstockung leisten - das wäre im Kontrollamt. Dort soll ein wirklich qualifizierter Bautechniker mehr eingesetzt werden. Ich habe jetzt die Gelegenheit genützt, um dieses Anliegen hier anzubringen. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Danke für diesen Beitrag; gibt es weitere Wortmeldungen? Dies ist nicht der Fall.

Ich kann nur sagen, daß es natürlich richtig ist, daß der Abend

immer klüger ist als der Morgen und daß Erkenntnisse, die man gewinnt, - auch im Hinblick auf Verträge, die über sehr lange Zeiträume laufen - einfließen müssen. So glaube ich, daß hier gewisse Planungsänderungen auch bei den doch zu errichtenden Wohnbauten Platz greifen müssen und wir uns noch mit Änderungen der Bebauungspläne zu beschäftigen haben werden. Grundsätzlich ist es allerdings so, daß dieser Generalunternehmervertrag langfristig abgeschlossen ist und wir damit leben müssen. Sie haben das ja auch betont, weil eben im Rechtsstaat die Verträge zu gelten haben. Es ist nur gar nicht anders möglich. Wie wollen wir diese Wohnungen schnell bauen, wenn wir nicht diese Vorgangsweise gewählt hätten. Aber ich nehme ja an, daß der Berichterstatter noch ein Schlußwort wünscht, bitte.

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:
Ich kann mir das meiste ersparen, weil es bereits gesagt wurde - bis auf einen einzigen Punkt: Das Geld ist nämlich schon bewilligt gewesen. Um die Bautätigkeit sofort weiterzuführen, haben wir gebeten, diese Maßnahme zu treffen. In jenem Zusammenhang ist das geschehen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Danke, wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke sehr. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig beschlossen. Den nächsten bitte.

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:
In meinem nächsten Antrag geht es um einen Ankauf des Löschfahrzeuges mit Bergeausrüstung für die Freiw. Feuerwehr der Stadt Steyr - für den Löschzug V in Münichholz. Die Restrate ist zu begleichen, denn der Ankauf wurde ohnehin mit Beschluß des GR am 4. Juli 1991 bewilligt. Die Restzahlung dafür ist jetzt notwendig.

Der Antrag beläuft sich auf S 1.506.200,--, dem laut dem Amtsbericht vom 21. 1. zugestimmt werden soll.

26) FW-1620/91

Ankauf eines Löschfahrzeuges mit Bergeausrüstung für die Freiwillige Feuerwehr d. Stadt Steyr - LZ V (Münichholz) - Restrate.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit Beschluß des Gemeinderates vom 4. Juli 1991 wurde dem Ankauf eines Löschfahrzeuges mit Bergeausrüstung für die Freiw. Feuerwehr der Stadt Steyr. Löschzug V, zum Gesamtpreis von S 3.006.120,-- inkl. MWSt. zugestimmt und wurde unter einem für das Finanzjahr 1991 ein

Betrag von S 1.500.000,-- freigegeben.

Die Freigabe der Restmittel blieb einer gesonderten Beschlußfassung im Finanzjahr 1992 vorbehalten.

Aufgrund des Amtsberichtes der MA VI vom 21. 1. 1992 wird nunmehr in Entsprechung des oa. Beschlusses der Freigabe von
S 1.506.200,--

(einemillionfünfhundertsechstausendzweihundert)

bei der VA-Stelle 5/1630/040060.8 zugestimmt.

Unter einem wird der Vereinbarung des in diesem Zusammenhang gewährten Subventionsbetrages des Landes-Feuerwehrkommandos für OÖ in Höhe von S 850.000,-- bei der VA-Stelle 6/1630/871000.6 zugestimmt.

Das heißt, wir bekommen dann wieder etwas zurück.

Ich bitte um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Wird dazu das Wort gewünscht? Nicht der Fall und wir kommen zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltung wird nicht geübt, der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

Im nächsten Antrag geht es wieder um die Feuerwehr, und zwar um das Teleskop-Hubrettungsfahrzeug, das ebenfalls am 30.

12. 1990 im GR mit einem Beschluß bestätigt wurde. Der Antrag zur Freigabe der Restmittel lautet:

27) FW-613/90

Ankauf eines Teleskop-Hubrettungsfahrzeuges für die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Steyr.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit Beschluß des Gemeinderates vom 30. 12. 1990 wurde der Ankauf eines Teleskop-Hubrettungsfahrzeuges für die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Steyr bei der Fa. Schmid, Steyr, und der Fa. General Hydraulics, Attnang, zum Gesamtpreis von S 7.475.700,-- inkl. MWSt. genehmigt und wurden gleichzeitig als erste Rate im Rechnungsjahr 1990 Mittel im Ausmaß von S 2.500.000,-- freigegeben.

Mit Beschluß des Gemeinderates vom 21. März 1991 wurde der zweite Teilbetrag in Höhe von ebenfalls S 2.500.000,-- freigegeben. Die Freigabe der Restmittel blieb einer gesonderten Beschlußfassung im Finanzjahr 1992 vorbehalten.

Aufgrund des Amtsberichtes der MA VI vom 4. 2. 1992 wird nunmehr der Freigabe des Restbetrages in Höhe von

S 2.475.700,--

(zweimillionenvierhundertfünfsiebzigtausendsiebenhundert) bei der VA-Stelle 5/1630/040020.2 zugestimmt.

Gleichzeitig wird der Vereinbarung des in diesem Zusammenhang gewährten Subventionsbetrages des Landes-Feuerwehrkommandos für Oberösterreich in Höhe von S 1.750.000,-- bei der VA-Stelle 6/1630/871000.6 zugestimmt.

Ich bitte auch hier um Ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Danke, wird dazu das Wort gewünscht? Nicht der Fall. Wer ist gegen den Antrag? Niemand. Übt jemand Stimmenthaltung? Auch nicht der Fall. Der Antrag ist einstimmig beschlossen.

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

Der Kanalanschluß Michaelerplatz 2 - beim Bürgerspital - ist eine ziemlich teure Angelegenheit, aber dennoch notwendig.

28) GHJ2-1824/90

Kanalanschluß Michaelerplatz 2 (Bürgerspital).

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA VI vom 31. 1. 1992 wird im Zusammenhang mit der Errichtung des Hauskanalanschlusses für das Bürgerspital, Michaelerplatz 2, einer Mittelfreigabe im Ausmaß von S 849.000,-- exkl. MWSt. zugestimmt.

Zum genannten Zweck wird eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von

S 849.000,--

(achthundert-

neunundvierzigtausend)

bei der VA-Stelle 5/8460/004020.1 bewilligt.

Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung; wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe? Stimmenthaltung wird nicht geübt, der Antrag ist einstimmig beschlossen. Den letzten Antrag bitte.

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

Im nächsten Antrag geht es um die Verleihung der Feuerwehr-Verdienstmedaille der Stadt Steyr an die Angehörigen der Betriebsfeuerwehren und der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Steyr. Der Amtsbericht und auch die Namen liegen vor; ich glaube, ich kann von der Verlesung Abstand halten und stelle folgenden Antrag an den Gemeinderat:

29) FW-515/92

Antrag auf Verleihung der "Feuerwehr-Verdienstmedaille der Stadt Steyr" an Angehörige der Betriebsfeuerwehren und der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Steyr.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Dem Antrag auf Verleihung der "Feuerwehr-Verdienstmedaille d. Stadt Steyr" an die im Amtsbericht der MA VI vom 14. 2. 1992 genannten Personen wird zugestimmt. (BEILAGE)

Ich bitte um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Wird zu diesem Antrag das Wort gewünscht? Nicht der Fall und wir kommen daher zur Abstimmung. Wer dafür ist, daß die genannten Personen eine Ehrenmedaille - nämlich die Feuerwehr-Verdienstmedaille - erhalten, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke. Gegenprobe Stimmenthaltung wird nicht geübt - der Antrag ist einstimmig angenommen.

Ich danke Koll. Tatzreiter und bitte nun Koll. Dkfm. Mag. StR. Zagler, seine Anträge vorzutragen.

BERICHTERSTATTER STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Ich möchte nicht zu viele Präambeln vorausschicken, sondern gleich zum Antrag "Erhöhung der Pensionsbeiträge" kommen. Für die Bediensteten des Hauses etwas unangenehm, weil sie ja dadurch geringere Nettoeinkünfte erhalten. Für uns ist es natürlich eine Angelegenheit, die wir so beschließen sollten. Ich bitte daher um Zustimmung, daß die

Pensionsbeiträge bis zur entsprechenden Novellierung des § 65 des StGBG und des Nebengebührengesetzes um 0,5 Prozent erhöht werden und daß auch die Dringlichkeit zuerkannt wird.

30) Präs-1491/91

Erhöhung der Pensionsbeiträge ab 1. 1. 1992.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Personalreferates werden die von den Monatsbezügen und Sonderzahlungen sowie von dem Anspruch auf eine Nebengebühreneinzulage begründenden Nebengebühren zu entrichtenden Pensionsbeiträge vorgriffsweise bis zur entsprechenden Novellierung des § 65 des StGBG bzw. des § 3 des Oö. Nebengebühreneinzulagengesetzes um 0,5 % v. H. erhöht. Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Der Antrag steht zur Diskussion; wird das Wort gewünscht? Dies ist nicht der Fall und wir kommen zur Abstimmung. Wer gegen den Antrag ist, soll bitte ein Zeichen geben. Keine Gegenstimme, keine Stimmenthaltung. Der Antrag ist somit einstimmig angenommen.

Wir kommen zum nächsten Antrag und ich übergebe Herrn Vbgm. Dr. Pfeil den Vorsitz.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Danke, ich übernehme den Vorsitz.

GEMEINDERAT DIPL.-ING. FRANK MUNDORFF VERLÄSST UM 17.02 UHR DIE SITZUNG.

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Der nächste Akt behandelt den Bericht der Sicherheitsvertrauenspersonen an den GR vom vorausgegangenen Jahr. Er liegt Ihnen vor und ich frage Sie nun höflich, ob ich diesen Bericht vorlesen soll oder ob Sie auch ohne Verlesung einer Zustimmung näher treten können.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Wünscht jemand die Vorlesung dieses Berichtes? Niemand.

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Somit bitte ich um Zustimmung des Antrages Nr. 31, der lautet:

- 31) Ges-3444/91
San-3996/91
Gemeindebediensteten-Schutzkommission; Berichterstattung an den GR.
Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Gemeindebediensteten-Schutzkommission beim Magistrat der Stadt Steyr vom 16. 12. 1991 wird der Tätigkeitsbericht der Gemeindebediensteten-Schutzkommission über das Jahr 1991 zur Kenntnis genommen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Wir kommen zur Abstimmung: Wer enthält sich der Stimme? Wer ist gegen diesen Antrag? Einstimmigkeit ist festgestellt. Punkt Nr. 32) bitte.

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Ich habe jetzt die falsche Reihenfolge. Das ist der falsche Antrag; ich glaube, daß die Luft schon sehr schlecht ist hier herinnen, ...

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Wird eine kurze Pause gewünscht? Ich sehe, es ist der allgemeine Wunsch und wir machen 5 Minuten Pause.

PAUSE VON 17.05 BIS 17.10 UHR

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Wir setzen die Sitzung fort und ich bitte um Antrag Nr. 32).

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Meine Damen und Herren, im Antrag Nr. 32) geht es um das

Wohnbauvorhaben der Stadt Steyr im Resthof. Der Bau der 40 Kleinwohnungen im Resthof, der Spatenstich ist vorbei, die Finanzierung ist aufgeschlüsselt. Zu den 25,610 Millionen S förderbaren Gesamtbaukosten kommt man: S 5,373.500,-- entspringen einem Bauspardarlehen, das wir bereits beschlossen haben. Heute wären der Eigenmittel-Zuschuß von S 3,590.300,-- und die Aufnahme eines Förderungsdarlehens von S 16,647.100,-- zu beschließen. Ich bitte um Ihre Zustimmung.

32) Ha-2450/90

Wohnbauvorhaben der Stadt Steyr im Resthof; Aufnahme eines Förderungsdarlehens.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 30. Jan. 1992 wird dem angeführten Finanzierungsplan für die Errichtung der 40 Kleinwohnungen im Stadtteil Resthof, dem Einsatz von Eigenmittel in Höhe von S 3,590.000 und der Aufnahme eines Förderungsdarlehens vom Land Oberösterreich in Höhe von S 16,647.100,-- zugestimmt.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Gibt es zum Punkt 32) Diskussionsbeiträge? Ich sehe, daß dies nicht der Fall ist und wir kommen zur Abstimmung. Wer ist für diesen Antrag? Gegenprobe? Wer enthält sich der Stimme?

Stimmenthaltung ist nicht der Fall. Ich sehe die Einstimmigkeit, der Antrag ist angenommen. Ich gebe den Vorsitz wieder an Bürgermeister Leithenmayr.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke, ich übernehme wieder den Vorsitz und erteile dem Koll. StR Zagler das Wort.

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Jährlich sucht die Stadt Steyr in Wien bei der Regierung bzw. beim Bundesministerium für Finanzen um einen Zuschuß für die Verkehrsbetriebe an. Es wurde im Vorjahr ein solcher Zuschuß in Höhe von S 1,058.715,-- gewährt. Um nicht in Verlust der Bundesförderung zu kommen, müssen wir diesen Betrag an die Stadtwerke weiterleiten und daher ersuche ich hier den Gemeinderat, der Weiterleitung dieses Zuschusses in Höhe von gerundet 1,1 Mill. S zuzustimmen.

33) Präs-31/83

ÖAG-4002/86

Verkehrsbetrieb der Stadtwerke; Zuerkennung einer Grundleistung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 3. Februar 1992 wird als Grundleistung für den Verkehrsbetrieb der Stadtwerke für das laufende

Rechnungsjahr ein Betrag von S 1.100.000,-- bewilligt. Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von

S 1.100.000,--
(einemillioneinhunderttausend)
werden bei VSt
1/8790/759800.9 freigegeben.

**BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:**

Wird zu diesem Antrag das Wort gewünscht? Nicht der Fall und wir kommen zur Abstimmung. Wer gegen den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Keine Stimmenthaltung. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

**STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT
ZAGLER:**

Seit vielen Jahren betreibt die Bezirksstelle Steyr-Stadt des Roten Kreuzes intensiv den Wunsch, das Dienststellen-Gebäude in der Redtenbachergasse umzubauen. Nun wäre es soweit und es ist auch der Finanzierungsplan erarbeitet und die Aufteilung dieser Finanzierungskosten auf die einzelnen Träger des Roten Kreuzes durchgerechnet. Es wird also hier eine Kopfquote von S 294,-- je Einwohner zu beschließen sein, um die Finanzierung durchzuführen und eine auf drei Jahresraten aufgeteilte Förderung für das Rote Kreuz soll ausgezahlt werden. Es wird gebeten, heute den Beschluß zu fassen, den Kostenanteil für 1992, der auf die

Stadtgemeinde fällt, in Höhe von 12,105 Mill. S zu beschließen. Ich bitte, darüber eine Diskussion abzuführen bzw. den Beschluß herbeizuführen.

34) Ha-7419/90

Rot-Kreuz-Bezirksstelle
Steyr-Stadt; Zu- und Um-
bau; Finanzierungsbeitrag
der Stadt Steyr.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 17. Februar 1992 wird der Leistung eines Kostenbeitrages durch die Stadt Steyr für den Um- und Neubau des Rot-Kreuz-Gebäudes in der Redtenbachergasse mit einem auf die Stadt Steyr entfallenden Kostenanteil von S 12,105.744,--, zahlbar in 3 Jahresraten in den Jahren 1992, 1993 und 1994 bis jeweils 30. Juni jeden Jahres, zugestimmt. Unter einem wird der Auszahlung eines Betrages von S 4,100.000,- an das Österr. Rote Kreuz, Bezirksstelle Steyr-Stadt, als außerordentliche, nicht rückzahlbare Subvention genehmigt. Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von

S 4,100.000,--
(viermillioneneinhunderttausend)
werden bei der VSt
5/5300/777000.9 für das Bud-
getjahr 1992 freigegeben.

**BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:**

Das Wort wird vom Koll. GR Brandstötter gewünscht. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT JOSEF BRANDSTÖTTER:

Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates! Als Mitglied des Bezirksausschusses des Steyrer Roten Kreuzes unterstütze ich den vorliegenden Antrag voll und ganz. Dies deshalb, da die Unterbringung der Rettungsfahrzeuge in den derzeitigen, äußerst baufälligen Garagen kaum mehr zumutbar ist und den Anforderungen eines modernen patientengerechten Rettungs- und Krankentransportwesens keinesfalls mehr entspricht.

Abgesehen davon, daß bei mehreren Garagen die Dachkonstruktionen bereits einsturzgefährdet sind und auch die Garagentore nur mehr mit besonderer Vorsicht geöffnet werden können, da die gesamte Konstruktion dieser Tore bereits vollkommen desolat ist, verfügen diese Garagen auch über keinerlei Beheizungsmöglichkeit, so daß die Fahrzeuge im Winter ungeheizt in Betrieb gehen müssen. Was das sowohl für das Einsatzpersonal speziell bei Nachteinsätzen bedeutet, aber auch für Patienten, die in der Regel nur mit einem Pyjama oder Nachthemd bekleidet aus der gut geheizten Wohnung auf eine eiskalte Krankentrage in einem nicht vorgewärmten Rettungs-

fahrzeug gelegt werden müssen, bedarf wohl keiner näheren Erläuterung. Daß es für ein patientengerechtes Rettungssystem unerlässlich ist, über geheizte Garagen zu verfügen, die ein entsprechendes ständiges Vorwärmen der Rettungsfahrzeuge ermöglichen, ist mittlerweile ebenso Selbstverständlichkeit geworden, wie eine gesicherte Möglichkeit zur Wagenreinigung. Derzeit ist es nämlich im Winter kaum möglich, ein Fahrzeug in der ungeheizten Waschbox zu waschen, da das Fahrzeug dabei vollkommen vereist.

Aber auch die hochspezialisierten Sanitätsschnelleinsatzanhänger des Roten Kreuzes, die erst vor wenigen Jahren neu angeschafft wurden, bedürfen einer geheizten Unterbringung, da sich in diesen Anhängern unter anderem auch leicht verderbliche Medikamente, wie Infusionen, Injektionen etc. befinden, die keinen Minustemperaturen ausgesetzt werden dürfen, da sie ansonsten unbrauchbar werden. Alle diese Materialien müssen derzeit in den Wintermonaten aus den Schnelleinsatzanhängern entfernt werden, sodaß diese Anhänger in der kalten Jahreszeit sehr eingeschränkt verwendbar sind.

Aber auch die Unterbringung des Personals in der Dienststelle bedarf einer dringenden Verbesserung, insbesondere wenn man berücksichtigt, daß neben den

hauptberuflichen Mitarbeitern auch rund 140 ehrenamtliche Mitarbeiter ständig bereit sind, einen doch nicht unerheblichen Teil ihrer Freizeit, speziell während der Nacht- und Wochenendstunden, zur Verfügung zu stellen. Diesen ehrenamtlichen Mitarbeitern, die rund um die Uhr im Dienste anderer, vollkommen unentgeltlich, aus reinem Idealismus, ihre gesamte Leistungsbereitschaft in den Dienst der guten Sache stellen, sollte man für die Ausübung ihres Dienstes, aber auch für die zwischen den einzelnen Einsätzen, speziell in den Nachtstunden und an den Wochenenden, immer wieder auftretenden Wartezeiten doch entsprechende Räumlichkeiten zur Verfügung stellen können. Da die derzeitigen Unterbringungsverhältnisse des Roten Kreuzes auch in dieser Hinsicht keinesfalls mehr den modernen Anforderungen entsprechen, ist auch die Modernisierung der Unterkunftsräumlichkeiten ein dringend notwendiges Anliegen des Roten Kreuzes.

Auch wenn der vorgesehene Umbau die Stadt insgesamt rund 12 Mill. S kosten wird, so darf man dennoch nicht vergessen, daß dafür ein Investitionsvolumen von über 30 Mill. S geschaffen wird und gerade das Rote Kreuz doch einen so wesentlichen Beitrag zur Sicherung des Gesundheitswesens in Steyr leistet, daß sich die Stadt wirklich

glücklich schätzen kann, eine derart gut funktionierende, von so hohem Idealismus und Einsatzbereitschaft getragene Organisation zur Verfügung zu haben. In Anerkennung dieser unschätzbaren Dienste, die das Rote Kreuz rund um die Uhr für die Bevölkerung der Stadt Steyr, aber auch die Umlandregion leistet, ersuche ich Sie daher, dem vorliegenden Antrag die Zustimmung zu geben. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wird das Wort noch von jemandem gewünscht? Nicht der Fall. Wird ein Schlußwort gewünscht?

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Dieser flammenden Rede für das Rote Kreuz und deren Mitarbeiter möchte ich mich klarerweise gerne anschließen. Ich darf nur sagen, daß dieser Betrag, der zu beschließen ist, im Budget vorgesehen ist und nicht nur im heurigen, sondern auch im Zuge der mittelfristigen Budgetplanung auch die nächsten Jahresraten so eingeplant werden.

Ich bitte, die Abstimmung durchzuführen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke, wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Gegenprobe? Stimmenthaltungen? Der Antrag ist

einstimmig angenommen. Nächster Antrag bitte.

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Ein Akt, den wahrscheinlich niemand gerne vorträgt, weil er sich mit Steuererhöhungen befaßt, liegt nun vor, obwohl auch erfreuliche Aspekte enthalten sind.

Es geht darum, daß im Dezember des letzten Jahres von der Regierung bzw. vom Nationalrat beschlossen wurde, das Finanzausgleichsgesetz, mit dem die Bundesabgaben auf Bund, Länder und Gemeinden verteilt werden, neu zu fassen und hier zwei Dinge zu beschließen:

1. Die Änderung bei der Getränkesteuer - von der Verbrauchsabgabe zur Verkehrssteuer durchzuführen und auch in den Prozentsätzen eine Änderung herbeizuführen, daß die bisherigen 10 % Getränkesteuer in einem Teil auf 5 % gesenkt werden. Nämlich der Teil für die alkoholfreien Getränke.

Das ist einerseits hoffentlich auch das Erfreuliche für die Konsumenten. Weniger erfreulich für die Stadtgemeinde, weil dadurch für das Jahr 1992 etwa mit Mindereinnahmen von 6 Mill. S in der Stadtkassa zu rechnen sein wird.

Der Gesetzgeber hat sich aber auch gedacht, daß er die Gemeinden nicht so bestrafen kann und hat ein Äquivalent angeboten: Er sagt: "Ich gebe Euch die Mög-

lichkeit als Stadtgemeinden und Gemeinden in Österreich, den Hebesatz zur Grundsteuer B von zur Zeit 420 % auf 500 % anzuheben". Wenn wir nun heute den Beschluß fassen werden können, diese Erhöhung des Hebesatzes auf 500 % durchzuführen, würde dies Mehreinnahmen von etwa 4 bis 4,5 Mill. S betragen oder ergeben, wodurch sich durch den gesamten Akt für die Finanzgebarung der Stadt Steyr ein Verlust von ca. 1,8 Mill. S ergibt. Um das möglichst gering zu halten, bitte ich, diesem Antrag zuzustimmen, so wie er vorliegt, nämlich den Hebesatz für Grundsteuer mit generell 500 v. H. festzusetzen und die Getränkesteuer als Verkehrssteuer für alkoholische Getränke und Speiseeis mit 10 v. H., für alkoholfreie Getränke und Aufgußgetränke mit 5 v. H. des Entgeltes einzuheben.

35) Ha-4300/91

Erhöhung des Hebesatzes bei der Grundsteuer B auf 500 v. H. und Einhebung der Getränkesteuer als Verkehrssteuer.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Stadtsteueramtes vom 23. Jänner 1992 wird

1) der Hebesatz für die Grundsteuer mit generell 500 v. H. festgesetzt und

2) die Getränkesteuer als Verkehrssteuer gem. § 14 Abs. 2 FAG 1989 i.d.F.d.N. BGBl. Nr. 693/91 vom 27. 12. 1991

für alkoholische Getränke und Speiseeis mit 10 v. H. und für alkoholfreie Getränke und Aufußgetränke mit 5 v. H. des Entgeltes eingehoben. Die Kundmachung der Verordnung hat durch zweiwöchigen Anschlag an den Amtstafeln der Stadt Steyr zu erfolgen. Beide Bestimmungen treten rückwirkend mit 1. 1. 1992 in Kraft. Gleichzeitig wird der Beschluß des Gemeinderates vom 17. 12. 1991 über die Einhebung der Grundsteuer B mit einem Hebesatz von 420 v. H. aufgehoben. (BEILAGE)

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Danke sehr für diesen Vortrag. Zu Wort ist StR Eichhübl gemeldet. Ich erteile es ihm.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Wir haben ja nicht nur in der StS-Sitzung, sondern auch in der Finanz- und Rechtsausschuß-Sitzung auf die Problematik der Auswirkungen, die sich ja auf mehreren Ebenen abzeichnet, im Zusammenhang dieses vorliegenden Antrages hingewiesen.

Zum einen bedeutet die Anhebung des Hebesatzes für die Grundsteuer B von 420 % auf 500 % - das ist im übrigen der Höchstsatz, der nach dem geänderten Finanzausgleichsgesetz den Gemeinden zugestanden wird - eine

Verteuerung des Wohnens in allen Bereichen. Es ist ja nicht nur so, daß vor allen Dingen die privaten Haus- und Grundstücksbesitzer dadurch vermehrt zur Kasse gebeten werden, sondern diese Verteuerung geht auch weit in den sozialen Wohnbereich hinein.

Dem gegenüber steht das durchaus gerechtfertigte Argument, daß die Stadtgemeinde Steyr Gefahr läuft, geringere Förderungsmittel zu erhalten, wenn sie diesen Höchstsatz nicht anwendet. Aber gerade diese Argumentation, meine Damen und Herren des Gemeinderates, beweist einmal mehr, wie weit die Aushöhlung der Autonomie der Gemeinden bereits fortgeschritten ist. Das heißt, die Bewegungsfreiheit bei der Einhebung von eigenen Steuern wird für die Gemeinden immer mehr eingeengt.

Zum anderen soll auch heute gleichzeitig und in einem weiteren Punkt abgehandelt und beschlossen werden, nämlich die Senkung der Getränkesteuer für nicht alkoholische Getränke von 10 auf 5 %. Diesem Teil des Antrages, meine Damen und Herren des Gemeinderates, stehen wir von der Freiheitlichen GR-Fraktion natürlich positiv gegenüber, weil wir davon ausgehen, daß diese Steuer-Ermäßigung auch tatsächlich an den Endverbraucher - wir denken hier im besonderen an die Jugendlichen - weitergegeben wird. Ich habe da-

her im Zusammenhang der geschilderten Situation einen Abänderungsantrag eingebracht und dem Herrn Bürgermeister überreicht. Ich möchte Ihnen diesen Abänderungsantrag nicht nur zur Kenntnis bringen, sondern Sie auch bitten, diesem beizutreten: Abänderungsantrag der Freiheitlichen GR-Fraktion:

Gemäß § 38, 2 h des Stadtstatutes wird folgender Abänderungsantrag gestellt:

Der gemeinsame Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat über die Erhöhung des Hebesatzes bei der Grundsteuer von 420 v. H. auf 500 v. H. sowie der gleichzeitig in diesem Antragstext inkludierte Antrag auf Herabsetzung des einheitlichen Getränkesteuer-Satzes von 10 v. H. auf 5 v. H. des Entgeltes ist abstimmungsmäßig zu trennen.

Dazu die Begründung: Es ist den Gemeindemandataren bei diesen zwei verschiedenen Inhalten nicht möglich, für oder gegen diese Anhebung bzw. Senkung zu votieren. Aus diesen Gründen wird um getrennte Abstimmung gebeten.

Ich darf auch gleich vorausschicken, meine Damen und Herren, daß wir - ganz gleich, wie die Abstimmung ausgeht - selbstverständlich, sofern die Möglichkeit besteht, dem zweiten Teil des Antrages die Zustimmung geben und uns gegenüber dem ersten Teil dieses Antrages mit Stimmenthaltung äu-

ßern werden, weil wir auch davon ausgehen und das auch eingebracht haben, daß es nicht unbedingt erforderlich wäre, gleich den Höchstsatz anzuwenden, sondern es würde nach unserer Meinung auch ausreichen, wenn man von 420 % auf 450 % geht.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Ich danke Hr. Koll. Eichhübl. Eigentlich ist es ein Antrag zur Geschäftsordnung und kein Abänderungsantrag. Ein Abänderungsantrag oder Zusatzantrag gemäß § 8 müßte nämlich eine inhaltliche Änderung zum Ziel haben. Das ist nicht der Fall! Es wird lediglich eine Änderung des Abstimmungsmodus gewünscht. In diesem Fall - wenn es sich um einen Geschäftsordnungsantrag handelt - dann müßte ich lt. Geschäftsordnung eigentlich so damit verfahren, wie wir es heute schon einmal getan haben, Hr. Kollege. Was ist das also jetzt?

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Ich bin davon ausgegangen, - darum habe ich auch den Paragraphen zitiert - daß es sich um einen Abänderungsantrag handelt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

So ist es aber nicht! Es steht nämlich ausdrücklich im § 8 "Abänderungsantrag bzw. Zusatzan-

träge" - Anträge zur Sache, Sachanträge, die eine Abänderung (Abänderungsanträge) oder Ergänzungen (Zusatzanträge) eines in der Tagesordnung aufgenommenen Hauptantrages bezwecken, können von jedem Mitglied usw. eingebracht werden.

Es handelt sich aber hier um keine inhaltliche Hinzufügung oder Abänderung, daher ist von Dir aus offensichtlich nur gewünscht, daß eine Änderung des Abstimmungsprozederes vorgenommen wird und das ist aus meiner Sicht in den Bereich eines Geschäftsordnungsantrages einzuordnen. Herr Dr. Tilman Schwager pflichtet mir schon bei! Ihr müßt Euch nun entscheiden, was gewünscht wird. Natürlich ist dieser Antrag zulässig, aber es ist kein Abänderungsantrag, sondern ein Geschäftsordnungsantrag.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Herr Bürgermeister, dann darf ich dies abändern, wenn es gestattet ist und die Möglichkeit besteht, diesen Antrag als Geschäftsordnungsantrag - so wie Du es formuliert hast - einzubringen und eine getrennte Abstimmung durchzuführen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Wenn es sich also um einen Geschäftsordnungsantrag handelt, dann ist darüber sofort abzustimmen, ob die getrennte Form der Abstimmung vorgenommen

wird oder ob in der ursprünglich vorgeschlagenen Form des Antrages abgestimmt wird. Es steht nun dieser Geschäftsordnungsantrag der Freiheitlichen Partei zur Abstimmung und ich darf fragen, wer dem Antrag der FPÖ die Zustimmung erteilt? Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand (18). Danke. Gegenprobe? 16 Gegenstimmen (SPÖ). Das ist die Minderheit; das heißt, wir werden dann eine getrennte Abstimmung vornehmen.

Ich darf nun fragen, wer zu diesem Antrag weiters das Wort wünscht? Kollege Schloßgangl, bitte.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates, zum Punkt 1) dieses Antrages "Erhöhung des Hebesatzes bei der Grundsteuer B von 420 auf 500 v. H." muß ich seitens unserer Fraktion und hier besonders der Wirtschaftsvertreter gewisse Bedenken anmelden. Die Erhöhung der Grundsteuer bedeutet eine doch zum Teil sehr einseitige Belastung von Betriebs- und Privatgrundstücken. Land- und forstwirtschaftliche Betriebe sind ja ausgenommen, bei Wohnbaugenossenschaften ist die Mietbelastung aufgrund der anteiligen geringeren Grundflächen pro Mieter relativ gering - im Schnitt könnte man sagen, bei einem Grund von 1.000 m² und einer Wohnung von 100 m² macht das

nur 10 % aus. Die Mindereinnahmen aus der Getränkesteuer für 1992 wurden mit ca. 6 Millionen geschätzt. Durch die Umwandlung von einer Verbrauchs- in eine Verkehrssteuer wurden Mehreinnahmen von ca. 1,8 Millionen angenommen. Mich würde erstens interessieren, wie hoch die bisherigen Einbußen aus Sondervereinbarungen bezüglich der Verbrauchssteuer mit Großmärkten und Großkaufhäusern tatsächlich waren. Und zweitens, daß die Getränkesteuer bei allen Festen im Stadtbereich - vornehmlich beim Stadtfest, das sich ja in den letzten Jahren mehr und mehr, Sie gestatten den Ausdruck, zu einem "Saufest" entwickelt hat - eingehoben wird. Laut § 1 des Oö. Getränkesteuergesetzes sind die Gemeinden verpflichtet, die Getränkesteuer - auch bei gemeinnützigen Vereinen, die aufgrund der derzeit angeführten steuerpflichtigen Verkaufsvorgänge anfallende Getränkesteuer - einzuheben. Das Oö. Getränkesteuergesetz sieht daher für solche Fälle nach Auskunft der zuständigen Abteilung - Gemeindeabteilung der Oö. Landesregierung - keine Regelung vor, die es einer Gemeinde ermöglicht, bei solchen Veranstaltungen auf die Einhebung der Getränkesteuer zu verzichten.

Fazit: Erst nach Vorliegen der tatsächlichen Mehr- und Mindereinnahmen kann eine entsprechende Anhebung der Grundsteuer

B ermittelt werden. Z. B. könnten ja 450 v. H. genügen und nicht unbedingt der Höchstsatz müßte ausgeschöpft werden. Daher werden wir uns zum Punkt "Hebesatz der Grundsteuer B" mehrheitlich - also die Vertreter der Wirtschaft - dagegen aussprechen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Gibt es eine weitere Wortmeldung? Kollege Stadtrat Holub, bitte.

STADTRAT KARL HOLUB:

Es ist eine erstaunliche Sitzung heute. Es gibt verschiedene Vergleiche aus Gebrauchsgegenständen und sonst Nützlichem. Ich werde die Medizin nicht strapazieren, habe sie auch zuerst nicht strapaziert, sondern lediglich einen Patienten antreten lassen.

Die Argumente gegen die Erhöhung der Grundsteuer B sind vordergründig logisch, leuchten also sicherlich sehr ein. Ich bin heute erstmals in der für mich persönlich unbefriedigten Situation, daß ich nicht mitstimmen kann und erlaube mir daher das Wort dazu. Ich gebe den Kolleginnen und Kollegen des GR zu bedenken, daß sich der Bundesgesetzgeber eine ganz nette Überwälzung der Belastung an die Kommunen einfallen hat lassen. Das geht an die Adresse der beiden Parteien, die diese Koalition machen. Ich glaube, man sollte in dieser Richtung

auch ehrliche Worte sprechen dürfen!

Feststeht aber, daß die Finanzen der Kommunen ohne das Ausgleichsinstrumentarium, das der Bundesgesetzgeber geschaffen hat - nämlich die Möglichkeit, den Hebesatz auf 500 v. H. hinsichtlich der Grundsteuer B abzuändern -, unkorrigiert verblieben. Und zwar im Nachteil unkorrigiert verblieben, der sich aus der Senkung der Getränkesteuer ergibt. Wenn man den städtischen Haushalt ansieht, so sind die Einnahmen aus der Getränkesteuer ein sehr wesentlicher und sehr stehender Bestandteil der städtischen Einnahmen.

Steuer einzuheben - denke ich - war noch niemandem lustig, es sei denn, daß man Sadist oder Finanzbeamter ist. Steuer zu zahlen ist sicherlich auch noch niemandem sehr leicht und nett vorgekommen. Ich glaube aber, daß wir eine gewisse Verantwortung den Stadtfinanzen gegenüber haben und ersuche daher jene Vertreter meiner Partei, die sich nicht an die Interessen der Wirtschaft zwanghaft gebunden fühlen, die Bedenken der kommunalen Finanzen mitzuteilen und dem vorliegenden, jetzt geteilten Antrag hinsichtlich des Hebesatzes der Grundsteuer B die Zustimmung zu geben. Die Abstimmung haben wir schon vor dem nunmehrigen Geschäftsordnungsantrag in unserer Partei freigegeben. Wir haben

in der Partei beschlossen, daß die Fraktion hier die freie Abstimmung hat, weil die Interessenslagen einfach zu unterschiedlich sind und daher kann ich nur sagen, wir respektieren die Bedenken der Kollegen, die die Wirtschaft vertreten. Aber wir respektieren die Sorge um die Finanzen, die die Verantwortlichen der Stadt mittragen müssen und werden es uns - als Partei zumindest - gefallen lassen, daß ich den Appell richten darf: "Stimmt diesem Antrag zu, wenn Ihr es mit Eurem Gewissen und mit Eurer Verantwortung vertragen könnt!"

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Danke für diesen Beitrag; als nächster ist mir GR Huber zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT ENGELBERT HUBER:

Wertes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates! Sie wissen sicherlich alle, daß ich ja auch noch eine andere Tätigkeit habe, und zwar im Österr. Siedlerverband - es handelt sich dabei um eine Interessensvertretung der Siedler und Eigenheimbesitzer. Ich muß aber dazu sagen, daß es eine überparteiliche Institution ist und keine parteiliche.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir vom Österr. Siedlerverband hatten voriges Jahr einen Termin bei unserem Finanzminister, -

und zwar am 5. Dezember - da wir ja wiederum fürchteten, daß die Einheitswerte wesentlich erhöht werden sollten. Wir haben dort bei dieser Sitzung erfahren müssen, daß nicht eine Einheitswerterhöhung kommt, aber sehr wohl die Grundsteuerklasse B von 420 auf 500 v. H. erhöht wird. Das macht jährlich eine Erhöhung von rund 17 % der Grundsteuer aus. Die Erhöhung macht bei den Eigenheimen - wir haben es ungefähr ausgerechnet, denn es kommt auch darauf an, wie groß das Eigenheim oder wie hoch der Einheitswert ist - rund S 150,-- bis S 400,-- jährlich an Erhöhung aus. Wenn ich zu verschiedenen Vereinen fahre, werde ich natürlich immer wieder bombardiert und konfrontiert mit dieser Angelegenheit und ich frage dann immer, wie hoch die Erhöhung ist. Vorigen Samstag wurde mir beispielsweise mitgeteilt S 37,-- im Vierteljahr, S 237,-- im Jahr usw.

In diesem Zusammenhang darf ich vielleicht ein paar Worte zum Einheitswert sagen: Wir dürfen bitte nicht vergessen, daß die letzte Neufeststellung des Einheitswertes vor 19 Jahren erfolgte. Wir haben uns aber auch eingehendst mit Grund- und Gebäudepreisen beschäftigt und in diesen 19 Jahren Erhöhungen von 2 x 10 % und 1 x 15 % hinnehmen müssen. Die Grundpreise sind in diesen Jahren um 400 % gestiegen und die Gebäudepreise um 180 %. Aus diesen beiden

Komponenten setzt sich aber unser Einheitswert zusammen. Aber auch wir in unserer Organisation haben dafür Verständnis.

Wenig Verständnis haben wir, wenn man dies mit der Getränkesteuer vermischt. Das ist für uns nicht sehr glücklich gelöst, denn das paßt einfach nicht. Die Siedler sagen dann, warum sollen wir mehr bezahlen, wenn die anderen für die Getränkesteuer weniger bezahlen. Alle Siedler hätten Verständnis, wenn die Erhöhung des Einheitswertes gekommen wäre, so jedoch nicht! Ich möchte aber auf noch etwas hinweisen, nämlich, daß ich mich noch sehr gut erinnern kann, wie vor einigen Jahren die Zeitungsmeldungen gekommen sind als eine Neufeststellung vor der Tür stand, in denen es geheißen hat: Der Einheitswert wird um 250 % erhöht. Dort hatten wir schon wesentliche Bedenken, denn da würden die Eigenheimbesitzer unter Umständen in die Vermögenssteuer gefallen sein. Das haben wir sehr wohl mit unserem Finanzminister bereits besprochen und er hat uns bei dieser Besprechung am 5. Dezember versichert, daß in dieser Legislaturperiode - wir wissen nicht, wie lange sie dauert - keine Erhöhung des Einheitswertes kommen wird. Der "Schwarze Peter" ist natürlich an die Gemeinden gegangen. Wir haben dem Finanzminister ja gleich gesagt,

daß sie jetzt den "Schwarzen Peter" den Gemeinden zuschieben, weil die ja direkt verpflichtet sind, die Erhöhung vorzunehmen, da es ja sonst keine Förderungen - wie mein Vordr. Koll. StR Holub schon gesagt hat - weder vom Bund noch vom Land für größere Projekte gibt. Dafür darf ich noch einmal alle Kolleginnen und Kollegen um Verständnis bitten, wenn wir zur Abstimmung kommen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wünscht noch jemand das Wort? Herr Koll. Vbgm. Pfeil, bitte sehr - ich erteile es Ihnen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich habe nur eine Frage an den Herrn Huber, jetzt kann ich nämlich nicht folgen: Sie stimmen dagegen, daß die beiden Anträge getrennt abgestimmt werden und sagen in der Wortmeldung, daß Sie dafür sind. Sie haben also bei der Abstimmung vorher dafür gestimmt, daß wir gemeinsam abstimmen. Jetzt sagen Sie in Ihrer Wortmeldung, daß Sie kein Verständnis dafür haben, daß die Getränkesteuer mit Hebung gekoppelt wird. Da kann ich nicht folgen! Das verstehe ich nicht. Das müssen Sie mir erklären!

GEMEINDERAT ENGELBERT HUBER:

Ich bin gegen die Art, wie es gemacht wurde. Daß man sagt,

als Ersatz für die Getränkesteuer wird jetzt die Grundsteuer erhöht. Dafür habe ich kein Verständnis und nicht für die Abstimmung. Das hat mit der Abstimmung nichts zu tun.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das widerspricht aber Ihrer Wortmeldung!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Gibt es eine weitere Wortmeldung? Ich sehe das ist nicht der Fall. Da ich mich auch an der Diskussion beteiligen möchte, gebe ich den Vorsitz an Vbgm. Dr. Pfeil ab.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich übernehme den Vorsitz und erteile dem Herrn Bürgermeister das Wort.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr! Meine sehr verehrten Damen und Herren des Gemeinderates, wir sind wieder an einer wichtigen Schwelle angekommen, wo es darum geht, wohin der Weg in Zukunft gehen soll. Es gibt einen interessanten Parallel-Fall dazu, was sich im Moment abzuspielen abzeichnet. In Wahrheit möchte die FPÖ - sofern ich das richtig verstanden habe - deswegen eine getrennte Abstimmung haben, um hier einer Getränkesteuer-Reduzierung die

Zustimmung erteilen zu können und einem Ausgleich, der in einer Erhöhung bei der Grundsteuer B stattfinden soll, die Zustimmung zu verweigern. Habe ich das richtig erfaßt, Herr Kollege?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Nicht in dieser Höhe.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Aber sachlich erfolgte ja kein Abänderungsantrag, sondern jener Antrag, daß eine getrennte Abstimmung beim bestehenden Antrag erfolgen soll. Ich sehe also, daß Sie es so ähnlich machen wollen, wie es in Dänemark ein gewisser Herr Dilstrup einmal gemacht hat. Er hat eine gewisse Zeit lang eine sehr populistische Politik betrieben und überhaupt dafür plädiert, daß die Steuern abgeschafft werden sollten, jedenfalls weitestgehend. Kurze Zeit brachte ihm das große Zustimmung von der Bevölkerung. Allerdings war diese Phase schnell vorbei. Als nämlich das Geld in den Kassen gefehlt hat und die Leistungen des Staates nicht mehr finanziert werden konnten, war es dann vorbei mit dieser populistischen Phase.

Ich möchte wirklich eindringlich ersuchen, - ich freue mich, daß dies auch Koll. StR Holub getan hat - sich der Verantwortung bewußt zu sein, die hier an uns herantritt. Es ist nämlich so, daß

wir es uns nicht aussuchen können, daß in Wirklichkeit die Kommune der schwächste Teil ist bei den Finanzausgleichsverhandlungen, die alljährlich oder alle zwei Jahre stattfinden zwischen den Gemeinden, den Ländern und dem Bund. Wir eifern uns ununterbrochen darüber, daß die Kommunen auf der Strecke bleiben. Vor kurzem hast Du, lieber Freund Eichhübl, hier einen Resolutionsentwurf eingebracht, in dem Du Dich darüber beschwert hast, daß sich der Bund abzumelden wünscht; z. B. in der Frage der Dotierung des Wasserwirtschaftsfonds. Ich gebe Dir recht und wir haben auch einen gemeinsamen Beschluß getroffen.

Wir müssen darauf achten, - ich sage das aus meiner Erkenntnis und Erfahrung heraus - daß es natürlich so ist, daß sowohl bei der Landesregierung als auch bei der Bundesregierung gesagt wird, wenn wir dort um Zuschüsse ansuchen: "Schöpft Ihr auch Eure eigenen Quellen aus? Nehmt Ihr die Gelegenheit wahr, im Rahmen Eurer Steuerpolitik, wo Ihr zuständig seid, alle Möglichkeiten auszuschöpfen?" Diese Fragen werden sowohl beim Land als auch beim Bund gestellt. So ist das.

Nun, meine Damen und Herren, möchte ich schon sagen, daß wir uns einig sind, daß die Stadt einige ganz große Projekte durchführen muß. Wir sind uns vielleicht nicht ganz genau einig

oder noch nicht, in welcher Reihenfolge dies geschehen soll, aber bei der Notwendigkeit ist die Zustimmung schon vorhanden. Wir sind uns einig, daß wir eine Bahnhofsüberbauung brauchen, weil hier sonst unsere Verkehrssituation nicht bereinigt werden kann. Das ist eben das Schlüsselprojekt schlechthin - neben der Nordspange, die uns auch große Beträge kosten wird. Das steht also einmal fest. Wir können aber nicht damit rechnen bzw. spekulieren, daß wir das alleine finanzieren können. Wir verhandeln ja schon seit mehr als zwei Jahren um einen Nahverkehrsvertrag, um Finanzzuschüsse des Bundes und des Landes. Die 38 Millionen, die uns vom Bund angeboten wurden, sind einfach zu wenig - wir wollen mehr haben! Von der Landesregierung haben wir überhaupt noch kein konkretes Angebot. Sie sagen nur, daß sie zahlen werden. Man weiß nur noch nicht, in welcher Höhe. Wir müssen immer, in all diesen Fällen, um Zuschüsse ansuchen.

Wir wollen ein Kommunalzentrum machen - Kostenpunkt rund 100 Mill. S, die Bahnhofsüberbauung auch etwa 100 Mill. S, das Bad, lieber Kollege Eichhübl, für welches Du in letzter Zeit so massiv eintrittst - was mich sehr freut -, rund 100 Mill. S. Ich rede hier noch gar nicht von der Eishalle (12 oder 12,5 Mill. S) und der Sporthalle (40 bis 50 Mill. S). Eine ganze Reihe

von Aktivitäten, die in den Bereich Bildung, Kultur usw. zu setzen sind. Überall sind wir als autonome Stadt Steyr nicht in der Lage, dies aus Eigenem zu finanzieren. Wir müssen zum Land und zum Bund um Zuschüsse gehen. Ich mache Sie darauf aufmerksam, meine Damen und Herren, daß wir uns noch viel schwerer tun werden, wenn wir um diese Mittel beim Land und beim Bund ansuchen und die eigenen Quellen nicht erschließen. Ob es uns paßt oder nicht, ist eine andere Frage! Ich meine aber schon, daß Sie sich das sehr gut überlegen sollten, wenn wir eine Perspektive in die Zukunft haben wollen und hier der Haushalt auf die Dauer nicht noch schwieriger zu gestalten sein soll.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Danke. Weiter zu Wort gemeldet hat sich Herr Dr. Schwager.

GEMEINDERAT DR. TILMAN HORST SCHWAGER:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren! Nicht aus der Überzeugung, daß die Bahnhofsüberbauung der Weisheit letzter Schluß ist und nicht aus Freude an irgendeiner Steuererhöhung überhaupt, habe ich mich für meine Person entschlossen, nunmehr den beiden Anträgen zuzustimmen. Es fällt schwer, - das gebe ich offen zu - weil die Belange der Wirtschaft sicher

gegen diese Argumentation sprechen. Aber das Argument, das der Herr Bürgermeister jetzt gebracht hat und das wir auch im Finanz- und Rechtsausschuß eingehend erörtert haben, ist für mich zwingend. Ich halte dafür, daß wir leider wirklich unsere gesamte Finanzkraft ausschöpfen müssen, um beim Bund Geld zu bekommen. Es ist auch vom Bund nicht nur Lust und Tollerei, daß diese beiden Steuerkomponenten im Finanzausgleichsgesetz verquickt wurden. Ich muß Sie daher in dem Interesse bitten, auch diesen Gedanken zu verfolgen und beiden Anträgen zuzustimmen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Danke. Weiters zu Wort gemeldet hat sich Herr Stadtrat Holub - "die Zweite".

STADTRAT KARL HOLUB:

Es ist auch nicht Jux und Tollerei, wenn ich jetzt meine zweite Wortmeldung mache, sondern wirklich noch einmal ein Zusammenfassen und Anschließen an den Bürgermeister und Dr. Schwager. Denken Sie daran, was wir abseits des Sportbetriebes und abseits des Straßenverkehrs noch machen müssen. Denken Sie an die sozialen Aufgabenstellungen in unserer Stadt! Denken Sie daran, daß es zum Beispiel an die 100 Personen gibt, die ernsthaft und dringend auf die Aufnahme in ein Pflegeheim in Steyr warten müssen, daß es

weiters gut 100 sind, die glauben, Anspruch auf die Unterbringung in einem Wohnheim mit besonderer Pflege zu haben, daß es 300 Menschen am Tabor gibt, die unter bescheidenen Unterbringungs-Bedingungen gepflegt werden müssen und denken Sie auch daran, daß das soziale Spektrum unserer Stadt viel viel weiter ist, als nur das Besuchen von Fußballveranstaltungen. Denken Sie bitte daran, daß auch die Unterstützungen der Sozialhilfeverbände - und da spreche ich sicherlich im selben Sinn mit der stadträtlichen Referentin dafür - gewogen werden nach der Finanzkraft der Stadt und nach der Bereitschaft der Stadt, ihre eigenen Aufkommen einzuheben.

Es ist wirklich sehr bestürzend, wenn man als Kommunalpolitiker und Führer einer Partei in Steyr hier vor dem Gemeinderat stehen muß und sagen: "Bitte liebe Kolleginnen und Kollegen, vergißt den Vertretungsauftrag, den Euch einzelne Bürgergruppen mitgegeben haben, und denkt an den Gesamtvertretungsauftrag, den wir als Körperschaft, nämlich als GR der Stadt Steyr, wahrnehmen müssen". Wir sind schon auch, aber nicht nur, die Delegierten unserer Bürgergruppen, die uns hierher entsandt haben, sondern wir sind Organ der Stadtverwaltung als Gemeinderat. Dieses Organ der Stadtverwaltung - nach der Verfassung eigentlich das höchste

Organ derselben - hätte schon die Aufgabe, nach bestem Wissen und Gewissen mit der Finanzkraft der Stadt umzugehen und an die Lösung aller Probleme zu denken.

Es mag jetzt vielleicht sein, daß man unter purem Populistikwillen Anträge stellt, Abstand zu nehmen vom vollen Betrag. Es mag sein; der Gag wird vielleicht gar nicht so schlecht sein! Aber erspart bleiben dem Einzelnen vielleicht Monatsbeträge von S 10,--. Mit Respekt gesagt: "Außer Gag wäre das nichts!"

Wenn wir meinen, daß wir als Kommunalvertreter und als Organ dieser Stadt die Verpflichtung haben, uns gegen diese Junktimierung des Bundes aufzulehnen, dann bitte sollen wir das auch tun. Aber im vollen Bewußtsein, daß die "Mühle" zu ist. Wenn wir meinen, daß die übergeordneten Aufgaben einer Kommunalverwaltung - Soziales, Infrastruktur, weitere Entwicklung von gesundheitsfördernden Maßnahmen, Ausbildungsmodelle - Vorrang haben sollten, dann sollten wir - wenn auch mit dem "blöden" Gefühl, daß uns die Bürger auf der Straße das nicht danken - in der Verantwortung als Teil dieses höchsten Organes der Stadt, dem Antrag zustimmen. Ich bitte Sie wirklich noch einmal darum!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Als nächster hat sich Herr GR Oskar Holub zu Wort gemeldet.

GEMEINDERAT OSKAR HOLUB:

Obwohl wir beide keine sehr tolen Wirtschafts- und Steuerkenner sind, möchten wir doch seitens der GAL auch Stellung nehmen. Ich glaube auch, daß es einerseits Sache des Bundes ist, daß es immer schwierig und schwer zu vertreten ist, wenn Steuern erhöht werden müssen und ich glaube auch in diesem Fall, daß es notwendig ist, daß die Stadt ihr Potential, ihre Kapazitäten wahrnimmt und ausnützt. Was ich aber nicht gut finde und was meiner Meinung zur Zeit nicht stattfindet, ist diese Verringerung des Getränkesteuersatzes - bzw. die Weitergabe - bei den alkoholfreien Getränken. Ich glaube, daß die Stadt hier wirklich darauf dringen sollte und auch Möglichkeiten hat, daß dieser Satz, diese Verringerung weitergegeben wird, weil mir laut meinen Informationen und Erfahrungen bekannt ist, daß dies bisher nirgendwo der Fall ist. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Danke. Gibt es weitere Wortmeldungen? Wünscht der Berichterstatter ein Schlußwort?

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Viele der Beiträge waren sehr beeindruckend und die Appelle.

den beiden Anträgen die Zustimmung zu geben, auch sehr einleuchtend. Vor allem auch in der ÖVP, wo der Stadtpartei-Obmann Holub hoffentlich auch seinem Wirtschaftsflügel so ins Gewissen geredet hat, daß hier ein Umdenken im Sinne der Gesamtverantwortung stattfinden wird. Es ist nämlich schon so, daß in Wien im Nationalrat und auf der Regierungsbank ein großer Kompromiß, der gar nicht so augenscheinlich gewesen ist, daß man damit rechnen konnte, daß es dazu kommt, gelungen ist. Nämlich der Kompromiß, alle möglichen Interessen zu vereinen, um zu einer gemeinsamen Lösung zu kommen. Wir als Stadt Steyr haben ein ganz besonderes Interesse, nicht an der Erhöhung der Gebühren, - ich habe schon gesagt, daß es uns auch lieber wäre, alles billiger und preiswerter zu machen, als zu erhöhen - sondern ein besonderes Interesse, daß uns diese Steuern als Gemeindesteuern erhalten wurden. Man kann es als Finanzreferent einer Stadt wie Steyr gar nicht laut genug sagen und betonen, wie wichtig das ist, daß wir auch eigene Steueraufkommen haben und mit diesen Steuern nicht jenen Weg antreten wie mit den anderen, daß der kräftige Partner für die weniger Kräftigen dauernd indirekt zur Kasse gebeten wird. Auch das wird durch diesen Beschluß etwas vermindert.

Letztendlich gibt es sehr wohl vom Gemeindebund als auch vom Städtebund die dringenden Empfehlungen, diese Höchstsätze auch tatsächlich zu beschließen. Ich weiß, die eine oder andere Gemeinde wird diesen Weg nicht gehen und wird um des billigen Gags willen hier andere Beschlüsse fassen, aber dies - glaube ich - in einiger Zeit bereuen.

Ich bin auch der Meinung, daß geben seliger ist als nehmen, aber hier müssen wir das zur Kenntnis nehmen und ich bitte Sie um die Zustimmung. Einer der Ärmsten dieser steuerlichen Behandlung steht hier vor Ihnen - der biertrinkende Hausbesitzer mit eislutschenden Kindern wird nämlich am kräftigsten bestraft. Er bekommt hier keine Entlastung bei der Getränkesteuer, aber trotzdem eine Belastung bei der Grundsteuer. Ich bekenne mich aber dazu gerne, im Sinne der Gesamtverantwortung.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Danke für das Schlußwort. Wir dürfen zur Abstimmung kommen. Wir stimmen jetzt getrennt ab, zuerst kommt der erste Antrag "Erhöhung des Hebesatzes bei der Grundsteuer B auf 500 v. H.". Wer ist für diesen Antrag? (25) Wer enthält sich der Stimme? 6 Stimmenthaltungen. Wer ist gegen diesen Antrag? 3 Gegenstimmen. Danke.

Jetzt noch der zweite Teil dieses Antrages Nr. 35), die Einhebung der Getränkesteuer als Verkehrssteuer. Wer ist für diesen Antrag? Gegenprobe? Stimmenthaltungen? Ich stelle hier Einstimmigkeit fest und gebe den Vorsitz an Bürgermeister Leithenmayr zurück.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich übernehme den Vorsitz und bedanke mich für diese Abwicklung. Nun kommen wir zum nächsten Antrag, Herr Koll. Zagler.

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Der nächste Antrag - "Ausgleich des ordentlichen und ao. Haushaltes 1991 durch Entnahmen bzw. Zuführungen von Rücklagen". Eine im Prinzip buchhaltärische Übung, ich bin gerne bereit, den Antrag und die Zahlenaufstellungen zu verlesen, möchte aber bitten, in Anbetracht der vorgerückten Stunde darauf zu verzichten. Danke.

36) Buch 7600/91

Ausgleich des ordentlichen und außerordentlichen Haushaltes 1991 durch Entnahmen bzw. Zuführungen von Rücklagen.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Zum Ausgleich des ordentlichen Haushaltes wird eine **Zuführung**

an die Allgemeine- und Betriebsmittelrücklage in Höhe von S 60.964.853,63 sowie eine **Entnahme** aus der Rücklage zur Reinhaltung des Grund- und Quellwassers in Höhe von S 3.439.476,05 bewilligt.

Der Ausgleich im außerordentlichen Haushalt hat durch Rücklagenzuführungen in Höhe von S 178.397.267,73 (davon Sonderrücklage aufgrund SPK-Verkauf S 170.820.944,54), sowie Rücklagenentnahmen in Höhe von S 70.534.204,70 somit einer **Netto-Rücklagenzuführung** in Höhe von S 107.863.063,03 zu erfolgen.

Zum Ausgleich des o. und ao. H. werden somit die Rücklagen in Saldo um insgesamt S 165.388.440,61 erhöht.

(BEILAGE)

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Zu Wort hat sich Herr Gemeinderat Spöck gemeldet.

GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:

Wertes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des GR, wie aus dem Amtsbericht zu entnehmen ist, hat der Ausgleich im ao. H. durch eine Rücklagenzuführung in Höhe von S 178.397.267,73 (davon eine Sonderrücklage aufgrund des Sparkassenverkaufes in Höhe von rund S 170 Mill. S) zu erfolgen.

Aufgrund des GR-Beschlusses von 31. Jänner 1991 wurde einer Verschmelzung der Anteilsver-

waltungs-Sparkasse Steyr, als übertragende Sparkasse, mit der Anteilsverwaltungs-Zentral-sparkasse Wien, als übernehmende Sparkasse, auf Basis der Verschmelzungsbilanz der Anteilsverwaltungs-Sparkasse Steyr zum 31. Dez. 1990 mit Ablauf 31. Jänner 1991 zugestimmt. D. h., u. a. wurde ein Betrag von 230 Millionen S den Haftungsgemeinden direkt, in Form von Barzahlungen, ab Rechtskraft der Eintragung, zur Verfügung gestellt. 73,7 % davon unserer Stadt Steyr. Die Verwendung der Gelder war und ist nicht nur vom Gesetzgeber, der die Liquidationserlöse der Sparkasse ausdrücklich bestimmten Zwecken zuschreibt, vorge-schrieben, sondern auch vom GR zweckgebunden für neue Wohnungen, Soziales usw. gedacht. Ich darf dazu erinnern an die Stellungnahmen der Fraktionen bzw. des damaligen Bürgermeisters Heinrich Schwarz in der GR-Sitzung vom 31. Jänner 1991. Was mir, werte Kolleginnen und Kollegen des GR, aber heute noch fehlt - das ist auch der Grund meiner Wortmeldung - ist ein Grundsatzbeschluß über die Verwendung dieser Sonderrücklage. Erfolgt dieser nämlich nicht, würde die Gefahr bestehen, daß sich die Gelder mit dem einen oder anderen Projekt - einem großen Projekt, unter Umständen einem Prestige-Projekt - verlaufen.

Ich darf daher bei dieser Gelegenheit den GR eindringlichst ersuchen bzw. auffordern, diesen Beschluß zu fassen, damit die Mittel nicht zweckentfremdet werden.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-THENMAYR:

Danke. Gibt es eine weitere Wortmeldung? Kollege Eichhübl, bitte.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Ich darf vorausschicken, meine Damen und Herren des GR, werte Herren Bürgermeister, daß ich nicht beabsichtige, mich im einzelnen mit Zahlen dieses An-trages zu befassen. Der Sinn meiner Wortmeldung ist eigentlich auf zwei Ebenen zu sehen. Zum einen darf ich das Stim-mverhalten der Freiheitlichen GR-Fraktion erklären: Diese wird sich zu diesem Antrag der Stim-me deswegen enthalten, weil wir das Budget 1991 abgelehnt haben.

Zum zweiten möchte ich aber doch auch auf das, was mir Koll. Spöck vorweggenommen hat, ganz kurz eingehen. Auch mir ist nicht entgangen, daß ein Betrag von S 170.820.944,54 aufgrund des Sparkassenverkaufes als Rücklage gebildet wird. Daher tauchen auch einige Fragen auf, die ich bitte zu beantworten.

Einerseits möchte ich wissen, wie lange oder seit wann dieses Geld zur Verfügung steht? Zu welchen Konditionen ist das Geld

angelegt und für welche Zwecke soll es verwendet werden?

Ich vertrete allerdings auch die Auffassung, daß dieser GR. um Vorsorge zu tragen für die richtige Verwendung des Geldes aus dem Sparkassenverkauf, einen entsprechenden Grundsatzbeschluß fassen sollte. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Danke sehr, gibt es noch eine Wortmeldung? Keine mehr. Ich bitte den Berichterstatter um das Schlußwort.

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Ich darf das Schlußwort dazu verwenden, um die aufgeworfenen Fragen aufzuklären oder zu beantworten.

Es ist so, daß ein Betrag von knapp unter 170 Mill. S Ende Nov. beim Konto der Stadt Steyr bei der Sparkasse eingelangt ist. Diese 170 Mill. wurden buchhalterisch einer Sonder-Rücklage zugeordnet. D. h., daß dieses Geld im Haushalt ein eigenes "Mäschel" hat und nicht in irgendwelchen Kanälen bzw. auf anderen Konten versickert ist. Diese Gelder wurden dann im Dezember veranlagt, und zwar in Geldmarkt-Papiere, die über versch. Bankinstitute in Steyr bzw. von Zentralinstituten in Wien vergeben wurden. Wobei die Renditen in etwa der Sekundärmarkt-Rendite entsprechen, bis hin zur besonderen Veranla-

gungsform, wo eine Rendite von ca. 9 % (im Augenblick) erwirtschaftet wird. Diese Gelder sind sehr kurzfristig veranlagt. Nämlich immer auf Geldmarkt-Basis, also im 3-Monate-Rhythmus. Ich darf auch sagen, daß in der Abteilung II vom Hr. MD-Stv. und seinen Mitarbeitern überlegt und gearbeitet wird, Fonds-Satzungen zu schaffen, um hier die richtige Verwendung der Geldmittel einleiten zu können. Ich sage absichtlich "richtige Verwendung" und nicht "zweckentsprechende", weil wir gebunden sind, diese Mittel zweckentsprechend aufgrund der Verträge, des Sparkassengesetzes und auch aufgrund der Bundesabgabenordnung zu verwenden. Es kann auch nicht unter der Hand verwendet werden, weil klarerweise der GR oder ein dazu beauftragtes Fonds-Gremium mit der Beschlußfassung im jeweiligen Fall beauftragt werden. Wir sollten aber nach Möglichkeit eines im Auge behalten, daß nämlich - wir haben gerade als Argument genommen, möglichst an die Grenze der eigenen Steuern hinaufzugehen, damit wir kredit- oder förderungswürdig bleiben - unsere Gelder nicht dazu verwendet werden, um unseren Reichtum nach außen zu tragen und damit wieder genau jene Bewegung einzuleiten, die wir nicht haben wollen. Wir wollen nicht, daß Geldgeber dann sagen, baut das Parkdeck Bahnhof

und das Hallenbad doch von diesem Geld und laßt uns in Ruhe. Genau das wird unsere Aufgabe sein, hier den richtigen Weg zu finden und ich glaube, gerade unsere Abteilung II ist ein Garant dafür, daß eine kluge Lösung gefaßt werden kann. Ich bitte Sie daher, diesen Hin- und Herbuchungen Ihre Zustimmung zu erteilen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Danke sehr für das Schlußwort, wir kommen zur Abstimmung. Wer dafür ist, daß dieser Ausgleich in der vorgeschlagenen Form erfolgt, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke sehr, Gegenprobe? Stimmenthaltung? Stimmenthaltung bei der FPÖ (8 Enthaltungen). Der Antrag ist mehrheitlich angenommen.

GEMEINDERAT WALTER STROBL
VERLÄSST UM 18.14 UHR DIE
SITZUNG.

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Der nächste Punkt behandelt eine Akontozahlung an den RHV Steyr und Umgebung. Aufgrund der Satzungen hier hat Steyr einen Anteil von 67,66 Prozent an den Gesamtausgaben zu tätigen. Auch bei der Akontierung wird dieser Schlüssel angewendet, weswegen ersucht wird, 6,766 Mill. S freizugeben; und zusätzlich noch die Freigabe des Mitglieds-

beitrages der Gemeinde Dietach - insgesamt 6,821.654,47.

37) Wa-1056/65

Wa-5450/75

Akontozahlung an den Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung f. den Mitgliedsbeitrag 1992.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Anweisung einer Akontozahlung in Höhe von S 6,766.000,-- für den Mitgliedsbeitrag 1992 der Stadt Steyr und einer in Höhe von S 55.654,47 für den Mitgliedsbeitrag 1992 der Gemeinde Dietach, somit insgesamt S 6,821.654,47 an den Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung wird zugestimmt.

Zu diesem Zweck wird die Freigabe eines Betrages in Höhe von S 6,821.654,47 bei der VA-Stelle 1/8110/774000.1 genehmigt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Danke sehr; wird dazu das Wort gewünscht? Nicht der Fall, wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Wird nicht geübt - der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Bei meinem letzten Antrag handelt es sich darum, daß die

Stadtwerke an die Stadt Steyr herangetreten sind, um hier eine Kapitaleinlage und Zuschüsse für das Wirtschaftsjahr 1992 einzufordern. Und zwar in einem Gesamtbetrag von 9,2 Mill. S, wobei S 100.000,-- als Zweckzuschuß weitergeleitet werden und diese verbleibenden Mittel bei den jeweiligen VSt. zu entnehmen sein sollen.

- 38) ÖAG-812/92
Stadtwerke
Steyrer Versorgungs-
betriebeverbund Gas und
Verkehr - Kapitalein-
lage und Zuschüsse für d.
Wirtschaftsjahr 1992.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit Beschluß des Stadtsenates vom 13. Februar 1992 wurde als Grundleistung für den Verkehrsbetrieb der Stadtwerke für das laufende Rechnungsjahr ein Betrag von S 1.100.000,-- bewilligt.

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke vom 26. 2. 1992 wird dem Steyrer Versorgungsbetriebeverbund Gas und Verkehr eine Kapitaleinlage in Höhe von S 8.000.000,-- gewährt.

Gleichzeitig wird die Freigabe eines Betrages in Höhe von S 100.000,-- als Weiterleitung eines Zweckzuschusses des Landes Oberösterreich bewilligt.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von

S 100.000,--

(einhunderttausend)

bei der VA-Stelle
1/8790/759000.9 sowie Mittel
im Ausmaß von

S 7.000.000,--

(siebenmillionen)

bei der VA-Stelle
5/8790/779000.6 freigegeben.

Gleichzeitig wird eine Kredit-
übertragung im Ausmaß von

S 1.000.000,--

(einemillion)

von der VA-Stelle
5/8790/7791000.4 auf die VA-
Stelle 5/8790/779000.6 bewil-
ligt.

Die Deckung dieser Kreditüber-
tragung hat durch die VA-Stelle
5/8790/7791000.4 zu erfolgen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:

Danke sehr! Auch dieser Antrag steht zur Diskussion. Wünscht jemand das Wort? Nicht der Fall und wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke sehr. Keine Gegenstimmen und keine Enthaltungen. Einstimmiger Beschluß!

Damit ist die Tagesordnung erschöpft und wir kommen zur Aktuellen Stunde. Im Zusammenhang mit der Aktuellen Stunde möchte ich den Vorsitz abgeben und selbst das Wort ergreifen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD
PFEIL:

Ich übernehme den Vorsitz und erteile das Wort Herrn Bürgermeister Leithenmayr.

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT
ZAGLER VERLÄSST UM 18.20 UHR
DIE SITZUNG.

**Beginn der Aktuellen Stunde:
18.20 Uhr**

**BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:**

Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Ihnen eigentlich nur kurz mitteilen und erzählen, daß wir uns sehr intensiv darum bemüht haben, - es war hier schon mehrfach die Rede - einen Standort oder einen Teil-Standort einer Fachhochschule nach Steyr zu bekommen. Ich habe daher im Namen der Stadt am 18. November 1991 an Herrn LH Dr. Ratzenböck geschrieben und das Interesse an der Errichtung dieser Fachhochschule in Steyr angemeldet. Es ist so, daß sich die Wirtschaft - vor allem die Industrie - mit großer Vehemenz dafür einsetzt, daß in Steyr ein solcher Standort sein soll. Wir haben mehrfache Diskussionen gehabt, und zwar in einem sehr hochrangigen Kreis - es waren Geschäftsführer, Generaldirektoren und Personalchefs der Steyrer Industrie versammelt; weiters waren auch der Chef bzw. die Spitzenprofessoren der Steyrer HTL, Herr Sektionschef Heuritsch aus Wien, der Landesschulinspektor und natürlich auch die Vertreter

der industriellen Kammer, der HK, der AK etc. anwesend.

Wir haben ausführlich diskutiert und vor allen Dingen zum Schluß im Resumée ist festgestellt worden, daß es im Sinne einer Entwicklung in Richtung EG ganz wichtig wäre, daß hier der Ausbildungsstandard verbessert wird und daß auch Dipl.-Ing., Fachhochschulabgänger so wie in der BRD ausgebildet werden, wobei die Wirtschaft das vehemente Interesse bekundet hat. Wir haben auch festgestellt, daß viele Argumente dafür sprechen, u. a. die Vielzahl der Schultypen und Schulformen bis hin zu den berufsbildenden, höheren Schulen, die es bereits gibt. Wir sind also jetzt schon ein bedeutendes Schulzentrum.

Wir haben einen Standort von international renommierten Unternehmen, wie Steyr-Daimler-Puch, SNF, BMW, SKF, GFM, etc. und es ist hier mitgeteilt worden, daß eine sinnvolle Kooperation zweckmäßig erscheinen würde und daß hier auch die Labors, die Forschungseinrichtungen für eine Ausbildung zur Verfügung stehen würden. Wir haben eine Höhere Technische Lehranstalt in Steyr, die einen ausgezeichneten Ruf hat, die den Unterbau schon bilden könnte und die vor allem Ressourcen einbringt, wie es kaum woanders möglich ist. Dr. Ehrenstrasser hat in einer bemerkenswert kooperativen Weise und mit hohem Einsatz mitgearbeitet an

einer Konzeption. Er ist selbst sehr interessiert, daß es hier zu einer Weiterentwicklung kommt und es wäre durchaus möglich, ohne finanziellen Aufwand, sozusagen einen Beginn in Steyr zu machen. Also, ohne daß Erstinvestitionen für Einrichtungen, Raumbeschaffung usw. notwendig wären. Mit solchen Argumenten kann anderswo wahrscheinlich nicht gerechnet werden.

Wir haben in Steyr das FAZAT, die Universitätsinstitute im FAZAT, das Forschungszentrum der Steyr-Daimler-Puch AG - das sind alles Einrichtungen, die hier in der Vernetzung dafür sprechen, daß diese Fachhochschule nach Steyr kommen könnte. Es ist allerdings so, daß sich auch Linz, Wels, Vöcklabruck, Mattighofen und Braunau beworben haben - Braunau ist ausgeschieden! Ich war von LR Leitl am 6. März eingeladen - aufgrund unserer Bewerbung und unserer Offerte, die wir schriftlich abgegeben haben - bei der OÖ. Landesregierung, im WIFI die Steyrer Offerte zu präsentieren. Jede Stunde war ein anderer Bürgermeister oder Vertreter der Städte, die sich beworben haben, vorgeladen. Es war ähnlich einer Aufnahmeprüfung und sicher nicht einfach, denn dort waren 8 Vertreter einer Jury, die sozialpartnerschaftlich besetzt war. Ich glaube, zum Schluß ist jedem Bürgermeister oder Vertreter einer Stadt klar geworden, worum es geht. Da kam nämlich die

"Gretchenfrage" auf den Tisch: "Und was wird die Stadt bereit sein zu zahlen?" Ganz konkret.

Man muß sich ja überlegen, welche finanziellen Mittel hier notwendig sind. Außerdem steht noch nicht fest, in welcher Weise dies wirklich passieren wird. Die deutschen Vorbilder sind Fachhochschulen zwischen 1.200 und 15.000 Hörern. Man kann sich vorstellen, daß dies Mammut-Gebilde sind. Es ist die Rede von 1 bis 2 Milliarden S Invest und von Grundflächen im Ausmaß von mehr als 10.000 m², auf die man so etwas überhaupt hinpflanzen kann.

Meines Erachtens wird es nicht so gehen wie in Deutschland. Es wird eher zu einer Aufteilung nach Fachrichtungen kommen. Ich hoffe, daß dies möglich sein wird, denn nur unter diesem Aspekt hätte Steyr eine Chance. Wir haben uns beworben um Maschinenbau mit Fachrichtung Fahrzeugtechnik - hierbei haben wir ja gute Voraussetzungen in Steyr. Verfahrenstechnik, Elektronik, Automation usw. wären unser Schwerpunkt gewesen. Es ist aber leider so, daß es wahrscheinlich eine Rolle spielen wird, wieviel Geld eine Stadt dafür aufzuwenden in der Lage ist. Das kristallisiert sich deutlich heraus und ich habe dort auch gesagt, daß ich nichts von einer Schulpolitik hielte, wäre sie so orientiert, daß diese Stadt oder der Ort die Schule bekommt, der sich das am besten

kaufen kann. Wir sind nämlich finanziell "ausgeblutet", weil nämlich der größte Arbeitgeber, die Steyr-Daimler-Puch AG, 10 Jahre keine Gewerbesteuer bezahlt hat, weil sie keine Gewinne gemacht hat. Wir sind daher nicht in der Lage, ein Bestgebot zu bringen. Ich habe das den Herren dort gesagt, aber wir haben andere, großartige Argumente, warum sich Steyr als ein Standort anbieten würde. Ich darf dazu sagen, daß jetzt ein Anerkennungsbeirat errichtet wurde. Dieser Beirat wird letztendlich entscheiden, wer überhaupt eine solche Schule errichten kann und ob sie die Anerkennung findet.

Alles befindet sich noch in Diskussion und es ist auch nicht zu erwarten, daß Anfangsentscheidungen vor Ende dieses Jahres getroffen werden. Soweit der aktuelle Stand der Dinge zur Fachhochschule und ich habe mir erlaubt, diesen näher zu erläutern, da alle sehr daran interessiert sind.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich danke Herrn Bürgermeister Leithenmayr für dieses interessante Thema im Rahmen der aktuellen Stunde und möchte den Vorsitz zurückgeben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke, ich übernehme den Vorsitz und vermute, daß Sie das

Wort wünschen. Ich erteile es Ihnen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren! Ich möchte nur eine Richtigstellung des Amtsblattes anbringen. Es geht um das Generalverkehrskonzept, nachdem hier auch Unsicherheiten im ...

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Herr Kollege, das ist ein neues Thema! Es ist so, daß hier zu dem Thema Fachhochschule Stellung genommen werden kann, und zwar in der Reihenfolge der Größe der Parteien. Ich habe den Reigen sozusagen eröffnet. Nun könnte noch jemand von der SPÖ etwas dazu sagen, dann von Ihrer Partei, als nächster kann sich jemand von der ÖVP melden und dann die GAL. Es besteht jetzt die Frage, ob Sie zur Fachhochschule Stellung nehmen wollen oder nicht?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Nein, ich möchte zum anderen Thema sprechen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich sehe gerade, daß sich Koll. Philipps zu Wort melden möchte.

GEMEINDERAT MAG. HARALD PHILIPPS:

Wertes Präsidium, meine sehr verehrten Damen und Herren, wie Sie sich erinnern, haben wir im Dezember ein Konzept unterbreitet, das in diese Richtung gegangen ist, wie es unser Bgm. soeben ausgeführt hat. Ich darf an alle anderen Parteien auch den Appell richten, sich an diesem Projekt zu interessieren, dieses Projekt zu forcieren und auch zu unterstützen. Ich gebe zu bedenken, weil das Schlagwort FAZAT gefallen ist, daß dieses FAZAT eine sogenannte Dauerbildungseinrichtung bekommen würde. D. h., die Möglichkeit, das Potential ...

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Ich habe mich ein bißchen getäuscht und korrigiere mich. Ich würde bitten, daß Du sehr rasch zu einem Schluß kommst.

Gelächter

GEMEINDERAT MAG. HARALD PHILIPPS:

Ich habe an und für sich nicht vor, die Sitzung jetzt bis Mitternacht zu verlängern, aber ich hätte ganz gerne noch eine kleine Abrundung des Problems gesagt. Die dezentrale Regelung dieser Problematik der Fachhochschule wird für uns sicherlich der gangbare Weg sein, daß wir versuchen, hier in Steyr wirklich diese Maschinenbau-Automatisierungstechnik mit EDV-Unterstützung zu bekommen. Koll.

Zagler ist jetzt leider nicht da, aber für ihn wäre es sicher auch interessant, daß die HAK die nötige kommerzielle Ausbildung übernehmen könnte, die dieses Bild auf alle Fälle abrunden wird. Daher der Appell noch einmal an alle Parteien, auch wenn dies vom Statut her nicht ganz so verankert war, daß diese Idee Unterstützung findet, auch wenn sie eine ganze Menge an Kosten erfordert - darüber müssen wir uns natürlich im klaren sein.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Danke sehr. Ich bitte noch einmal um Entschuldigung, daß zwei SPÖ-Redner zu Wort gekommen sind, aber wir weiten das ein bißchen aus. Koll. Spöck versteht das, er spricht auch nicht immer zur Sache.

Wird von der FPÖ das Wort gewünscht?

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Darf ich bitte von dieser Stelle aus einen Satz zu dem, was Du angeschnitten hast, feststellen?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Ich bitte Dich, trotzdem ans Rednerpult zu gehen, sonst kommt es nicht aufs Band!

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Nachdem es heute bereits eine Reihe von Mißverständnissen gegeben hat, hoffe ich, daß ich tatsächlich das Recht habe, hier

herauszukommen und zu reden. Aber nach den üblichen Gepflogenheiten der beiden letzten Funktionsperioden, die ich dem GR angehört habe, war es immer so der Fall und ich nehme an, daß es auch heute stimmt.

Herr Bürgermeister, ich wollte zu dem angeschnittenen Thema nur einen Satz sagen. Und zwar: Wir von der Freiheitlichen GR-Fraktion betrachten diese Berichterstattung als äußerst interessant und aufschlußreich, wobei ja noch weitere Beratungen folgen werden. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Danke sehr. Wird von der ÖVP-Fraktion das Wort gewünscht? Koll. StR Holub, bitte.

STADTRAT KARL HOLUB:

Das Thema Fachhochschule, wer te Kolleginnen und Kollegen, ist sicherlich ein Thema, das alle Vertreter unserer Region bewegen soll und muß. Es wird auch noch sehr notwendig sein, so habe ich den Eindruck, dem Thema in Zukunft mehr Augenmerk in der Öffentlichkeit zu schenken, weil nämlich einiges in der Vergangenheit zu quer gelaufen ist. Das Projekt Fachhochschule ist - so habe ich den Eindruck gewonnen, als ich mich vorige Woche informierte - von einigen Gemeinden mit ganz netten, konkreten, finanziellen Angeboten schon unterlegt worden. Das Thema Fachhochschule ist

von einigen Gemeinden mit Infrastruktur unterlegt worden, die wir derzeit in Steyr noch nicht aufweisen können. Das Thema Fachhochschule wird - so habe ich gehört - von diversen Fachleuten, die in diesem Beurteilungsgremium drinnen sind, davon mitabgewogen, ob eine Lehr- und Versuchsanstalt an der örtlichen HTL schon besteht. Leider Gottes muß ich Ihnen die Mitteilung machen, daß diese Lehr- und Versuchsanstalt noch nicht besteht. Der GR der Stadt Steyr hat schon öfter diesen Wunsch geäußert, daß an der HTL eine Lehr- und Versuchsanstalt eingerichtet wird. Diese Lehr- und Versuchsanstalt wurde aber - und das berichtet der Herr Bundesminister für Unterricht und Kunst am 6. März 1992 in einer Anfragebeantwortung - seitens der HTL Steyr noch nicht beantragt. Es gibt also keine Einrichtungsgegenstände für eine Lehr- und Versuchsanstalt - so lautet diese Anfragebeantwortung - und es gibt auch keine zusätzlichen Mittel für eine Lehr- und Versuchsanstalt, geschweige denn für eine Fachhochschule.

Ich habe dennoch bei den Persönlichkeiten, die mir zugänglich waren, das Interesse sehr vehement deponiert, daß wir eine Fachhochschule bzw. Teile einer Fachhochschule als Kompromiß hier nach Steyr herbekommen könnten. Ich glaube, wir sollten gemeinsam alle Initiativen dahin

richten, daß - wenn schon die Fachhochschule an einem besseren Angebot am Standort Steyr autonom scheitern sollte - beigelagerte oder Teilinstitute dieser Fachhochschule sehr wohl die Infrastruktur an der HTL ausnützen könnten und vielleicht auch noch, wenn die Gebäudesubstanz im FAZAT einmal fertiggestellt ist, zwei eine Unterbringung finden könnten.

Vielleicht könnte - und das scheint auch nicht ganz sinnlos zu sein - mit der Industrie das Einvernehmen gepflogen werden, daß die dortigen Technologieanlagen verwendet werden können für Institute einer Fachhochschule, selbst wenn diese nicht den Sitz in Steyr hat - ein Instituts-Sitz könnte es jedoch wenigstens sein! Ich glaube, auf dieser Schiene sollte der GR der Stadt Steyr ganz ganz dringend mit der Landes- und Bundesregierung weiterverhandeln, denn ich glaube, daß das Briefeschreiben alleine auf lange Sicht nicht reichen wird. Man wird den Realitäten begegnen müssen und die richtigen Konsequenzen daraus ziehen müssen. Unsere Region verdient es sich jedenfalls sehr, daß man sich mit allem Nachdruck für das Projekt Fachhochschule oder Teile einer Fachhochschule in Steyr einsetzt. Wollen wir daran gehen und keine Zeit vergeuden, wollen wir uns gemeinsam bemühen, daß die Fachhochschule wirklich nach Steyr kommen kann.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Danke sehr. Unsere Juristen sagen, Du hättest auch dazu nicht reden dürfen, lieber Karl.

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Du könntest nur zu einem Thema reden, das Dein Ressort betrifft.

STADTRAT KARL HOLUB:

Ich nehme mein Wort zurück.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Das macht nichts. Du brauchst nichts zurück nehmen, das war sehr interessant. Wir lernen gerade, mit dem neuen Statut zu leben! Alle Ausführungen haben ja ihre Berechtigung gehabt und darauf kommt es an.

Wünscht die GAL dazu das Wort? Sie haben nämlich ein "echtes Recht", Herr Koll. Holub.

Gelächter

GEMEINDERAT OSKAR HOLUB:

Grundsätzlich finde ich es positiv, wenn sich die Stadt um Fachhochschulen bemüht, oder Teile davon nach Steyr zu bekommen. Ich glaube, eine sehr viel leichtere und nähere Möglichkeit würde darin liegen, z. B. Kontakt mit der Kunsthochschule in Linz aufzunehmen. Ich weiß dezidiert, daß dort diverse Mei-

sterklassen unter sehr großem Platzmangel leiden und ich glaube, wenn die Stadt von sich aus an die Kunsthochschule herantritt, könnte ich mir durchaus vorstellen, daß Meisterklassen nach Steyr überiedeln würden. Noch dazu würde sich das zum Thema Eisenverarbeitung, Metallplastik, etc. wirklich sehr gut verbinden und vereinen lassen. Ich glaube, daß man diesen Kunstaspekt auch einmal öffentlich aussprechen darf. Es gibt dazu wirklich sehr gute, bestehende Querverbindungen; ich denke nur an Gsöllpointner-Fenster, etc. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Danke sehr für diesen Beitrag. Damit ist die erste Runde abgelaufen und eigentlich ist jetzt Ihre Zeit gekommen, Herr Vizebürgermeister - mit einem neuen Thema. Ich erteile Ihnen das Wort.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, ich versuche es, aufgrund der fortgeschrittenen Zeit, auch kurz zu machen. Ich möchte nur eine Aufklärung geben, denn wir haben ja in unserer Stadt - wie Herr Bgm. heute schon erwähnt hat - viele sehr wichtige und entscheidende Vorhaben. Eines dieser ganz wichtigen Vorhaben ist das Generalverkehrskonzept. Ich möch-

te nur die Vorgangsweise dem GR präsentieren bzw. den Standpunkt, wie sich heute das Verkehrskonzept uns bietet. In letzter Zeit sind Presseberichte laut geworden, das Verkehrskonzept sei fertig. Im Amtsblatt steht leider auch, daß es fertig ist und den Gemeinderäten oder den Mandataren vorliegt. Leider ist dies nicht so.

Vorgestern hatten wir eine Besprechung mit Dr. Stickler und trotz Aufforderung sind nicht alle Teile da. Ich darf Ihnen jetzt einmal bekanntgeben, welche Teile vorliegen, die auch zur Diskussion bereit liegen. Das sind Erhebungen des Verkehrskonzeptes - also Problemlandkarten und Bevölkerungswünsche. Diese sind recht gut aufgeteilt und Verkehrszählungen sind aufgelistet. Studien sind vorhanden: Stellplatzbedarf Bahnhof Steyr, eine Teilstudie über den ruhenden Verkehr - "park and ride", erst im Nachtragsexemplar sind genauere Unterlagen über den ruhenden Verkehr, die Parkplätze, die Parkhäuser gekommen. Das liegt nun alles vor und dem werden wir uns in nächster Zeit sehr widmen müssen und in die Diskussion gehen.

Eine Studie über die Nahverkehrsdrehscheibe Bahnhof liegt vor. Regionaler Busverkehr, Teilstudie öffentlicher Verkehr. Eine sehr gute Studie - meines Erachtens - liegt auch über den städtischen Busverkehr vor. Das wurde ganz genau untersucht und

hier gibt es eine Netz-Konzeption, die mir sehr ansprechend erscheint. Es ist nur eine Teilstudie des öffentlichen Verkehrs vorhanden - ich meine jetzt nicht den städtischen Verkehr, sondern den anderen öffentlichen Verkehr.

Weiters haben wir auch die Teiluntersuchungen über die Verkehrsauswirkungen von verschiedenen Geschäftszentren. Ich meine hier das Geschäftszentrum ab Tabor oder das Merkur-Parkdeck usw.

Auf alle Fälle fehlen der gesamte Individualverkehr, sowohl der Fußgängerverkehr, der Fahrradverkehr als auch der Autoverkehr! Nach dem Umfang des Auftrages ist es also ungefähr die Hälfte, die unseres Erachtens vorliegt und nach einer Besprechung mit Hr. Dr. Stickler - wir haben die Verträge nicht mit ihm gemacht und er konnte leider nicht mehr vorlegen, als gerade besprochen - hat er uns versprochen, bis Ende Mai die fehlenden Teile den Mandataren bzw. den zuständigen Beamten zu liefern.

Das mit dem Parkhaus-Konzept hat sich sehr gut bewährt und daß wir uns schon ein paar Tage vorher damit auseinandersetzen können, wenn es präsentiert wird, schickt er es uns einige Wochen vorher. Noch im Juni können wir zum ersten Mal endgültig über das fertige Konzept diskutieren. Bis zur Umsetzung und bis es im GR beschlossen

wird, werden wir noch viel diskutieren müssen. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Danke für diesen Beitrag; wer wünscht von der SPÖ-Fraktion dazu das Wort? Keine Wortmeldung.

Ich darf nur bemerken - als Bürgermeister steht es mir zu, daß ich dazu Stellung nehme -, statutengemäß, daß uns dieses Konzept von Dr. Stickler sehr kurzfristig und auf unser Drängen hin endlich übermittelt wurde. Am selben Tag habe ich es noch weiter gegeben an die Fraktionsvorsitzenden und natürlich an Sie, Herr Referent. Ich konnte es in der Schnelligkeit auch nicht lesen und wußte nicht, daß noch gewisse Details und Ausführungen fehlen. Die Unterlagen hat er alle beisammen, aber alles lesbar zu machen, die Schlüsse zu ziehen, die Lösungsvorschläge und die Maßnahmen aufzuzeigen, fehlt in einzelnen Bereichen. Es erscheint mir jedoch nachholungsbedürftig zu sein, daß alles hereinkommt. Aber Sie haben das ja erläutert.

Es war jedenfalls keine böse Absicht, als wir am nächsten Tag in einer Pressekonferenz sagten, daß das Verkehrskonzept endlich fertig sei. So ist es gelaufen und wir müssen uns eben einlesen.

Ich darf fragen, ob jemand von der ÖVP-Fraktion das Wort wünscht? Nicht der Fall. Die Grünen? Auch nicht. Damit ist

auch dieses Thema erschöpfend behandelt.

Ich darf fragen, ob die ÖVP-Fraktion ein Thema ansprechen möchte? Bitte, Herr GR Lengauer.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENG-AUER:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren des GR! "Aktuelle Stunde" - der Verlauf dieser Sitzung gibt mir das Thema, zwingt mir das Thema auf. Unser politisches Selbstverständnis, unser politisches Verantwortungsgefühl ließen uns den Objektivierungsantrag einbringen. Zweimal schon wurde dieser Antrag abgeblockt. Deswegen Vorgespräche nur mit Teilen des GR. "Aktuelle Stunde" - für mich echt "Aktuelle Stunde". Daher gestatten Sie mir, sporadische Gedanken, Überlegungen zur Wohnungsvergabe: zermürender Marathonlauf, Tips und Tricks für Unentwegte, entwürdigende Bettelei bei Politikern. Schlagworte, die menschliche Not vielleicht verdecken, vielleicht aufdecken, vielleicht aufheizen wollen!

Zirka 3.000 Wohnungssuchende in unserer Stadt. 10, 20 Wohnungsvergaben je Ausschuß-Sitzung, manchmal sogar 30. Vorsprachen beim Wohnungsamt. Ich persönlich habe bei meinen Besuchen im Wohnungsamt freundliche, höfliche und hilfsbereite Damen und Herren angetroffen. Ich möchte dies dankend bemerken. Vorsprachen bei Hr. StR Tatzreiter.

Vorsprachen bei den anderen Damen und Herren des Stadt- und Gemeinderates. Das wird es immer geben.

Das sind auch nicht die Punkte unserer Kritik. Wir von der ÖVP meinen aber - und ich bin überzeugt, auch viele von den Damen und Herren der anderen Fraktionen - aufhören muß der Vorwurf der Parteibuch-Vergabe! Aufhören muß der Vorwurf fehlender, richtiger Befürwortungen! Aufhören muß die Undurchsichtigkeit der Reihung! Aufhören muß der Anschein von Glücks- oder Parteibuchgeschenk!

Wohnungsprobleme wird es auch morgen geben. Aber morgen - und ich hoffe, daß dieses "MORGEN" nicht Jahre heißt - kann, ja muß es eine Wohnungsvergabe geben, die klar, transparent, durchschaubar und nachvollziehbar wird. Dann, wenn auch Sie unserem "einen Objektivierungspapier" zustimmen können. Einem Objektivierungspapier, das versucht, nach sozialen Kriterien, nach Größe der bisherigen Wohnung, unter Beachtnahme besonderer Umstände, mit Schutzbestimmungen für sozial Schwächere, unter Einbeziehung der Wartezeit - um nur einiges zu nennen, Sie haben ja unser Papier studiert und gelesen - eine Wohnungsvergabe klar, durchschaubar, transparent, nachvollziehbar und vielleicht auch gerechter zu machen.

Warum sollte - und jetzt spreche ich plakativ - die Tochter eines Stadtrates eine Wohnung bekommen, nur weil der Vater vielleicht verantwortungsvoller und verantwortungsbetrakter Wohnungs-Stadtrat ist? Warum soll - und ich spreche wieder plakativ - die Familie Niemand keine Wohnung bekommen, nur weil kein politischer Mandatar für sie spricht? Solche und ähnliche Dinge wollen wir doch alle nicht. Auch Sie nicht! Bleiben wird so manches Wohnungsproblem. Bleiben wird so manche Unzufriedenheit. Kommen muß die Durchschaubarkeit, kommen muß die Objektivität, kommen muß die Transparenz der Wohnungsvergabe. Kommen wird vielleicht auch die Erkenntnis der Bürger, daß wir Politiker uns ehrlich bemühen. Wohnungsprobleme wird es auch morgen geben. Aber morgen - und ich hoffe, daß dieses "MORGEN" nicht Jahre bedeutet - kann, ja muß die Wohnungsvergabe klar, transparent, durchschaubar und nachvollziehbar sein. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Danke sehr. Der nächste zu Wort gemeldet ist der Referent namens der SP-Fraktion. Koll. Tatzreiter, bitte.

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:
Wertes Präsidium, geschätzte Damen und Herren des Gemeinderates! Ich darf mich in dieser

Angelegenheit noch einmal zu Wort melden, weil ich glaube, daß sie wichtig ist und ich freue mich darüber, daß - nicht, weil es als Problem eine Freude macht - sich alle damit beschäftigen. Werte Damen und Herren, in diesem Zusammenhang habe ich vielleicht heute eingangs, in bezug auf den Antrag, nicht erwähnt, daß wir, für die Sozialdemokratische Fraktion, ein fertiges Modell "Richtlinien der Wohnungsvergabeordnung" hätten. Ich merke jedoch an, daß wir mit diesem Modell deswegen noch abwarten möchten, weil wir auch den oder die neuen PC, das gesamte Programm auf diese Wohnungsvergabe-Richtlinien gleich auslegen sollten. Wir haben ja bestehende Richtlinien, die wir 1988 beschlossen haben. Im Zusammenhang einer Punkteaddierung werden wir tagelang bei der Sitzung dabei sein. Bzw. werden wir eine Auslotung vorbereiten, wer denn die Wohnung erhalten wird. Die Punktevergabe reicht nämlich möglicherweise gar nicht so weit aus. Außerdem kommen noch die sozialen Aspekte hinzu, jeder betrachtet das anders, persönliche Bekanntschaften spielen eine Rolle usw. Ich meine, daß wir im Zusammenhang mit dieser Aufaddierung der Punkte, also der gesamten Möglichkeiten, die es in den Vergabe-Richtlinien gibt, auch die Hilfsgeräte, wenn ich das so sagen darf, die Unterstützung der PC auch gleich mit integrieren

sollten. Wir sind gerade dabei, das gesamte Programm umzugestalten, und zwar insofern, weil wir auch eine Erhebung durchführen, ob die Daten noch stimmen. Es ist nämlich so, wenn nach 2 Jahren wieder jemand vorsprechen kommt, dann haben sich die Daten vollkommen verändert. Wenn wir eine Erhebung bzw. Neuumstellung machen, dann ist es notwendig, daß wir vom letzten Stand der Dinge ausgehen.

Ich habe diese Vergabe-Ordnung zwar schon drei Wochen in der Hand, aber sie deswegen nicht eingebracht, weil ich glaube - gerade als Referent -, daß wir uns damit im Ausschuß vorerst einmal beschäftigen sollten. Wir sollten uns in den nächsten Tagen zusammensetzen und ich bin auch froh, daß heute so entschieden wurde, damit bei der "Wurzel" begonnen werden kann, diese Vergabe-Richtlinien richtig anzusetzen. Es heißt ja nicht, daß unsere richtig sein muß; ich meine auch nicht, daß die ÖVP-Vergaberichtlinien schlecht sind. Dies soll nicht der Fall sein. Es gibt viele Dinge, die wir in der Querverstrickung zusammenführen müssen und in diesem Zusammenhang bin ich für einen aktiven Einsatz der Vergaberichtlinien und ich behaupte auch, daß wir auf alles Bezug genommen haben, nämlich auch die Bewertung der Einkommenssituation. Es passiert nämlich sehr oft, daß es heißt: Mein Sohn

bzw. meine Tochter oder der Betroffene selbst warten schon 5 bis 6 Jahre. Es ist aber niemand gekommen, weil er auch kein gravierender oder aggressiver Wohnungsfall war. D. h., er hat sich Punkte erworben, die ihn eigentlich dazu berechtigen, eine Wohnung zu erhalten bzw. ihm in den Vorteil verhelfen, eher ungerechtfertigt gegenüber dem anderen Wohnungssuchenden, der eine noch viel schlechtere Position hat. Darum ist auch das Einkommen miteinzubeziehen. Es ist ungerechtfertigt, daß jemand, der ein sehr kleines Einkommen hat, aber vielleicht aufgrund anderer Kriterien - möglicherweise durch die Punkteanzahl - einen Nachteil hat, weil ein anderer, der schon lange gewartet hat, aber ein hohes Einkommen hat, dann die billigere Wohnung erhält. In diesem Zusammenhang stehen unsere Bemühungen und ich meine, daß wir uns in den kommenden Wochen auseinandersetzen und bei der nächsten GR-Sitzung gemeinsam so weit sind, daß wir diese Vergabe-Richtlinien einführen können und möglicherweise schon mit den PC damit arbeiten können - das verspreche ich. Ich möchte auch den Fraktionsvorsitzenden jetzt gleich diese Vergabe-Richtlinien weitergeben, damit sie sich Gedanken darüber machen können. Danke für die Aufmerksamkeit!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:

Danke. Die FPÖ-Fraktion wird
sich durch den Fraktionsvor-
sitzenden, StR Eichhübl, äußern.

GEMEINDERAT JOSEF BRAND-
STÖTTER VERLÄSST UM 18.50
UHR DIE SITZUNG.

STADTRAT KARL HOLUB VER-
LÄSST UM 18.53 UHR DIE SIT-
ZUNG.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Die Wortmeldung des Koll. Leng-
auer, der heute dieses Thema der
Wohnungsvergabe nach Punkten
aktualisiert hat, meine Damen
und Herren des GR, werte Herren
Bürgermeister, gibt mir die Mög-
lichkeit, jetzt auf das zu
antworten, was Koll. Spöck heute
zu einem anderen Antrag, aber zu
diesem Thema, gesagt hat. Mir
liegt sehr viel daran, weil ich
glaube, daß einiges aufklärungs-
bedürftig ist. Koll. Spöck ist
davon ausgegangen - er hat das
so dargestellt, daß er über das
Verhalten der Freiheitlichen GR-
Fraktion überrascht ist, daß sie
diesen Antrag gestellt hat -,
diese umfassende Thematik dem
zuständigen Ausschuß zur wei-
teren Bearbeitung zu übergeben
und er ist auch davon ausge-
gangen, daß der Hintergrund ein
Abwürgen sei, dem die FPÖ
zugestimmt hat, daß der Antrag
der ÖVP heute nicht zur Be-
handlung steht.

Er hat auch noch gemeint, daß
man sich - nachdem es Vorge-
spräche gegeben hat mit Mit-
gliedern der Freiheitlichen GR-
Fraktion und Vertretern der ÖVP,
das ist ja kein Geheimnis - ei-
gentlich einig gewesen wäre.
Herr Koll. Spöck, das ist nicht
der Fall; man war sich nicht ei-
nig und gerade das letzte Ge-
spräch hat gezeigt, daß es sich
in einigen Punkten gespießt hat.
Zum einen war das der soziale
Bereich mit dem Einkommen des
Wohnungswerbers und zum an-
deren war es auch eine Defi-
nierung und eine Grundsatz-
klärung zum § 1, wer tatsächlich
in den Anspruch kommen soll, in
dieses Punktesystem aufgenom-
men zu werden. Dabei ist es auch
um die Staatsbürgerschaft ge-
gangen, aber darauf will ich
jetzt nicht weiter und näher ein-
gehen. Mir war es sehr wichtig,
die Klarstellung hier anzufügen,
damit das wieder ins rechte
Licht geführt wird.

Aber auch ein paar Bemerkungen
zu den Ausführungen von Koll.
Lengauer. Herr. Koll. Lengauer,
ich verstehe durchaus, daß Sie
enttäuscht sind, nachdem Sie neu
im GR sind, daß heute dieser
Antrag nicht gleich zur Behand-
lung durchgegangen ist. Ich kann
es Ihnen nämlich nachfühlen,
weil die Freiheitliche Partei be-
reits mehrere derartige Anträge
im Verlauf der letzten 12 Jahre
eingebracht hat, um zu einem
Punktesystem zu kommen. Ich
freue mich sehr, - und das sehe

ich als positiv an - daß heute der Vorsitzende des Wohnungsausschusses erklärt hat, daß er bereit ist, sich mit allen Parteien über ein notwendiges Punktesystem zu einigen. Das, meine Damen und Herren, ist sicherlich ein sehr gewaltiger Fortschritt. Koll. Spöck nickt dazu, weil er weiß, daß es doch jetzt anders geht und man auch von der ursprünglichen Meinung abrückt, denn die SPÖ hatte ja diese Vertretung, daß man ein Punktesystem nicht braucht. Dies wurde heute hier klargestellt und ich glaube, das sollte man auch so sehen.

Es ist uns nicht darum gegangen, die ÖVP auszugrenzen, indem wir den Antrag der Zuordnung an den Ausschuß durch die Person des Koll. Payrleithner gestellt haben, sondern ich glaube, daß diese Thematik wirklich - nachdem ja dieses Punktesystem sehr umfangreich ist und auch für Jahre halten soll - dem gesamten GR und auch dem Ausschuß zur Überarbeitung zugeordnet werden sollte.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Du könntest ruhig ein bißchen ehrlicher sein.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Meines Erachtens, Koll. Schloßgangl, habe ich schon das berichtet, wie es sich zugetragen hat. Wir stehen auch nicht an zu erklären, daß unsere Gespräche

fußen auf ein Grundsatzpapier, das die ÖVP dort bei diesen Zusammenkünften eingebracht hat. Einige, - ich möchte das jetzt gar nicht überbewerten - aber doch einige Ideen von uns sind miteingeflossen. Es hat sich aber - wie gesagt - an zwei Punkten gespießt und es war ja leider nicht möglich, das in dieses Konzept mitaufzunehmen - das wirst Du bestätigen können, Koll. Schloßgangl, nach unserem letzten Telefongespräch. Ich sehe jedoch diese Entwicklung durchaus positiv und sehe es auch in der Richtung, daß es für den einzelnen Mandatar einen Vorteil bedeutet. Und zwar deswegen, wenn man klare Richtlinien hat, dann wird auch diese Interventionstätigkeit eingeschränkt werden. Ich bin auch selbst ein Leidtragender davon, daß ich mich nach wie vor, auch in meinen Sprechstunden am Dienstag, zu 90 % mit Wohnungsfragen zu befassen habe. Ich bin überzeugt davon, wenn ich heute nach Hause komme, dann liegt eine Liste von Anrufen vor, die meine Frau aufzeichnet, und von denen sind wieder 90 % Wohnungsfragen. Ich glaube, auch dies sollte als Vorteil gesehen werden und ich darf abschließend nochmals sagen, daß ich Koll. Tatzreiter für seine Bereitschaft hier wirklich im Namen der Freiheitlichen Fraktion danke, in absehbarer Zeit zu einem notwendigen Punktesystem im Interesse der Wohnungssuchen-

den unserer Stadt zu kommen - das sind ja immerhin mehr als 3.000.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:

Danke sehr, Koll. Eichhübl. Ich darf die ÖVP-Fraktion fragen, ob noch eine Wortmeldung gewünscht wird? Der Fraktionsvorsitzende darf.

STADTRAT ING. OTHMAR
SCHLOSSGANGL:

Heute ist es schon egal, weil bereits so viel daneben gegangen ist!

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD
PFEIL:

Darf er, oder darf er nicht? Wir haben ja zwei Experten hier, die rechtskundig sind.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:

Das ist die alte Geschäftsordnung, aber das neue Statut sieht den Fraktionsvorsitzenden vor!

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Dann darf ich aber auch noch einmal das Wort ergreifen?

STADTRAT ING. OTHMAR
SCHLOSSGANGL:

Du darfst noch einmal, wenn Du willst!

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:

Ich glaube, das steht in der neuen Geschäftsordnung noch nicht drinnen. Nachdem wir uns heute so im unklaren sind, möchte ich Dich bitten, lieber Koll. Schlossgangl, daß Du Dich kurz hältst.

STADTRAT ING. OTHMAR
SCHLOSSGANGL:

Ich werde es äußerst kurz machen!

Ich möchte nur eines dazu bemerken, weil angesprochen wurde, daß es Gespräche zwischen den kleinen Fraktionen gegeben hat. Bei diesen hat es sich nur an ganz geringen Punkten gerieben und der Hauptpunkt der Freiheitlichen Partei war der § 1, daß Ausländer von dieser Punktevergabe auszuschließen seien. Darauf sind wir nicht eingestiegen und damit haben sich die Gespräche zerschlagen. Ich bin nur enttäuscht, daß es heute gerade die Freiheitlichen waren, die unseren Antrag nicht einmal zur Behandlung, sondern zu Fall gebracht und zurückgewiesen haben an den Ausschuß. Mehr möchte ich dazu nicht sagen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:

Danke, auch für die Kurzfassung. Du möchtest als Fraktionsvorsitzender noch einmal reden? Habe ich mir ja gedacht.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Ich werde mich jetzt wirklich ganz kurz fassen. Ich möchte nämlich nur auf das eingehen, was Koll. Schloßgangl gesagt hat in bezug auf die Ausländer. Hierbei kann ich die genaue Definition dem GR vortragen. Wir waren der Auffassung, daß unter dem Paragraphen 1, in dem die Grundsätzlichkeit erklärt wurde, wer Anspruch erheben kann, in das Punktesystem aufgenommen zu werden - wir waren jedenfalls der Auffassung, daß folgendes miteinbezogen werden soll:

Für jene Wohnungswerber, die keine österr. Staatsbürgerschaft haben, soll dieses Punktesystem nur dann zur Anwendung kommen, wenn sie

- a) Konventionsflüchtlinge sind oder
- b) den Nachweis eines Arbeitsplatzes und einer -bewilligung vorlegen können.

Mehr möchte ich gar nicht dazu sagen, danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr, nunmehr Frau Kollegin Scheucher.

GEMEINDERAT EVA SCHEUCHER:

Ich möchte nur ganz kurz dazu Stellung nehmen. Herr StR Schloßgangl hat bereits angesprochen, daß es Vorgespräche zwischen den drei kleinen Fraktionen gegeben hat, die

relativ weit gediehen waren und ich muß sagen, daß wir auch nicht mit allen Punkten einverstanden waren. Wir hätten uns bei dem einen oder anderen Punkt eine andere Lösung vorstellen können. Gespießt hat es sich allerdings dann wirklich, als der § 1 diskutiert wurde mit der Problematik der Ausländer. Da war es aus, denn die FPÖ hat abgelehnt, die Wohnungsvergabe-Richtlinien auch für Ausländer in demselben Ausmaß wie für Österreicher einzuführen. Da kann man dann mit einer GAL nicht mehr reden bzw. verhandeln.

Grundsätzlich bin ich aber trotzdem sehr froh, daß dieser Antrag heute eingebracht wurde, denn wie man sieht, hat er zumindestens eine lebhafte Diskussion ins Rollen gebracht und ich glaube, wir wissen alle, daß die Wohnungsvergabe nicht optimal ist. Wir wissen auch alle, daß wir Wohnungen, die nicht da sind, nicht aus dem Hut zaubern können. Die Vergabe soll aber möglichst objektiv sein und ich finde es sehr gut, daß wir jetzt auch die Vergabe-Richtlinien der SPÖ-Fraktion auf dem Tisch haben. Wir sollten uns im Wohnungsausschuß wirklich zusammensetzen und die vorhandenen Konzepte diskutieren. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Auch dieses Thema ist erschöpft. Wird noch ein

Thema gewünscht? Ein weiteres Thema der GAL, bitte sehr.

GEMEINDERAT EVA SCHEUCHER:

Ich habe immer den Nachteil, daß ich als letzte dran komme, wo jeder eigentlich schon die Tasche gepackt hat und gerne nach Hause gehen möchte. Ich habe aber heute ein wirklich aktuelles Thema für die Aktuelle Stunde, und zwar brennt mich etwas, nämlich der Dienstposten, der heute im Magistrat Steyr vergeben wurde. Nachdem ich mich nicht dem Vorwurf aussetzen möchte, der hier herinnen schon einmal gefallen ist, unangenehme Dinge und Kritik via Medien ausrichten zu lassen, möchte ich meine Kritik jetzt anbringen.

Wir haben uns gefreut, als es bei den Budgetverhandlungen geheißen hat: "Wir unternehmen etwas. Wir installieren eine Umweltberatungs-Stelle in Steyr!" Wir wissen, daß eine effektive, effiziente Umweltberatungs-Stelle mindestens vier Umweltberater enthalten sollte. Da wir eingesehen haben, daß die Finanzmittel nicht in einem Jahr ausreichen, haben wir unsere Forderungen zurückgeschraubt. Es hat geheißen einen Umweltberater, der dann laut Ausschreibung auf 20 Stunden reduziert wurde - also ein halber geworden ist. Als ich dann die Ausschreibung im Amtsblatt Februar gesehen habe, wußte ich, daß dies nur schiefgehen kann.

Wenn ein Umweltberater nach Kriterien ausgeschrieben wird, wie z. B.: Kann er mit einem PC umgehen? Kann er maschinenschreiben? - Dann kann irgend etwas nicht stimmen. Das können wichtige Zusatzkriterien sein, aber das kann nicht die Hauptaufgabe eines Umweltberaters sein, daß er mit einem PC umgehen kann.

Auf diese Ausschreibung hin haben sich dann eine ganze Reihe Bewerber vorgestellt und jetzt kommt meine Hauptkritik: Den Posten "Umweltberater der Stadt Steyr" hat ein Hochfrequenztechniker bekommen. Am meisten stört mich, daß im Amtsvorschlag Kriterien aufgezählt werden, wie: er hat einen PKW, er hat eine gute Rhetorik - sicher, das braucht ein Umweltberater, ist jedoch auch nur ein Zusatzkriterium -, und als drittes Kriterium, welches mich am meisten stört, er hat eine Frau, die Lehrerin ist.

Ich frage mich, ob das wirklich ein Anforderungsprofil an einen Umweltberater ist. Ich weiß, daß der Umweltberater hauptsächlich in Schulen und Kindergärten eingesetzt werden soll. Die Lehrer und Kindergärtnerinnen können das aber selbst. Eine richtige Umweltberatungs-Stelle müßte etwas ganz anderes tun. Sie müßte Betriebe beraten, Kurse und Vorträge halten und auch den Magistrat in Umweltangelegenheiten beraten. Wenn dies nicht der Fall ist, dann habe

ich das Gefühl, daß die halbe Million, die wir für den Umweltberater ausgegeben haben, auch hinausgeworfen ist. Auf einen solchen Umweltberater kann ich persönlich verzichten. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Danke; wünscht seitens der SPÖ-Fraktion jemand das Wort? Nicht der Fall, aber ich darf mir ein paar Bemerkungen dazu erlauben, damit das nicht ganz so im Raum stehen bleibt, wie Sie, Frau Koll. Scheucher, das jetzt geäußert haben. Sie haben das zwar sehr gut gemacht, aber ganz so ist es nicht.

Alle haben das ja schon in der Kronen Zeitung gelesen. Wir haben den Posten ausgeschrieben und ich gebe zu, daß man bei der Ausschreibung auch noch bessere Formulierungen hätte finden können. Das haben wir heute auch schon im Personalbeirat diskutiert. Es ist jedoch so, daß sich eine Reihe von Personen gemeldet haben, von denen angenommen werden kann, daß sie dieser Aufgabenstellung schon gerecht werden. Alles muß einmal begonnen werden. Ich weiß, Sie hätten am liebsten eine Umweltschutzabteilung mit vielen Umweltberatern und Experten usw. Es geht jedoch darum, daß wir so etwas aufbauen und derjenige, der - übrigens ohne Zutun von Politikern - hier einhellig in die engste Wahl genommen wurde, das war eben dieser Herr

Aigner - ich glaube, daß er so heißt, ich habe ihn noch nicht gesehen; ich glaube, auch sonst hat ihn noch kein Politiker gesehen.

Er ist aufgrund der Ausschreibung gekommen und weiters anwesend waren der Abteilungsleiter, der Personalchef und die Personalvertretung. Wie sich das laut Objektivierungsgesetz gehört. Von ihnen wurden diese 30 Bewerber unter die Lupe genommen. Sie haben sich wirklich bemüht und derjenige ist ihrer Meinung nach - die laut Objektivierungsgesetz dafür zuständig sind - der beste gewesen. Es ist natürlich ganz genau deswegen so, weil er tun soll, was Sie sagen. Ich habe nicht gewußt, daß die Lehrer schon so gut "drauf" sind, daß sie keinen Berater brauchen. Wenn Sie das sagen, nehme ich Ihnen das natürlich ab, weil Sie das sicher besser verstehen als ich. Es ist nur so, daß Sie jetzt zum Schluß gesagt haben, er soll Betriebe beraten können, Vorträge halten und für das Magistrat selbst als Berater tätig werden können - das finde ich zutreffend, ich pflichte Ihnen bei.

Der Herr, der hier aufgenommen werden wird, - jedenfalls hat es der Personalbeirat schon einmal beschlossen - hat diese Voraussetzungen, und zwar am besten von allen 30 Bewerbern. Diese Meinung wurde dort vertreten. Dieser Herr war einschlägig tä-

tig, er ist nämlich der Sicherheits-Ingenieur eines großen Steyrer Unternehmens mit 350 Beschäftigten gewesen, bei Telefunkon. Er hatte eine wichtige Aufgabenstellung, genau in diese Richtung, zu erfüllen. Ich kenne zufällig die Aufgabenstellung eines Sicherheits-Ingenieurs. Er ist nämlich zuständig für den gesamten Bereich der Entsorgung eines Betriebes. Dort wurde sehr viel mit Kunststoff und Säuren gearbeitet; er hat alle Umweltschutz-Fortbildungsveranstaltungen besucht, hatte mit anderen Sicherheitstechnikern Kontakt, hat sich fortgebildet und war mit dem Arbeitsinspektorat ständig in Kontakt. Es war also die einhellige Auffassung derer, die das zu prüfen hatten, daß er der beste Mann ist.

Der Personalbeirat hat aufgrund dieser Informationen seine Entscheidung getroffen. Das können Sie mir glauben. Da wurde nicht irgendeiner genommen, wie man vielleicht den Eindruck haben könnte, wenn man nur Sie alleine reden hört.

GEMEINDERAT EVA SCHEUCHER:

Herr Bürgermeister, ganz kurz dazu ...

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Das ist nicht üblich. Sie haben Ihr Wort gehabt, der Dialog ist normal nicht üblich. Ich habe für die SPÖ und als Bürgermeister gesprochen.

GEMEINDERAT EVA SCHEUCHER:

Heute war schon so viel unüblich. Es waren zwei ausgebildete Umweltberater des Landes OÖ. unter den Bewerbungen. Das verstehe ich nicht.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Es wurde nach allen Kriterien geprüft. Warum glauben Sie, daß Sie sozusagen die Weisheit haben und die, die dafür zuständig waren, nicht. Wir haben uns sehr bemüht, in diesem Bereich einen guten Anfang zu machen. Aber Sie als Grüne müßten doch eigentlich froh sein, daß wir das tun. Jetzt kritisieren Sie den neuen Mann, der kommen und sich bemühen wird. Sie schenken ihm kein Vertrauen; jeder Mensch braucht Vertrauen, wenn er in eine neue Funktion einrückt. Wie soll er sonst mit der schwierigen Aufgabenstellung fertig werden?

Jetzt ist die FPÖ an der Reihe. Herr Dr. Pfeil, bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, ich habe zwar die Tasche auch schon gepackt gehabt, aber nachdem ich heute bei dieser Personalbeirats-Sitzung dabei war, möchte ich schon unsere Stellungnahme dazu abgeben.

Es war eine falsche Ausschreibung. Ich wollte dieses Thema

dem GR und der Öffentlichkeit eigentlich ersparen, es ist peinlich! Die Ausschreibung war falsch, es ist der falsche Mann/die falsche Frau für den nicht richtigen Posten ausgeschrieben worden und dann haben sich auch die falschen Leute beworben. Es ist nämlich nicht drinnen gestanden, welches Anforderungsprofil dieser Umweltberater haben muß. Dadurch sind vielleicht echte Umweltberater, die die Ausbildung haben, abgeschreckt worden, sich für diesen Posten zu bewerben. Es gibt Ausbildungskriterien für diesen Posten und es waren von den 29 einige dabei, die die Ausbildungskriterien des Umweltberaters im öffentlichen Dienst, im kommunalen Bereich haben und nicht berücksichtigt wurden. Ich frage mich wirklich, welche Kriterien für einen Umweltberater, außer die Ausbildung für den kommunalen Bereich, notwendig sind.

Ich wollte es in der Öffentlichkeit eigentlich nicht sagen, aber jetzt muß ich es tun. Unser Personalchef hat heute morgen hier unserem Personalbeirat gesagt, daß er den einen Umweltberater mit der Ausbildung deswegen nicht empfohlen hat, weil er lange Haare hat! Ich wollte es nicht an die Öffentlichkeit bringen. Nicht nur das, es sind andere Worte auch noch gefallen, die ich nicht sage. Ich möchte ihn schonen. Also das geht wirklich zu weit und ich

möchte die Fähigkeit des Personalchefs von diesem Haus anzweifeln. Das geht zu weit.

Man hat sich dann gegen meine Stimme auf den Hr. Aigner geeinigt - ich wünsche ihm alles Gute dazu und wir werden ihn unterstützen, denn das ist notwendig. Ein halber Umweltberater ist besser als gar keiner - uns wären ebenfalls 2 Umweltberater lieber. Ich sehe auch den Schwerpunkt nicht im Bereich der Schulen, sondern im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit, in der Beratung von Industrien, in der Beratung von Haushalten usw. - dort sehe ich den Ansatzpunkt. Auch in den Kindergärten, aber bei den Schulen habe ich ein relativ ruhiges Gewissen, denn die Biologie-Lehrer bieten wirklich allerhand. Und das nicht seit gestern, sondern seit 15 Jahren sind die Lehrer mit großer Akribie dabei, das zu tun. Ich danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Ja, man muß sich also sehr gut überlegen, was man in den Ausschüssen alles beredet. Nächster ist Koll. Spöck.

GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:

Insbesondere wie weit man im GR über einen vertraulichen Ausschuß reden kann!

Wertes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des GR, dieses Thema war heute im Personalbeirat. Ich war auch - als wir dieses Thema bei Punkt 29)

behandelt haben - über die Ausschreibung nicht sehr glücklich. In meinen Augen und auch nach der Meinung anderer Mitglieder hat es Mißverständnisse gegeben und auch der Bereich war nicht so umschrieben, wie wir uns die Tätigkeit eines Umweltberaters vorstellen.

Ich glaube aber trotzdem, daß bei den Gesprächen, die das entsprechende Gremium bzw. die Begutachter geführt haben, sehr wohl diese Bereiche zusammengefaßt worden sind. Insbesondere der Informationsbereich, der technische Bereich, der angesprochen worden ist, Haushaltsbereich usw. Es waren, wie Vbgm. Dr. Pfeil richtigerweise gesagt hat, 29 Bewerber und es waren zum Teil sehr gute Leute darunter. Wir haben sie leider nicht gesehen, das ist auch nicht vorgesehen, denn man muß der Meinung der entsprechenden Kommission aufgrund der Argumente folgen - entweder kann man ihnen folgen oder nicht. Leider hat es aber bei diesen Leuten, die die entsprechende Ausbildung haben - das mit den Haaren war eher ein Nebeneffekt - eher im technischen Bereich gemangelt.

Ich will hier keine Namen nennen, aber unter den Bewerbern war eine Frau, die mir persönlich für diese Funktion als Umweltberater sehr gut gefallen hätte, aber sie hat nur einen Aspekt abgedeckt. Daher habe ich im Personalbeirat dieser beschränk-

ten Bestellung auf 6 Monate die Zustimmung gegeben. Es war auch in meinen Augen, soweit ich es aufgrund der Aktenlage ersehen konnte, keine glückliche Entscheidung, aber aufgrund der 29 Bewerber trotzdem jene Entscheidung, die man billigen kann. Mir persönlich wäre es auch lieber gewesen, nicht nur 20 %, - wir werden darüber in Zukunft sicher noch reden müssen - sondern einen oder zwei Umweltberater einzustellen. Aufgrund der Wichtigkeit dieses Themas, auch wenn ich persönlich immer gegen eine Personalvermehrung eingetreten bin.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Danke sehr. Damit ist dieses Thema auch erschöpft. Wird noch ein Thema gewünscht? Nicht der Fall und damit ist auch die Aktuelle Stunde beendet. Wir nähern uns langsam dem Ende der Sitzung, erlauben Sie mir, noch zu bemerken und zu berichten, daß wir heute Beschlüsse gefaßt haben im gewaltigen Ausmaß von S 365,064.802,-- - also eine ganz große Ausgabe, die wir heute beschlossen haben. Es handelt sich dabei etwa um ein Drittel unseres gesamten Budgets.

Eines möchte ich noch sagen, denn es sitzt jemand unter uns, der sich in nächster Zeit in den wohlverdienten Ruhestand zurückziehen wird. Er hat uns mitgeteilt, daß er Mitte des Jahres aus gesundheitlichen Gründen

etwas früher als gedacht aus unserer Mitte gehen wird, es ist unser Herr Magistratsdirektor Hofrat Dr. Franz Knapp. Er war rund neun Jahre Magistratsdirektor, erster und leitender Beamter in diesem Haus. Er hat wahrscheinlich bei vielen Milliarden Budgets mitgewirkt, wenn man sich das von dieser heutigen Sitzung hochrechnet, hat versucht, hier viele Probleme zu lösen und ist uns immer beratend zur Seite gestanden.

Wir werden Gelegenheit haben, bei seiner offiziellen Verabschiedung, die erst im Sommer sein wird, seine Leistungen entsprechend zu würdigen. Ich nehme an, Du wirst uns die Ehre geben, lieber Hr. Magistratsdirektor, mit dem GR eine Abschiedsfeier durchzuführen und ich möchte heute nur, in der Kürze der Zeit, die mir zur Verfügung steht, ein DANKE sagen, für Deine Bemühungen und für Deine Leistungen. Vor allen Dingen möchte ich Dir jedoch Gesundheit wünschen, das ist nämlich das entscheidendste und wichtigste, daß Du den Ruhestand dann genießen kannst.

Unser Magistratsdirektor wird nämlich in Kürze in den Gebührenurlaub gehen und ich mache das deswegen schon heute, weil es voraussichtlich seine letzte GR-Sitzung ist, in der er anwesend ist.

Alles Gute, lieber Franz!

Applaus

MAGISTRATSDIREKTOR HOFRAT
OSR. DR. FRANZ KNAPP:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Damen und Herren, es ist direkt rührend für mich und ich bedanke mich meinerseits. Ich gehöre dem Magistrat schon seit 38 Jahren an, war in vielen Funktionen tätig und konnte daher auch indirekt der Steyrer Bevölkerung dienlich sein. In den letzten neun Jahren war ich Magistratsdirektor und habe auch die verschiedensten politischen Zusammensetzungen und Gangarten erlebt. Ich würde mir nur wünschen, daß sich das so weiter entwickelt, wie Sie es heute angedeutet haben, daß man vielleicht mehr auf das Sachpolitische hinzielt und daß man nicht in der Fraktion so starr bleibt, sondern daß es innerhalb der einzelnen Fraktionen verschiedene Meinungen geben kann, denn der politische Rahmen, der jetzt hier herinnen ist, erfordert das.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit!

Applaus

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:

Mit diesem würdigen Abschluß ist die heutige GR-Sitzung geschlossen.

ENDE DER SITZUNG: 19.21 UHR

DER VORSITZENDE:

Bürgermeister Hermann Leithenmayr e. h.

DIE PROTOKOLLFÜHRER:

Präsidialdirektor OMR Dr.
Gerhard Alphasamer e. h.

Belinda Kastlunger e. h.

DIE PROTOKOLLPRÜFER:

Eva Scheucher e. h.

Felicitas Bauer e. h.

